

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Ich widerspreche dem Antrage des Abgeordneten Kaiser, und zwar deshalb, weil wir Wert darauf legen, daß hier durch den zuständigen Ausschuß festgestellt wird, daß entweder das, was von uns gesagt worden ist, den Tatsachen entspricht, oder aber, daß wir hier den Landtag angelogen haben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist der Antrag gestellt worden, über diesen Entschließungsantrag zur Tagesordnung überzugehen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die Beschlußfähigkeit wird

angezweifelt!) Die Beschlußfähigkeit wird von zwei Herren angezweifelt. Das genügt nicht. (Es erheben sich noch einige kommunistische Abgeordnete.) So genügt es. Dann lasse ich auszählen. Ich bitte die Herren Abgeordneten Dr. Kaiser und Göringer, die Auszählung vorzunehmen.

Das Bureau ist außer Zweifel darüber, daß wir nicht beschlußfähig sind. Die Sitzung wird also abgebrochen.

Ich kann deshalb auch zu einer persönlichen Bemerkung weiter nicht das Wort geben. Die nächste Sitzung ist morgen vormittag um 9½ Uhr.

(Schluß 2 Uhr 15 Minuten.)

Sechste Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Samstag, den 9. April 1927.

(Beginn 10 Uhr 15 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.

2. Antrag des I. Sachausschusses zu

a) dem Antrage der Stadtverordneten-Versammlung zu Wittburg, der Stadtverordneten-Versammlung zu Neuerburg, Kreis Wittburg, der Gemeinde Bollendorf, Kreis Wittburg, und des Verkehrs-Ausschusses zu Bollendorf auf Befürwortung der von den Antragstellern gewünschten Eisenbahnlinien,

b) der Entschließung der kommunistischen Fraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betr. Aufnahme der Bahnlinie Irrel—Echternacherbrück—Bollendorf—Schwarzenbruch—Sinspelt—Neuerburg in das Arbeitsbeschaffungsprogramm,

c) der Entschließung der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung an die Reichsregierung, betr. Aufnahme des Bahnbaues Wittburg—Neuerburg—Irrel in das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm,

d) dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betr. Aufnahme der projektierten Eisenbahnlinien Neuwied—Engers—Selters und Neuwied—Wiedmühle in das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm.

3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betr. Errichtung eines Provinzial-Wohlfahrtsamtes als Kontrollorgan und Beschwerdeinstanz im Sinne der aus der Fürsorgepflichtverordnung resultierenden Aufgaben.

4. Antrag des I. Sachausschusses zu der Entschließung der Zentrumsfraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betr. besondere Berücksichtigung der Rheinprovinz infolge der gegenüber dem übrigen Deutschland relativ größeren Zahl der Arbeitslosen bei Gewährung der aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Kostandsarbeiten zur Verfügung stehenden Mittel.

5. Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe des Deutschen Verbandes für die berufliche Kranken- und Wohlfahrtspflege und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, betr. anderweite Beförderungsregelung der Beamten der Rheinischen Provinzialanstalten der Beförderungsgruppen II bis VII.

6. Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der beamteten Ärzte an den Rheinischen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, betr. Änderung ihrer Amtsbezeichnung.

7. Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der Direktion der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau, betr. höhere Ortsklasseneinstufung der Anstalt Bedburg-Hau.

8. Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der Hausvorsteher der Provinzial-Erziehungsheime, betr. die Wiedereinführung der Hausvorsteherzulage.

9. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betr. Änderung der Reichsbeförderungsordnung und Umgestaltung der Ruhegehaltsordnung.

10. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betr. anderweite Besoldungsregelung der Beamten und Angestellten der Rheinischen Provinzialverwaltung in den Gruppen I bis III.
11. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betr. Uebernahme des Pflichtanteils der bei der Provinzialverwaltung beschäftigten Arbeiter und Angestellten an den Beiträgen der Sozialversicherung seitens der Verwaltung und der Beitragszuschüsse für die freiwillige Kranken- und Angestelltenversicherung.
12. Antrag des I. Sachausschusses zu dem
 - a) Haushaltsplan „Verschiedenes“ für das Rechnungsjahr 1927; in Verbindung hiermit
 - b) Antrag der Zentrumsfraktion auf Erhöhung des Zuschusses an die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in diesem Haushaltsplan um 1800 Mark,
 - c) Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 150 000 Mark für Kinderspeisung in den gleichen Haushaltsplan.
13. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion auf Einstellung eines Betrages von 500 000 Mark für Kinderspeisung in den „Außerordentlichen Haushalt“.
14. Antrag des V. Sachausschusses
 - a) zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion, betr. Gewährung einer Meistbegünstigung für die französische Weineinfuhr bei Abschluß des endgültigen Handelsvertrages mit Frankreich,
 - b) zu dem Antrage der KPD.-Fraktion,
 - c) zu dem Antrage der Wirtschaftlichen Vereinigung.
15. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Abänderung des Weingesetzes über „Defewein“.
16. Antrag des V. Sachausschusses zu der Entschliebung der KPD.-Fraktion, betr. Stellung eines Antrages an die Reichs- und Staatsregierung auf Niederschlagung der an Kleinwinzer gewährten Kredite.
17. Antrag des V. und I. Sachausschusses
 - a) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion auf finanzielle Förderung des Obst- und Gemüsebaues in der Rheinprovinz nebst
 - b) dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft auf Bereitstellung eines Betrages von 60 000 Mark zu dem erwähnten Zweck.
18. Antrag des IV. und I. Sachausschusses
 - a) zu dem Haushaltsplan der Provinzialstraßenverwaltung,
 - b) zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues für das Rechnungsjahr 1927.
19. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen für das Rechnungsjahr 1927.
20. Antrag des IV. und I. Sachausschusses
 - a) zu dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses, betr. die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 13 Millionen Mark zwecks Durchführung eines von Reich und Staat durch Zinszuschüsse geförderten Arbeitsbeschaffungsprogramms für den Straßenbau,
 - b) zu dem Zusatzantrage der KPD.-Fraktion auf Erhöhung der Anleihe auf 20 Millionen Mark.
21. Antrag des IV. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses, betr. Bewilligung einer Beihilfe zu den Kosten der Verbesserung der Straßenbrücke über die Mosel zwischen Bullay und Alf.
22. Antrag des I. Sachausschusses
 - a) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion an die Reichs- und Staatsregierung auf stärkere Förderung der Wiederbelebung der Wirtschaft in der Rheinprovinz und auf Ueberweisung ausreichender Mittel an die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Opfer der Wirtschaft;
 - b) zu dem Zusatzantrage der sozialdemokratischen Fraktion zum Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Rationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben im westlichen Industriegebiet, und Abänderungsantrag der Zentrumsfraktion zu dem Zusatzantrage der SPD.-Fraktion.
23. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 100 000 Mark in den nächstjährigen Haushalt der Provinzialverwaltung zur Verbilligung der von der Landesbank zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues ausgeliehenen Hypotheken.
24. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Dr. Creuz auf Gewährung eines weiteren verbilligten Darlehens von 300 000 Mark an den Kreis Aidenau zum Bau des Mürrburg-Ringes.
25. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, betr. Erhöhung der Ortslöhne.
26. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betr. Verwendung von Natursteinen der Steinindustrie des besetzten Gebietes zum Bau von öffentlichen Gebäuden, Brücken usw.
27. Antrag des III. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses, betr.
 1. Uebernahme von Bürgschaften auf Grund der dem Provinzialauschuß durch den 71. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung;

2. Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahr 1927 nochmals Bürgschaften in Höhe von 800 000 Mark zu übernehmen.
28. Antrag des I. Sachausschusses
- zu dem Antrage der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten der Rheinischen Provinzialverwaltung auf Besserstellung in ihren Bezügen,
 - zu dem Antrage der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten bei der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auf Schaffung weiterer Beförderungstellen in Gruppe X und XI;
 - zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion,
 - zu dem Antrage der Zentrumsfraktion zu den Anträgen a) und b) sowie
 - zu dem Ergänzungsantrag der Zentrumsfraktion, betr. Ueberweisung des Antrages der Landesamtänner auf Besetzung von in Gruppe XI besoldungsplanmäßig vorgesehenen Stellen.
29. Antrag des I. und III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan „Außerordentlicher Haushalt“ für das Rechnungsjahr 1927.
30. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses, betr. Aufnahme einer Anleihe von 5 791 500 Mark.
31. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Vermögens- und Schuldenverwaltung für das Rechnungsjahr 1927.
32. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln für das Rechnungsjahr 1927.
33. Entschliebung des I. Sachausschusses über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer.
34. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1927 und Vorbericht hierzu, nebst Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung des Entwurfs des Haushaltsplans für 1927.
35. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. energisches Vorgehen seitens des Landesjugendamtes gegen Schmutz- und Schundschriften.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Die Sitzung ist eröffnet. Schriftführer sind die Herren Abgeordneten Dr. Kirchner und Hauck. Ich bitte sie, hier Platz zu nehmen. (Geschicht.)

Die Niederschrift über die gestrige Sitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen. Für heute hat sich Herr Abgeordneter Henry entschuldigt.

Ich habe sodann mitzuteilen, daß die KPD. ihren Antrag auf Kündigung des Mietvertrages mit dem katholischen Fürsorgeerziehungsheim Maria Been und Benutzung der Anstalt Galkhausen (Drucksache 103) zurückgezogen hat, nachdem die Verwaltung im

III. Sachausschuß erklärt hat, daß sie bereits in Aussicht genommen habe, die Anstalt Galkhausen sobald als möglich wieder ganz für die Unterbringung von Geisteskranken zu benutzen.

Der Entschliebungsantrag der KPD. über den Todesfall in Niedersefmar ist gestern bereits verlesen worden. Gestern hat Herr Abgeordneter Dr. Kaiser zu dieser Entschliebung den Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Das Haus war aber nicht beschlußfähig. Es muß nun heute über diesen Antrag entschieden werden. Zu dieser Sache wird nachher ein Antrag von Herrn Abgeordneten Janßen gestellt werden. Ich lasse darüber abstimmen, sobald wir die Tagesordnung für heute festgesetzt haben.

Ueber die geschäftliche Behandlung der heutigen Tagesordnung ist sich der Ältestenrat eben schlußfähig geworden. Die Fraktionen haben sich über eine Beschränkung der Redezeit zu den einzelnen Punkten verständigt. Die Herren Fraktionsführer werden davon Mitteilung machen. Auch heute gilt dasselbe wie gestern. Ich bin von dem Ältestenrat beauftragt worden, die Beschränkung der Redezeit entsprechend dieser Abmachung durch das Haus beschließen zu lassen, falls diese Abmachung nicht gehalten werden sollte.

Der Ältestenrat schlägt ihnen dann vor, den Punkt 4 mit dem Punkt 22 zu verbinden und ihn hinter 22 zu behandeln, dann die Punkte 9 bis 11 zu verbinden und mit diesen Punkten den Punkt 28 zu behandeln, ferner die Punkte 12 und 13, 14 bis 16, 18 bis 20, 29 bis 34 zu verbinden.

Zu Punkt 35 kann ich wohl die Erklärung abgeben, daß die Zentrumsfraktion den Antrag zurückzieht. Herr Abgeordneter Mönning, wird der Antrag zu Punkt 35 zurückgezogen? (Abgeordneter Mönning: Jawohl!) Dann ist Punkt 35 zurückgezogen, nachdem die Zentrumsfraktion ihren Antrag nach der Beratung im Sachausschuß zurückgezogen hat.

Ich bitte dann zunächst über den Entschliebungsantrag der KPD. über den Todesfall in Niedersefmar abzustimmen. Da hat Herr Abgeordneter Janßen ums Wort gebeten.

Abgeordneter Janßen, Lammersdorf: Meine Damen und Herren! Ich wollte in dieser Sache einen Vermittlungsantrag stellen. Es war ja von hier aus der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt worden. Da wir wiederholt hier erklärt haben, daß wir nichts zu scheuen haben und jeder Aufdeckung der Wahrheit unsere Dienste leihen, so möchte ich den Antrag stellen, daß insofern dem Antrage der Linken zugestimmt werden soll, als eine kleine Kommission mit der Verwaltung die Sachlage untersucht, und zwar eine Kommission, bestehend aus den beiden Vorsitzenden der Kommission, die der SPD. und dem Zentrum angehören, unter gewünschter Zuziehung des Herrn Kollegen Nohl und eines Herrn, der von der Arbeitsgemeinschaft bestimmt wird (Zuruf rechts: Giedmann!), so daß die vier Fraktionen berücksichtigt sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Wir schließen uns dem Antrage des Herrn Pfarrer Jansen an und bitten, unsererseits Herrn Dr. Eichmann in diese Kommission zu wählen. Auch wir legen den größten Wert darauf, daß die Sache, wenn sie auch für die Mehrheit des Hauses vollkommen zweifelsfrei ist, doch auch nach außen hin noch einmal in Gegenwart der Kritiker der kommunistischen Fraktion klargestellt wird, damit auch nicht der geringste Vorwurf auf der Anstalt hängen bleibt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haack.

Abgeordneter Haack: Ich stelle fest, daß das Zentrum den Antrag gegen Schmutz und Schund zurückgezogen hat. Ich bin aber nicht damit einverstanden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Haack, darüber verhandeln wir jetzt nicht.

Abgeordneter Haack: Zur Geschäftsordnung kann ich Ihnen aber etwas sagen. (Zuruf: Aber nur zu diesem Punkt!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir sprechen jetzt zu dem Todesfall in Niederseßmar. Ich gebe Ihnen das Wort, wenn Sie es verlangen können. Dieser Punkt muß jedenfalls zunächst erledigt werden.

Abgeordneter Haack: Zur Geschäftsordnung kann ich jederzeit das Wort verlangen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wenn ich es Ihnen gebe. Das Wort hat Herr Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Wir schlagen für Niederseßmar Herrn Julius vor, der bereits der Kommission angehört.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Wir ziehen unseren Antrag zurück, falls beschlossen wird, daß unser Freund Kahl zugezogen wird, wenn einige Mitglieder des Hauses noch einmal eine Prüfung der Angelegenheit an Ort und Stelle vornehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich habe die Anregung des Herrn Abgeordneten Jansen so verstanden, daß an Ort und Stelle, sobald es notwendig sein sollte, verhandelt wird. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Wenn das beschlossen wird, ist unser Antrag zurückgezogen!) Der Antrag ist also zurückgezogen. Die kleine Kommission nach dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Jansen ist beschlossen, und zwar soll diese Kommission an Ort und Stelle tagen. — Damit sind Sie einverstanden.

Nunmehr hat das Wort zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haack.

Abgeordneter Haack: Ich erkläre, daß wir mit der Zurücknahme des Antrages nicht einverstanden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist doch Sache der Antragsteller!) Wir haben zu Schmutz und Schund sehr viel zu sagen; darauf können Sie sich verlassen (Heiterkeit), auch, Herr Gerlach, daß Ihr Fraktionsredner gestern bei der Festrede gesagt hat: Saufen wir, bis unser Gesichtsvorprung rot werde! Wir werden aber die Arbeiter so rot machen, daß Ihre Nasen lang und nicht rot werden. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ist das alles zur Geschäftsordnung?) Zur Geschäftsordnung können Sie mich jetzt einmal sprechen lassen; das habe ich bis jetzt nicht gekonnt, weil Sie dauernd gesprochen haben.

Wir wenden uns dagegen, daß der Antrag zurückgezogen wird, weil im Sachausschuß gesagt und schriftlich formuliert worden ist, daß der Antrag als erledigt betrachtet wird. Es ist allerdings darüber diskutiert worden, wie man es machen könne, daß er nicht auf die Tagesordnung käme, und zwar nach meinen Ausführungen gegen den Antrag des Zentrums. Da ist ausdrücklich gesagt worden: Der Antrag muß nach dieser Formulierung auf die Tagesordnung. Wir haben einen Entschließungsantrag unten bei Herrn Bierz auf dem Bureau abgegeben und gesagt: Nehmen Sie diesen Entschließungsantrag. Da hat Herr Bierz erklärt: Nein, der Antrag des Zentrums kommt auf die Tagesordnung. Dann sind wir zu verschiedenen Mitgliedern des Sachausschusses II gegangen, und es ist festgestellt worden, daß die Auffassung besteht: Er ist nicht zurückgezogen, sondern als erledigt zu betrachten. Wir haben ausdrücklich unten im Bureau erklärt: Wenn der Antrag zurückgezogen ist, dann kommt unser Entschließungsantrag. Ist er aber als erledigt zu betrachten, so wird unser Antrag zurückgezogen. Infolgedessen kann es nicht gehen, daß jetzt der Antrag als zurückgezogen betrachtet wird. Ist er nicht erledigt, so muß er auf die Tagesordnung. Wenn er aber als zurückgezogen betrachtet wird, haben wir das Recht, zu verlangen, daß die Entschließung, die wir ordnungsmäßig abgegeben haben, auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Der Punkt steht auf der Tagesordnung und ist auch nach meiner Auffassung durch die Zurücknahme durch das Zentrum nicht ohne weiteres erledigt. Ich bin der Auffassung, daß wir darüber beraten müssen, falls nicht hier beschlossen wird, ihn von der Tagesordnung abzusetzen. Ich sehe in der Beziehung Ihren Anträgen entgegen.

Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Ich beantrage, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist der Antrag gestellt, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. — Der Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt. (Zuruf des Abgeordneten Schröder, Essen: Ist Euch gestern der Mut ausgegangen?)

Wir kommen zu

Punkt 2: Antrag des I. Sachausschusses zu

- a) dem Antrage der Stadtverordnetenversammlung zu Wittburg, der Stadtverordnetenversammlung zu Neuerburg, Kreis Wittburg, der Gemeinde Bollendorf, Kreis Wittburg, und des Verkehrsausschusses zu Bollendorf auf Befürwortung der von den Antragstellern gewünschten Eisenbahnlinien;
- b) der Entschliebung der kommunistischen Fraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betr. Aufnahme der Bahnlinie Trel-Echternacherbrück — Bollendorf — Schwarzenbruch — Einspelt — Neuerburg in das Arbeitsbeschaffungsprogramm;
- c) der Entschliebung der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung an die Reichsregierung, betr. Aufnahme des Bahnbaues Wittburg—Neuerburg—Trel in das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm;
- d) dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betr. Aufnahme der projektierten Eisenbahnlinien Neuwied—Engers—Selters und Neuwied—Wiedmühle in das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm;

Berichterstatter zu allen diesen Punkten ist Herr Abgeordneter Dr. Hold.

Abgeordneter Dr. Hold: Meine Damen und Herren! Der I. Sachausschuß hat sich wiederholt mit diesen Anträgen befaßt. Er schlägt Ihnen in Aufhebung seiner Beschlüsse vom 6. d. M. (Drucksache 105) folgende neue Fassung vor: „Der Provinziallandtag wolle an die Reichs- und Staatsregierung das Ersuchen richten, in das Arbeitsbeschaffungsprogramm den Bau von Bahnlinien im besetzten Gebiete aufzunehmen.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Frisch.

Abgeordneter Frisch: Meine Damen und Herren! Bei den Vorlagen, die sich auf die Bahnprojekte im besetzten Gebiet beziehen, mag auf der einen Seite für den Nichtkenner verständlich sein, daß man in einfacher Form das Ganze zusammenfaßt, wie es der I. Sachausschuß hier getan hat. Wenn man aber auf der anderen Seite hier bei der Gesamttagung des 73. Provinziallandtags der Bevölkerung des besetzten Gebiets, insbesondere den Grenzbewohnern, sein Mitleid über ihre Unterdrückung ausgesprochen hat, so kann man doch nicht ohne weiteres darüber hinweggehen, indem man nur einfach die Reichs- oder Staatsregierung auf-

fordert, Bahnbauprojekte des gesamten besetzten Gebietes zu befürworten.

Hier handelt es sich um ein Bahnbauprojekt, welches das westliche Gebiet der Eifel erschließen soll. Ich möchte hier insbesondere nochmals an die Ausführungen des Herrn Dr. Saafen erinnern, dem der Bezirk unterstellt ist und der wahrscheinlich auch in die Einzelheiten der Verelendung seines Bezirks hineinschauen kann.

Wenn man dann aber nicht zu einem Beschluß kommt, nun klar festzulegen, die und die Linie, so kann ich das nicht verstehen. Der Provinziallandtag müßte auch in dieser Beziehung eine Entscheidung fällen, selbst über die Meinung derer hinaus, die sich angeblich schon ganz klar für eine Linie im Bezirk Wittburg aussprechen. Wenn der Landrat von Wittburg sich für ein Projekt über Holsthum ausgesprochen hat, so verstehe ich dies wohl, da dieser eine Mann sich nicht scheut hat, sich persönlich an alle Instanzen bis an die Reichsbahndirektion Trier, sogar an die Hauptverwaltung der Reichsbahn zu wenden und sich dort für das Projekt, das er hier befürwortet hat, einzusetzen.

Meine Herren! Bei diesem Projekt ist darüber zu entscheiden, ob man auf der einen Seite über 5½ Tausend Menschen des westlichen Eifelgebiets sozusagen zur Auswanderung oder zum Hunger zwingen will oder ob man auf der anderen Seite tausend Menschen in etwa gerecht werden will. Das Drängen auf Erschließen der Westeifel geht auf das Jahr 1912 zurück. Schon in der Periode, wo Luxemburg noch in deutscher Zollunion war, haben es sich die Gemeinde Bollendorf und die anschließenden Gemeinden angelegen sein lassen, daß man auch dieses Gebiet erfährt. Das hat schon im Jahre 1912 unter der Führung der Gemeinde Bollendorf und der anschließenden Grenzgemeinden zu einer Petition geführt, die bei der damaligen Reichsregierung eingereicht worden ist. Diese Petition wurde dann zur Weiterbearbeitung der Reichsbahndirektion Saarbrücken überwiesen. Die Reichsbahndirektion Saarbrücken hat in der damaligen Angelegenheit entschieden, das Projekt, das in unserem Antrage verlangt wird, zum Bau zu bringen. Man hat nach dem Kriege eine Kommission gewählt. Diese Kommission wurde vom Kreistag Wittburg zusammengesetzt, und zwar mit einer Mehrheit, die für das Projekt des Herrn Landrats von Wittburg war. Nur der Vorsitzende der Kommission, der Bürgermeister von Bollendorf, war derjenige, der die andere Linie vertrat. Schon damals wurde gegen die ungleichmäßige Zusammensetzung dieser Kommission Protest erhoben und von vornherein schon erklärt, daß nichts anderes dabei herauskäme als eine Befürwortung des Projekts, das der Herr Landrat von Wittburg in Vorschlag gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Wenn man über die kommunalen Verhältnisse in der Hocheifel in etwa orientiert ist, ist man sich sicherlich auch klar über die Machtbefugnisse, die ein Landrat sich anmaßt, und es

ist selbstverständlich, daß ein Bürgermeister es nicht wagt, mit seinen Ansichten und Wünschen dem entgegenzutreten.

Hier steht die Gemeinde Bollendorf, die mit diesem Gebiet erfaßt werden soll. (Redner weist auf einen Plan.) Damit Sie ein verständliches Bild bekommen. Eine generelle Linie ist geplant von Neuerburg nach Trrel. Trrel liegt hier. Nun geht diese Gemeinde oder dieser Kreis dazu über und findet sich bereit, mit der gesamten Linie von Neuerburg bis Schwarzenbruch sich einverstanden zu erklären, wünscht aber, daß dieser Kreis erfaßt werden soll, wohingegen der Vorschlag des Herrn Landrats in Wittburg und der Reichsbahndirektion Trier dahin geht, dieses Gebiet hier zu erfassen.

Die Vorteile und Nachteile, die hier vorliegen, sind folgende:

Hier in diesem Gebiet, wo der dicke Strich ist, erschließt die Eisenbahn, wenn sie gebaut wird, etwa 1000 Menschen, die sich konzentrieren in Schankweiler und Holzthum und einem Ort Peffingen, wohingegen bei der anderen Linie an der Grenze vorbei allein schon der Ort Bollendorf über 1300 Einwohner hat, so daß dieser eine Ort mehr Einwohner zählt, als die andere Linie an Einwohnern berührt. Hinzu kommen hier Weilerbach, Echternacherbrück und alle diese Orte, die allerdings bei der Berechnung des Eisenbahnprojekts eine wichtige Rolle spielen.

Wenn Herr Dr. Saafen gestern erklärte, daß es unbedingt notwendig sei, der Grenzbevölkerung zu helfen, so stimme ich mit ihm darin überein. Aber, Herr Dr. Saafen, es wäre auch hier tatsächlich am Platze, objektiv einmal zu untersuchen, inwieweit die Vorschläge, die bis jetzt vorliegen, in etwa praktisch in Frage kommen. Ich bin der Auffassung, man muß der Reichsbahndirektion Trier und auch der Finanzverwaltung der Reichsbahn erklären: Man dürfe bei einem solchen Eisenbahnprojekt nicht bloß den lokalen Gesichtspunkt dahingehend betrachten, daß der eine oder andere seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringt, sondern man muß hier vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus die Entscheidung fällen. Wenn das maßgebend sein soll, so kann niemals ein Mensch, der nicht für irgendeine Richtung parteipolitischer oder persönlicher Art voreingenommen ist oder seine persönlichen Vorteile sucht, zu dem Entschluß kommen, ein solches Projekt vorzuschlagen.

Die Rentabilitätsfrage, die gestellt worden ist und von Trier sogar für das eine Projekt gegenüber dem anderen ausgespielt wird, liegt ungefähr folgendermaßen: Die Ortschaften, die hier von dem in unserem Antrage befürworteten Projekt erfaßt werden würden: Bollendorf, Echternacherbrück, Wisdorf, Eruchten, Schwarzenbruch und Erzen, haben zusammen eine Bevölkerungszahl von 5241, wogegen das andere Projekt nur eine Bevölkerungszahl von 1000, die sich in vier Orten konzentrieren, betrifft.

Meine Damen und Herren! Jetzt noch die wichtige Frage, die auch die Hauptverwaltung stellt: Wie sind die Möglichkeiten? Glaubt jemals der Landrat von Wittburg mit seiner Befürwortung, daß er der Bevölkerung von Holzthum und Schankweiler irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile schaffen wird und ihr irgendwelche landwirtschaftliche Produktionssteigerung bringen wird? Nein, die Reichsbahndirektion sagt jedenfalls: Wir können die Eisenbahn nicht in der Weise kalkulieren, daß wir sagen, die Personenbeförderung bringt uns die Rentabilität, sondern Stückgut und Frachtgut sind die Einnahmen, die bei der Rentabilitätsberechnung berücksichtigt werden müssen. Wenn man hierzu Stellung nimmt, muß man sich die Frage stellen: Wieviel landwirtschaftliche Produkte sind jemals von sämtlichen Genossenschaften in Holzthum und Schankweiler geliefert worden? Da stelle ich die Behauptung auf, daß in den letzten Jahren noch keine drei Waggons in dieses Eifelgebiet hineingegangen sind, und daß an überschüssigen landwirtschaftlichen Produkten bei der allerbesten, günstigsten Ernte vielleicht einmal ein Waggon Heu oder sonstige Bedarfsartikel abgeführt werden können. Die Bevölkerung dieser beiden Orte kann außerdem an das von uns vorgeschlagene Eisenbahnprojekt herankommen, indem die Gemeinde Bollendorf sich bereit erklärt hat, einen fahrbaren Weg von Schankweiler zum Bahnhof Schwarzenbruch auf ihre Kosten zu machen. Dies sind 2 Kilometer, bis Schankweiler 4 Kilometer. Wenn man diese Orte durch den fahrbaren Weg von 4 Kilometer bergab zur Bahn bringen und zugleich den anderen 5000 Menschen gerecht werden kann, dann, glaube ich, muß man hier klar aussprechen: Die und die Linie wird dort von der Provinzialverwaltung befürwortet. Die 5000 Menschen werden wirtschaftlich und industriell eine viel größere Entwicklungsmöglichkeit haben. Gestern schon hat Herr Dr. Saafen hier ausgeführt, daß durch die jetzige Zollunion mit Belgien und durch feuchengefegliche Bestimmungen die Grenzbevölkerung unter einer ungeheuren Unterdrückung leidet. Wenn man das beheben will, wird man auf der einen Linie folgende Dinge zu verzeichnen haben. Ich habe zusammengefaßt und ausgerechnet, daß allein von der Bahnlinie, die in unserem Antrage befürwortet wird, Gemeinden berührt werden, die eine Waldfläche von 1853 Hektar haben. Diese Fläche konzentriert sich vollständig auf diese Bahnstrecke. Die heutigen Waldungen, die dort abgeschlagen und verschachert werden, gehen auf Grund der nicht vorhandenen Verkehrsmöglichkeiten für Spottgelder nach Luxemburg und Lothringen, und die Gemeinden können ihre Aufwendungen nicht bestreiten; sie sind gezwungen, erhöhte Umlagen zu machen, erhöhte Steuern zu erheben.

Ferner habe ich folgende Zusammenstellung gemacht: Aus der gesamten Industrie dieses Bezirks oder dieser Gemeinden, aus den Obstplantagen, dem Obstgut Sonnenhof, aus der Weilerbacher Hütte, aus den dortigen Sägewerken, aus den Möbelschreinereien, aus der

Wölferbacher Kücheneinrichtungsfabrik sind an Rohprodukten und Fertigwaren im Jahre etwa 745 bis 750 Waggons oder 15 000 Tonnen transportiert worden. Ich stelle weiter fest, daß die Küchenmöbelfabrik bei Wölferbach jede Woche bis nach Trier per Achse ihre Fertigwaren abführen muß. Ich stelle weiter fest, daß die Weilerbacher Mühle ihre Fertigware, soweit sie sie waggonweise verladen muß, über die Brück ins Luxemburgische hinein verlädet und sie dann über Trier wieder nach Deutschland hereinbringt.

Diese Umstände, wie sie hier liegen, müssen unbedingt berücksichtigt werden. Es ist festgestellt, daß in Berlin, nachdem die Kommission dort war, alle Parteien, wie ich ausdrücklich betonen will, sich für diese Interessen eingesetzt haben. Mir liegen Drucksachen vom Landtag vor, wo 11 Anträge eingebracht worden sind. Es liegen im Reichstag Petitionen von allen Seiten mit Ausnahme des Zentrums vor, das sich allerdings durch den Herrn Landrat und vielleicht auch durch den Herrn Oberpräsidenten nicht auf eine andere Linie einstellen kann. Wenn der Provinziallandtag wirklich die Notlage der Grenzgebiete beseitigen will, ist es seine Aufgabe, sich für das Eisenbahnprojekt Trel-Bollendorf, so wie es in unserem Antrage vorgeschlagen ist, einzusetzen. Ich möchte unbedingt wünschen, daß sich alle Parteien dafür einsetzen, daß diesem Projekte Rechnung getragen wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Voredners machten den Eindruck, als ob wir uns in einer Sitzung eines Landeseisenbahnrates befänden. Es ist eine Unmöglichkeit, bei den unendlich vielen Wünschen, die innerhalb der Rheinprovinz vorliegen, sich in irgendeiner Form für das eine oder das andere Bahnprojekt an dieser Stelle einzusetzen. Ich gehe in der Beziehung mit Herrn Hold durchaus einig, daß wir Landwirte ganz große Wünsche an die deutsche Reichsbahn zu richten haben und daß wir uns von der deutschen Reichsbahn bezüglich der Verhältnisse auf dem platten Lande durchaus zurückgesetzt fühlen, daß wir hier bloß in allgemeinsten Form der Reichsbahndirektion und Reichsbahnverwaltung gegenüber betonen können, daß, nachdem wir Landwirte und die gesamte Bevölkerung des besetzten Gebietes während der Zeit, wo wir die Regiebahn hier hatten, der deutschen Reichsbahn die Treue gehalten haben, daß wir nun auch von der deutschen Reichsbahn Treue um Treue vergolten bekommen müssen und daß die Belange des Westens mehr berücksichtigt werden müssen als bisher. Ich bitte dringend, jede Erörterung über einzelne Bahnprojekte zurückzustellen und in der Fassung, wie es vorgeschlagen ist, für die allgemeinen Belange der gesamten Wirtschaft einzutreten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Saafen.

Abgeordneter Dr. Saafen: Meine Damen und Herren! Die Notwendigkeit der Schaffung einer Verkehrsverbindung zur Erschließung der westlichen Grenzgebiete habe ich gestern in meinen ausführlichen Darlegungen über die wirtschaftliche Lage der südlichen Rheinprovinz dargetan. Ich muß mich aber auch den Ausführungen des letzten Herrn Redners anschließen, daß es unmöglich ist, über die verschiedenen Konkurrenzprojekte, die hier vorliegen, im Provinziallandtag zu einer Stellungnahme zu kommen.

Es ließe sich zu den Ausführungen des ersten Redners außerordentlich viel für und gegen erklären. Ich will nur darauf hinweisen, daß auf dem anderen Grenzufer eine luxemburgische Parallelbahn läuft und daß es schon seit langer Zeit unser Bestreben ist, um eine schnelle und gute Hilfe zu erreichen, mit Luxemburg ein Abkommen dahin zu treffen, daß den Grenzorten die Benutzung dieser Bahn auch für den Gütertransportverkehr ohne Zollbehandlung gestattet wird. Ob das zu erreichen sein wird, vermag ich heute nicht zu sagen.

Ich möchte aber auch dem ersten Herrn Redner noch eins erwidern: Die Frage, welches Projekt tatsächlich zur Durchführung kommen soll, wird bei der Regierung in Trier mit aller Sachlichkeit und Unparteilichkeit geprüft werden. Wir sind weder an der einen noch an der anderen Linie irgendwie interessiert, sondern es kann sich für uns nur darum handeln, eine Linie zu finden, die den volkswirtschaftlichen Belangen entspricht. Ich kann Ihnen auch für meine Person erklären, daß ich die Absicht habe, mit dem Herrn Reichsbahndirektionspräsidenten in einer der nächsten Wochen nach Bollendorf zu kommen, um auch das Bollendorfer Projekt persönlich noch einmal nachzuprüfen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Meine Damen und Herren! Wir haben uns auch überzeugen müssen, daß vor allen Dingen gerade bei der Linie an der luxemburgischen Grenze doch scheinbar starke Interessengegenstände vorliegen und daß die Gefahr besteht, daß nicht objektiv nach volkswirtschaftlichen Belangen diese Bahnlinie gebaut wird (Sehr richtig! links), sondern daß es dort dem stärkeren Interessenten gelingen wird, eine Linienführung zu erreichen, die nicht im Interesse der übergroßen Mehrzahl der Bevölkerung und auch nicht im Interesse der volkswirtschaftlichen Belange liegt.

Wenn Herr Abgeordneter Dr. Saafen, der zu gleicher Zeit der verantwortliche Regierungspräsident ist, erklärt hat, daß er sich bemühen werde, die Sache dort objektiv zu fördern, so beruhigt uns das in etwa.

Trotzdem sind auch meine Freunde zu der Auffassung gekommen, daß man so allgemein, wie wir es jetzt in der Fassung des Ausschusses hier vorliegen haben, die Sache nicht erledigen kann. Wir müssen wohl oder übel in der Provinz uns gerade in diesen Grenzgebieten mit einzelnen Notlagen befassen. Die Form, die wir gewählt haben, trägt dem nicht Rech-

nung. Wir werden aus diesen Erwägungen heraus sowohl für den Antrag 61 als auch für den Antrag 118 stimmen. Nur wenn diese Anträge in diesem Hause keine Mehrheit finden, stimmen wir dem Vorschlage des Sachausschusses zu.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen weiter nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Punkt 3: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betr. Errichtung eines Provinzial-Wohlfahrtsamtes als Kontrollorgan und Beschwerdeinstanz im Sinne der aus der Fürsorgepflichtverordnung resultierenden Aufgaben.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Koenzgen.

Abgeordneter Koenzgen: Meine Damen und Herren! Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Antrag abzulehnen, und zwar nicht nur aus sachlichen Gründen heraus, sondern vor allen Dingen auch deshalb, weil dieser Antrag und seine Durchführung nicht den gesetzlichen Vorschriften bzw. dem Fürsorgegesetz entspricht. Er würde, da die Kontrollinstanzen, die Beschwerdeinstanzen gegeben sind, in das Fürsorgegesetz eingreifen, mit anderen Worten, überhaupt die gesetzlichen Bestimmungen durchbrechen. Da das aber nicht möglich ist, bittet der I. Sachausschuß, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Meine Damen und Herren! Selbstverständlich bedeutet der Antrag in der jetzigen Fassung eine gewisse Aenderung gesetzlicher Bestimmungen. Aber wie ist der Zustand auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege heute? Ich erinnere daran, daß die Sozialdemokraten im vergangenen Jahre einen ähnlichen Antrag gestellt haben, der aber das, was uns das Wünschenswerte ist, völlig weggelassen hat. Wenn heute ein Fürsorgeberechtigter, der auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung Anspruch auf gehobene Fürsorge hat, einen Antrag an die örtliche Fürsorgestelle stellt und dabei auf Ablehnung stößt, dann hat er die Einspruchsmöglichkeit bei einer übergeordneten Instanz. Aber diese Instanz entscheidet nun nicht etwa auf Grund eigener Prüfung und Anschauung, sondern diese Beschwerdeinstanz stützt sich auf die Voraussetzungen, die bei der Vorinstanz zur Ablehnung geführt haben. Die Beschwerdeinstanz kann gar nicht anders entscheiden, weil ihr eigene Mittel fehlen und sie über die Mittel der Vorinstanz nicht verfügen kann und darf. Wir haben also keine Möglichkeit, etwa in dem Sinne der Richtlinien der alten Fürsorgeverordnung Beschwerde einzulegen, etwa bei der örtlichen Fürsorgestelle oder darüber hinaus bei der Provinzialfürsorgestelle, die dann, wie das früher der Fall war, aus eigenen

Mitteln eventuell dem Antragsteller entgegenkommen kann. Die Fürsorgepflichtverordnung hat bekanntlich auch dem Recht der Fürsorgeberechtigten auf Mitentscheidung in den Beiräten ein Ende gemacht. Wir wünschen aber diese zentrale Wohlfahrtspflege aus den Gründen heraus, die im vorigen Jahre die SPD. zu ihrem Antrage bewogen haben.

Man hat damals von Seiten der bürgerlichen Parteien den Initiativantrag mit der Begründung ablehnen zu müssen geglaubt, daß durch diesen Antrag eine neue Landesratsstelle geschaffen würde. Man hat gesagt, die Herren Sozialdemokraten haben Appetit auf einen neuen Landesratsposten. Das war das „sachliche“ Moment, das Sie von der Rechten dem SPD.-Antrage entgegengehalten haben.

Heute besteht auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ein wildes Durcheinander, das man wirklich auch von Ihrem Gesichtspunkt aus nicht gutheißen kann. Heute treiben Fürsorge die öffentlichen Fürsorgestellen, die privaten Wohlfahrtsorganisationen, die teilweise finanziell von den Kommunen gespeist werden, also eine Verzettelung schon in der ersten Instanz. Dann treiben die Kommunen eine Wohlfahrtsfürsorge, die ihrem Wesen und Umfange nach ganz verschieden ist. Der Umfang wird keineswegs etwa von der finanziellen Lage der jeweiligen Gemeinde bestimmt, sondern wir erleben es, daß Gemeinden, die wirtschaftlich viel günstiger dastehen, als es in ihren Sozialunterstützungssätzen sich ausdrückt, weniger zahlen als wirtschaftlich schwächer gestellte Gemeinden. Wir erleben darüber hinaus auch noch folgendes: Es ist passiert — nicht etwa bloß angenommen — in Essen z. B., daß der zuständige Wohlfahrtsausschuß bei einer Gelegenheit einmal beschlossen hat, die Kinderbeihilfen von 12 auf 15 Mark pro Monat zu erhöhen. Das war eine Instanz, die laut Gesetz zu diesem Beschluß berechtigt war. Dann hat natürlich die Verwaltung in Essen gegen diesen Beschluß Beschwerde eingelegt, nicht etwa beim Regierungspräsidenten, sondern man hat dann eine kommunale Vereinigung von Wohlfahrtsdezernenten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet entscheiden lassen, und in dieser kommunalen Vereinigung von Wohlfahrts- bzw. Finanzdezernenten hat man den Beschluß, den der Essener Wohlfahrtsausschuß mit den Stimmen des Zentrums angenommen hatte, abgelehnt. Als wir dagegen Sturm ließen, hat man uns erklärt: Es gehört nicht zu Ihren Rechten als Kommunalvertreter, die Höhe der Leistungen zu bestimmen, sondern wir müssen uns nach den allgemeinen Grundfäden dieses Ausschusses im R. W. Z. richten, und dieser Ausschluß hat so beschlossen, um eine verschieden hohe Gestaltung der sozialen Zugeständnisse zu vermeiden.

Das ist ein Vorgang, der meines Erachtens maßgebend sein muß dafür, daß man von zentraler Stelle aus die Wohlfahrtszugeständnisse und die Fürsorgeeinrichtungen kontrolliert. Ich erinnere daran, daß nach der heutigen Regelung auch die Nebenaufgaben —

Kinderfürsorge usw. — absolut von jeder Gemeinde nach eigenen Grundsätzen gehandhabt werden. Wir haben keinerlei zentrale Regelung für diesen Aufgabekreis.

Was Sie zu Ihrer Ablehnung bestimmt, das sind nicht die formalen Gründe, die Sie hier angeben. Sie werden zu Ihrer Ablehnung dadurch bestimmt, daß, wenn eine Kontrollinstanz errichtet wird, den Kommunen auch daraus finanzielle Lasten erwachsen. Die Herren Sozialdemokraten haben uns in einer zwischenfraktionellen Sitzung erklärt, daß sie bereit seien, unserem Antrage dann stattzugeben, wenn wir auf das Kontrollrecht dieser Zentralinstanz verzichten. Das heißt natürlich das Kind mit dem Bade ausschütten. Das läuft darauf hinaus, daß hier eine Instanz geschaffen wird ohne wirklich grundlegende Rechte, eine Instanz, die letzten Endes nur dazu führt, daß ein neuer Landesrat eingeführt wird, der nach der jetzigen Situation wohl kaum aus Ihren Reihen genommen wird, meine Herren Sozialdemokraten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß der Antrag auf Schaffung eines Provinzial-Wohlfahrtsamtes von der sozialdemokratischen Fraktion bei früheren Tagungen ausgegangen ist. Allerdings haben wir damals andere Beweggründe zur Stellung dieses Antrages gehabt, als sie der Herr Vorredner hier für seine Fraktion mitgeteilt hat. Wir waren der Auffassung, daß das Neben- und Gegeneinander der verschiedensten Behörden und privaten Organisationen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege zu einer organischen Zusammenfassung führen müßte, einer Zusammenfassung, wie sie in der Fürsorgepflichtverordnung auch niedergelegt ist, und zwar auch für die Provinzialinstanz. Wir haben uns damals ausdrücklich dagegen gewehrt, nun unbedingt diese organisatorische Zusammenfassung Wohlfahrtsamt zu nennen. Ich habe bei der Beratung damals sogar zum Ausdruck gebracht: Ob die Zusammenfassung Wohlfahrtsamt oder Wohlfahrtsstelle heißt, darauf kommt es nicht an. Wir wollten überhaupt eine Vereinheitlichung der Organisation. Wenn Sie seit der Stellung unseres Antrages die gesamte Wohlfahrtspresse verfolgt haben, so werden Sie, ganz gleich, ob es sich um private Organisationen oder um die behördliche Wohlfahrtspflege handelt, immer wieder finden, daß über eine Ueberorganisation in der Wohlfahrtspflege geklagt wird. Ich will es mir ersparen, auf Beispiele einzugehen. Ich will nur darauf hinweisen, daß, glaube ich, auch der Herr Landeshauptmann bei seinen Ausführungen über die Zentralinstanzen in Berlin nicht zuletzt auch an die Tendenzen im preussischen Wohlfahrtsministerium gedacht hat, wo auch das Bestreben herrscht, die Wohlfahrtsaufgaben, die Aufgaben der Selbstverwaltungskörper sind, immer mehr an die staatlichen Organe her-

anzubringen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Nur kein Geld geben sie dafür!)

Meine Damen und Herren! Soweit diese Dinge in Frage kommen, ist meine Fraktion heute derselben Auffassung wie seinerzeit, als sie das Provinzial-Wohlfahrtsamt beantragt hat. Die Objektivität aber zwingt uns, anzuerkennen, daß trotz der Ablehnung unseres seinerzeitigen Antrages die Provinzialverwaltung selbst auf dem Gebiete der Zusammenfassung vorwärts gegangen ist, daß manches, was wir damals gewünscht haben, im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen erlebigt worden ist. Wir sind weiter der Auffassung, daß auf dem Gebiete, das wir damals beschreiten wollten, der Weg weitergeht, nicht zuletzt auch durch die Verordnung des preussischen Volkswohlfahrtsministers über Arbeitsgemeinschaften in der Wohlfahrtspflege, wo zum mindesten ein arbeitsgemeinschaftliches Zusammenarbeiten aller in der Wohlfahrtspflege tätigen behördlichen und freien Wohlfahrtsorgane vorgeschrieben ist.

Wir haben deshalb auch in diesem Jahre davon abgesehen, einen Antrag neu zu stellen, sind aber auch nicht in der Lage, für den kommunistischen Antrag zu stimmen, weil er etwas ganz anderes wünscht. Zwar ist Herr Renner in seiner Begründung des Antrages etwas unseren Argumenten gefolgt. Auch er wünscht nach seinen Ausführungen, die Ueberorganisationen in der Wohlfahrtspflege und das Neben- und Gegeneinander zu beseitigen. Die Fassung des Antrages aber sagt: „Errichtung eines Provinzial-Wohlfahrtsamtes als Kontrollorgan und Beschwerdeinstanz“. Und das ist gesetzlich nicht möglich, weil nach der preussischen Ausführungsverordnung zur Fürsorgepflichtverordnung Kontrollorgan und Beschwerdeinstanz der Regierungspräsident bzw. der Bezirksausschuß sind. Ich persönlich bedauere mit meiner Fraktion diese Entwicklung, ich glaube, auch die Provinzialverwaltung bedauert diese Entwicklung, die die Dinge mehr an die Staatsbehörden herangebracht hat. Aber hier können wir nicht durch Beschluß von der Verwaltung eine andere Organisation verlangen, weil wir durch die staatliche Gesetzgebung gebunden sind. Wir wünschen aber von der Verwaltung, daß sie auf dem Wege weiterschreitet, der eine Zentralisation, eine Vereinfachung und ein arbeitsgemeinschaftliches Zusammenarbeiten aller Zweige der Wohlfahrtspflege ermöglicht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen weiter nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist so beschlossen.

Punkt 4 wird hinter Punkt 22 behandelt.

Punkt 5: Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe des Deutschen Verbandes für die berufliche Kranken- und Wohlfahrtspflege und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, betr. anderweitige Besoldungsregelung der Beamten

der Rheinischen Provinzialanstalten der Besoldungsgruppen II bis VII.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Der I. Sachausschuß schlägt dem Provinziallandtage vor, die Eingabe dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sidmann, Köln-Bickendorf.

Abgeordneter Sidmann, Köln-Bickendorf: Im Jahre 1924 wurde für die deutschen Beamten eine neue Besoldungsordnung geschaffen. Seit dieser Zeit ist man ununterbrochen damit beschäftigt, diese Besoldungsordnung zu verbessern, mit dem Ergebnis, daß heute fast sämtliche beteiligten Stellen zu der Aufassung gekommen sind: Wir brauchen wiederum eine neue Besoldungsordnung für unsere Beamten, wohl der beste Beweis dafür, daß die Kritik, die an der bisherigen Besoldungsordnung geübt wird, nicht unberechtigt gewesen ist.

Es ist verständlich, wenn heute vor der Neuordnung der Besoldung die beteiligten Gruppen mit Anträgen an die zuständigen Instanzen herantreten und versuchen, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. Dies geschieht in der Eingabe, die die Beamtenabteilungen der christlichen und freien Gewerkschaften an die Landesverwaltung wie auch an die einzelnen Abgeordneten gemacht haben.

Unsere bisherige Besoldungsordnung ist viel zu starr, viel zu schematisch, um der ständigen Entwicklung zu folgen, insbesondere viel zu starr, um bei Veränderungen im Dienstverhältnis die Anpassung des Lohnes oder des Gehaltes an die erhöhten Leistungen schnell folgen zu lassen. Ich möchte wünschen, daß es gelingt, bei der Neuordnung der Beamtengehälter in dieser Beziehung die neue Beamtenbesoldung so beweglich zu machen, wie es die heute so viel gelästerten Tarifverträge bereits sind.

Meine Damen und Herren! Es hat tatsächlich eine weitgehende Veränderung in den Dienstleistungen unserer Kommunalbeamten stattgefunden. Gestern hat Herr Landesmedizinalrat Dr. Wiehl ausgeführt, daß in den Irrenanstalten neue Heilmethoden eingeführt sind. Es ist dies die sogenannte Arbeitstherapie. Die Kranken werden in erweitertem Umfange beschäftigt, was notgedrungen mit erhöhten Leistungen des betreffenden Personals verbunden ist. Es müssen heute bei dieser Heilmethode ganz andere Anforderungen in bezug auf Können und Wissen, auf Aufmerksamkeit und Verantwortung an das Personal gestellt werden als ehedem. Diese Anforderungen kommen auch darin zum Ausdruck, daß heute keine Krankenpflegeperson in der Provinz mehr angestellt wird, die nicht vorher ordnungsgemäß ihre Fachprüfung gemacht hat. Eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie in den Irrenanstalten sehen, sehen wir auch in den Erziehungsanstalten. Auch hier ist das Personal vom bloßen Aufseher zum Erzieher geworden. Denn ohne daß wir das Personal

auf die neuen Ziele einstellen, wird es nicht möglich sein, die Zwecke der Fürsorgeverordnung zu erfüllen. Auch hier sind unter allen Umständen die Anforderungen gestiegen. Ich erinnere nur daran, daß zum Beispiel diejenigen Erzieher, die in den handwerksmäßigen Betrieben sind, die Wertmeister und die Weragehilfen, nicht nur ihre Fachprüfung als Meister zum größten Teil abgelegt haben, sondern auch nebenbei verpflichtet sind, sich die notwendigen Kenntnisse in der Erziehung des Menschen anzueignen. Außerdem sind hier die Anforderungen gewachsen. Es kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt hinzu. Daß seit 1924 eine Menderung eingetreten ist: Die damals gültige achtstündige Arbeitszeit ist auf der ganzen Linie in eine neun- und zehnstündige umgewandelt worden, ohne daß dafür eine Entschädigung in irgendeiner Weise den Beamten gewährt worden ist.

Ich möchte aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Direktoren der Anstalten, der Irrenanstalten sowohl wie der Fürsorgeerziehungsanstalten, die Anerkennung zum Ausdruck zu bringen für die Mühe, der sie sich unterzogen haben, um das Personal aus- und weiter fortzubilden. Nur derjenige, der dies in den letzten Jahren zu beobachten Gelegenheit hatte, wird diese Arbeit der Direktoren und Oberbeamten anerkennen, weil sie in außerordentlichem Maße geeignet gewesen ist, die Ziele der Angestellten zu fördern. Ich will auch dankbar anerkennen, daß es gerade diese verantwortlichen Direktoren und zum Teil meines Wissens auch die Dezernenten gewesen sind, die stets bestrebt waren, den veränderten Dienstleistungen der Beamten auch das Gehalt anzupassen. Wenn es bis heute nicht geschehen ist, so sind es, glaube ich, lediglich finanzielle Gesichtspunkte gewesen, die hindernd im Wege standen. Ich möchte, wenn diese Eingabe dem Antrage gemäß dem Provinzialausschuß überwiesen wird, wünschen, daß dann der Provinzialausschuß nicht nur den Finanzdezernenten, sondern auch den sachmännischen Direktoren ein geneigtes Ohr leiht. Wenn dies geschieht, dann, glaube ich, werden eine ganze Reihe von berechtigten Wünschen und Ansprüchen der Beamten erfüllt, zum Segen der Betriebe, zum Segen unserer Provinz. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht weiter vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich darf feststellen, daß dem Antrage entsprochen ist.

Punkt 6: Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der beamteten Ärzte an den Rheinischen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, betreffend Menderung ihrer Amtsbezeichnung.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Auch hier schlägt der I. Sachausschuß dem Provinziallandtag vor, den Antrag dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Es ist so beschloffen.

Punkt 7: Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der Direktion der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau, betreffend höhere Ortsklasseneinstufung der Anstalt Bedburg-Hau.

Der Berichterstatter ist nicht da. Wir dürfen annehmen, daß er verzichtet.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Es ist so beschlossen.

Punkt 8: Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der Hausvorsteher der Provinzial-Erziehungsheime, betreffend die Wiedereinführung der Hausvorsteherzulage.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Andres. (Zuruf: Verzicht!) Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle fest, daß dem Antrag entsprochen ist.

Wir werden die Punkte 9 bis 11 zusammen mit 28 verhandeln. Sie lauten:

Punkt 9: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betreffend Minderung der Reichsbefoldungsordnung und Umgestaltung der Ruhegehaltsordnung.

Punkt 10: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betreffend anderweite Befoldungsregelung der Beamten und Angestellten der Rheinischen Provinzialverwaltung in den Gruppen I bis III.

Punkt 11: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion, betreffend Uebernahme des Pflichtanteils der bei der Provinzialverwaltung beschäftigten Arbeiter und Angestellten an den Beiträgen der Sozialversicherung seitens der Verwaltung und der Beitragzuschüsse für die freiwillige Kranken- und Angestelltenversicherung.

Punkt 28: Antrag des I. Sachausschusses

- a) zu dem Antrage der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten der Rheinischen Provinzialverwaltung auf Besserstellung in ihren Bezügen;
- b) zu dem Antrage der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten bei der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auf Schaffung weiterer Beförderungsstellen in Gruppe X und XI;
- c) zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion;

d) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion zu den Anträgen a und b sowie

e) zu dem Ergänzungsantrag der Zentrumsfraktion, betreffend Ueberweisung des Antrages der Landesamtänner auf Befetzung von in Gruppe XI besoldungsplanmäßig vorgesehenen Stellen.

Berichterstatter zu den Punkten 9 bis 11 ist Herr Abgeordneter Dr. Dichgans, zu Punkt 28 Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Dichgans: Der I. Sachausschuß schlägt zu den Punkten 9 und 10 Ueberweisung an den Provinzialausschuß, zu Punkt 11 Ablehnung vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Zu allen Anträgen unter Nr. 28 schlägt Ihnen der I. Sachausschuß Ueberweisung an den Provinzialausschuß vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Theißen.

Abgeordneter Theißen: Meine Damen und Herren! Die Befoldungs- und Personalpolitik der Provinzialverwaltung schließt sich eng an die Befoldungspolitik der Reichs- und Staatsbehörden an. Sie ist wie diese ihrem Grundcharakter nach reaktionär und zeigt deutlich den Klassencharakter des bürgerlich-kapitalistischen Staates.

Auf Wunsch des Provinziallandtags hat der Provinzialausschuß einen Bericht über die Verteilung der in die Haushaltspläne eingesetzten Beamtenstellen vorgelegt. Aus diesem Bericht an den Provinzialausschuß geht hervor, daß von den insgesamt dort aufgeführten Beamtenstellen — 2370 an der Zahl — nicht weniger als 1380 in den Gruppen 4 bis 7 und 109 in der Gruppe 3 sich befinden. Nach der Auffassung der kommunistischen Fraktion ist die Befoldung in den Gruppen 1 bis 7 durchaus unzulänglich. Sie stellt namentlich in den untersten Gruppen nicht einmal das Existenzminimum dar. Wir halten die Befoldung in den Gruppen 8 und 9 für ausreichend und sind der Auffassung, daß die Befoldungen in den höheren Gruppen von 10 an aufwärts nicht mehr verantwortet werden können. Sie sind in steigendem Maße zu hoch und viel zu hoch.

Bei dem ersten Antrage der kommunistischen Fraktion, an die Reichs- und Staatsregierung das Ersuchen zu richten, anstatt der bisher 13 Befoldungsgruppen und Sondergruppen und Einzelgehälter eine Befoldungsordnung einzurichten, die sich auf nur fünf Klassen erstreckt, sind wir von dem Grundgedanken ausgegangen, daß es sich durchaus ermöglichen läßt, in

fünf Besoldungsgruppen die Leistungen der einzelnen Beamten durchaus gerecht zu entlohnen. Die jegliche ungeheuer große Zahl von Besoldungsgruppen ist nichts anderes als der Nährboden für ungesundem Strebertum in den einzelnen Beamtengruppen und führt dazu, daß die einzelnen Beamtengruppen gegeneinander ausgespielt werden, daß sie nicht einig werden und nicht einig ihre Interessen vertreten.

Ein Beispiel dafür ist auch der Antrag der Provinzialbeamten, den wir nur deshalb aufgenommen haben, um überhaupt diese Besoldungsfrage hier zur Behandlung bringen zu können. Wir betonen ausdrücklich, daß die in diesem Antrage der Provinzialbeamten aufgestellten Beförderungswünsche, soweit sie über die Gruppe 9 hinausgehen, nicht unsere Zustimmung finden.

Bezüglich der Verteilung der einzelnen Beamtenstellen, wie sie in dem Bericht des Provinzialausschusses nachgewiesen werden, wäre noch folgendes zu sagen:

Zunächst ist es auffällig, daß in den Provinzialerziehungsheimen ein Teil der Erzieher nach Gruppe 3 besoldet wird, eine Besoldung, die, wie gesagt, kaum das Existenzminimum darstellt. Nach unseren Informationen befinden sich unter diesen Erziehern Junglehrer, also Leute, die eine erhebliche Vorbildung haben. Es ist auffällig, daß man Lehrern zumutet, für ein Gehalt zu arbeiten, das unter dem Existenzminimum liegt, während an denselben Anstalten die Anstaltsgeistlichen ihren Idealismus sich nach Gruppe 11 bezahlen lassen.

Wir haben beantragt, die Gruppen 1 bis 3 überhaupt zu streichen, und zwar solange nicht eine vernünftiger, bessere Besoldungsordnung überhaupt vorliegt, diese ganz fallen zu lassen. Ich will einige Zahlen anführen, die dartun, daß es sich hier um Gehälter handelt, die nicht das Existenzminimum erreichen. Das Grundgehalt in der Gruppe 1 beträgt 906 bis 1308 Mark im Jahr, in der Gruppe 2 984 bis 1434 Mark und in Gruppe 3 1080 bis 1544 Mark. Das ist, auf den Monat umgerechnet, ein Gehalt in Gruppe 3, in der sich bei der Provinzialverwaltung nach dieser Nachweisung der Provinz 109 Beamte und Angestellte befinden, ein Grundgehalt von etwa 90 bis 130 Mark im Monat. Dazu kommt allerdings der Wohnungsgeldzuschuß, eventuell noch die sozialen Zuschläge, die aber selbst nach den Angaben der Provinz im Durchschnitt, d. h. unter Berücksichtigung der viel höher besoldeten mittleren und oberen Beamten, nur etwa 45 Mark im Monat betragen. Also, selbst wenn man etwa 20 Mark dem Monatseinkommen hinzurechnet, so ergibt sich ein Monatseinkommen in der Gehaltsgruppe 3 von 110 bis 170 Mark. Da sich unter den Beamten mit diesen erbärmlichen Besoldungsverhältnissen auch Erzieher befinden, ist es ganz klar, daß Menschen, die auf einer so schlechten wirtschaftlichen Basis stehen, ihren Beruf nicht mit der nötigen Liebe und Sorgfalt ausüben können. Schließlich sind es nicht nur die so schlecht besoldeten Beamten, sondern auch

die Kinder, die das Opfer dieser Besoldungspolitik darstellen. Aus diesem Grunde beantragt die kommunistische Fraktion, wie gesagt, daß die unteren Gruppen überhaupt wegfallen.

Wir sind aber auch weiter der Auffassung, daß die Gruppen 4 bis 7 nicht ausreichend besoldet sind. Es ist nach unserer Auffassung nötig, daß hier eine Steigerung, und zwar für die unteren Gruppen mehr, für die oberen weniger, im Betrage von etwa 20 bis 30 Prozent vorgenommen werden muß. Davon ist hier nicht die Rede.

Meine Damen und Herren von den bürgerlichen Parteien! Wenn Sie von Not und Armut sprechen, dann behandeln Sie diese Dinge gewöhnlich so, als ob das etwas Naturwüchsiges sei, als ob an diesen Dingen nichts zu ändern wäre. Aber hier bei der Besoldungspolitik liegt es klar zutage, daß Sie selbst die wirtschaftlichen Grundlagen schaffen. Sie selbst bewilligen das, was die Menschen, die im Dienst der Provinzialverwaltung stehen, nachher zu ihrem Lebensunterhalt haben. Sie selbst sind also hier die Ursache, und wenn Sie beweisen wollen, daß es Ihnen ernst mit Ihren menschenfreundlichen und beamten- und angestelltenfreundlichen Reden ist, so müssen Sie nach unserer Auffassung den Anträgen, die die kommunistische Partei zu diesen Punkten gestellt hat, beitreten.

Ich möchte noch den Antrag unserer Fraktion bezüglich Zahlung der Beiträge für die Sozialversicherung von Seiten der Provinz erwähnen. Das ist eine Forderung, die wir allgemein erheben. Die Organe des Staates und der Kommunen, soweit sie als Arbeitgeber in Frage kommen, sollten in dieser Beziehung vorbildlich sein und diese nicht allzu hohe Belastung, die sie sehr gut tragen können, auf sich nehmen. Wir stellen diesen Antrag — eine alte Forderung, die wir erheben — erneut.

Bezüglich der Ausführungen, die zu Punkt 5 gemacht worden sind, die hiermit in engstem Zusammenhang stehen, möchte ich noch betonen: Eine wirklich gerechtere Beförderungs- und Besoldungspolitik bei den Beamten und Angestellten wird sich nur dann erreichen lassen, wenn die Organisationen der Beamten und Angestellten sich endlich zusammenschließen mit den übrigen Organisationen der Arbeiterschaft zu einem einheitlichen Kampfe gegen das jegliche reaktionär bürgerlich-kapitalistische System, wenn sie ihre Interessen gemeinsam vertreten nach Klassengesichtspunkten und nicht nach den Besoldungsgesichtspunkten irgendwelcher Gruppen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Meine Damen und Herren! Wenn uns die Frage gestellt wird, ob wir für die Erhöhung der Besoldungen der niederen Besoldungsgruppen eintreten, so ist dies wohl eine müßige Frage, weil wir jederzeit bereit sind, hier für Verbesserungen der Besoldungsordnung dieser niedrig bezahlten Gruppen einzutreten.

Was mich veranlaßt, hier das Wort zu nehmen, ist der Antrag zu Drucksache 90. Wir werden hier der Ablehnung zustimmen, und zwar aus ganz bestimmten Gründen.

Es ist nicht umsonst gegenwärtig auch der Arbeitnehmer zur Beitragsleistung in der Krankenversicherung herangezogen. Damit ist auch der Einfluß des Arbeitnehmers bei den Kassenorganen gesichert. Wenn wir aber nun Wegbereiter dafür sein wollten, daß dieser Einfluß in den Krankenkassenorganen eingeschränkt wird, dann, glaube ich, würden wir so handeln müssen, wie es hier seitens der kommunistischen Fraktion vorgeschlagen worden ist.

Wenn wir einmal den Zeitpunkt erreichen werden, wo die Arbeiterschaft eine genügende Macht auf die maßgebende gesetzgebende Körperschaft — das ist der Reichstag — wird ausüben können, dann wird sich auch über die Frage reden lassen, daß von dem Arbeitslohn nicht auch noch ein Beitrag für die Sozialversicherung seitens des Arbeitnehmers zu entrichten ist, und zwar, ohne ihm den Einfluß auf diese sozialen Versicherungsorgane zu nehmen.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß wir uns einem solchen Antrage zur Zeit hier in diesem Hause nicht anschließen können, weil das dazu führen würde, daß überall dort, wo dies Platz greift, sich schließlich auch im Reichstag eine Mehrheit finden könnte, die den Arbeitnehmern den Einfluß in den Kassenorganen nimmt. Nehmen Sie nur einmal die Verhältnisse in den Zinnungskrankenkassen, wo bereits eine andere Verteilung der Beiträge eingetreten ist. Heute müssen die Arbeitnehmer zwei Drittel des Beitrages allgemein zahlen. Aber bei den Zinnungskrankenkassen ist die Möglichkeit der Halbierung gegeben. Dort ist auch sofort die Halbierung des Einflusses der Versicherten auf die sozialen Organe gegeben. Wenn wir hier auch Wegbereiter für andere Versicherungsarten sein wollen, müssen wir diesen Weg beschreiten. Aus dem Grunde können wir diesen Anträgen nicht folgen. Wenn es uns möglich sein wird, im Reichstage etwas Herartiges zu erreichen, ohne den Einfluß der Versicherten einzudämmen, dann sind wir mit Ihnen einer Meinung und bereit, nach der Richtung hin mit Ihnen Hand in Hand zu gehen.

Es ist dann aber weiter in dem Antrage gesagt, daß für die Beamten die freiwillige Krankenversicherung übernommen werden soll. In dieser Allgemeinheit ist auch dieser Antrag nicht anzunehmen, weil auch hier gesagt ist, daß es für die Angestellten gelten soll. Bei den Angestellten ist ja die Pflichtversicherung ebenso wie für die Arbeiter gegeben, wenn auch nur bis zu der Gehaltsgrenze von 2700 Mark. Bis zu dieser Grenze sind sie versicherungspflichtig und ist auch der Arbeitgeberanteil ohne weiteres gegeben. Der Antrag rennt also nach der Richtung hin offene Türen ein.

Ebenso dürfte es bezüglich der Ruhegehaltskasse stehen. In der Angestelltenversicherung besteht eben-

falls für die Angestellten eine Pflichtversicherung bis zur Gehaltsgrenze von 6000 Mark. Also weiß ich wirklich nicht, was dieser Antrag nach der Richtung hin bezwecken soll. Es ist also hier bereits auf Grund des Gesetzes erfüllt, was Sie hier in dem Antrage bezüglich der Angestellten wünschen.

Aus diesen Gründen können wir dem Antrage nicht zustimmen. Wir werden deshalb für die Ablehnung stimmen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Drucksache 127), der sich mit dem nebenberuflichen Musikieren der Beamten befaßt, ziehen wir zurück, weil wir erfahren haben, daß inzwischen der Herr Landeshauptmann durch eine Verfügung das nebenamtliche Musikieren bereits in der Provinz geregelt hat (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Nicht inzwischen, sondern vorher!), am 15. März, ehe der Musikerverband seine Beschwerde an uns gerichtet hat. Ich möchte aber den Herrn Landeshauptmann bitten, doch streng darauf zu achten, daß das nebenamtliche Musikieren gegen Entgelt nur erlaubt wird, wenn erstens die zuständige Dienststelle, der Herr Landeshauptmann, oder der Dezentent ihre Zustimmung zu jedem einzelnen Musikgeschäft gegeben hat, und wenn zweitens die Vermittlung des Musikgeschäftes durch den zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis erfolgt. Sie darf nur dann erfolgen, wenn erwerbslose Musiker nicht vorhanden sind. Wir glauben, daß mit dieser Verfügung des Herrn Landeshauptmanns den berechtigten Wünschen der erwerbslosen Musiker und der Musiker überhaupt Rechnung getragen wird, behalten uns aber vor, wenn weiter Klagen laut werden, im nächsten Jahr nochmals zu den Dingen Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Theißen.

Abgeordneter Theißen: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hauck eingehen. Ich verstehe Sie nicht ganz. Sie wollten nicht Schrittmacher dafür werden, daß die Arbeiter den bisher maßgeblichen Einfluß bei den Krankenkassen durch Annahme unseres Antrages verlieren. Ja, Herr Abgeordneter Hauck, ich kann mir sehr gut vorstellen, daß die anderen alles zahlen und gar nichts zu sagen haben. (Abgeordneter Schröder, Essen: Sehr gut!) Ich verweise Sie auf das Beispiel in Rußland, das liebt die SPD. ja so sehr. Dort zahlen die Unternehmer, soweit dort noch welche vorhanden sind, die ganzen Beiträge zur Sozialversicherung und sie haben in den Kassen gar keine Stimme, also auch kein Recht. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Aber Sie wollen von Rußland nichts wissen. Ich empfehle Ihnen aber in diesem Falle, eingehend das russische Beispiel zu studieren.

Vorsitzender Dr. Farres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wenn ich keinen Widerspruch höre,

lasse ich über die Punkte 9, 10 und 28 gemeinschaftlich abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für diese Anträge auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 11 bitte ich diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu

Punkt 12: Antrag des I. Sachausschusses zu dem

- a) Haushaltsplan „Verschiedenes“ für das Rechnungsjahr 1927, in Verbindung hiermit
- b) Antrag der Zentrumsfraktion auf Erhöhung des Zuschusses an die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in diesem Haushaltsplan um 1800 Mark;
- c) Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 150 000 Mark für Kinderpeisung in den gleichen Haushaltsplan.

Punkt 13: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der kommunistischen Fraktion auf Einstellung eines Betrages von 500 000 Mark für Kinderpeisung in den Außerordentlichen Haushalt.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Zu dem Haushaltsplan lagen im I. Sachausschuß verschiedene Anträge vor, zunächst ein Antrag der Zentrumsfraktion auf Erhöhung des Zuschusses an die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung um 1800 Mark. Diesem Antrage hat der I. Sachausschuß zugestimmt.

Dann lagen zwei Anträge betreffend Kinderpeisung vor, und zwar ein sozialdemokratischer Antrag, in den Etat eine Summe von 150 000 Mark einzusetzen, und ein Antrag der kommunistischen Fraktion, in den Haushaltsplan 500 000 Mark einzusetzen. Längere Erörterungen entspannen sich im Sachausschuß I über die Deckungsfrage. Einige Mitglieder glaubten den Anträgen auf Kinderpeisung nur dann zustimmen zu können, wenn ausdrücklich die Deckung gleich mitbeschlossen würde. Andere Mitglieder des Sachausschusses waren der Meinung, daß durch Verschiebung einzelner Etatsposten ein Ausgleich geschaffen werden könnte und man dadurch die 150 000 Mark bei „Verschiedenes“ einsetzen könnte. Inzwischen hat der Provinzialausschuß auch beschlossen, daß der Betrag von 150 000 Mark nach Möglichkeit aus Ersparnissen bei anderen Haushaltsplänen gedeckt werden solle.

Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen daher vor: Der Provinziallandtag wolle den Haushaltsplan und die Anträge annehmen. Zu c: Der Betrag von 150 000

Mark soll nach Möglichkeit aus Ersparnissen bei anderen Haushaltsplänen gedeckt werden.

Der Sachausschuß schlägt Ihnen des weiteren zu Punkt 13 vor, den Antrag der kommunistischen Fraktion, 500 000 Mark in den Etat für Kinderpeisung einzusetzen, abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Unser Antrag auf Einsetzung von 500 000 Mark in den Haushaltsplan „Verschiedenes“ zum Zwecke der Kinderpeisung hat im Provinzialausschuß sowohl wie im I. Sachausschuß ein Begräbnis erster Klasse erlebt. Wir sind nun gespannt, in der Öffentlichkeit zu hören, mit welcher Begründung das wohlthätige Zentrum den Mantel der christlichen Nächstenliebe über diesen Antrag decken wird. Wir sind andererseits gespannt, wie die sich Sozialisten nennenden Demokraten in der Öffentlichkeit der notleidenden Arbeiterschaft gegenüber die Ablehnung unseres Antrages begründen werden. Ich glaube wohl, daß man nicht allzu lange und allzu viel über das Glend, insbesondere über das grenzenlose Glend der Kinder zu sprechen braucht, um hier vor aller Öffentlichkeit einmal denjenigen Kreisen die Maske vom Gesicht zu reißen, die sonst immer für sich in Anspruch nehmen, als seien sie diejenigen, die für das Wohl und Wehe der Armen eintreten und darauf bedacht sind.

Wenn man die Statistiken, die von den einzelnen Wohlfahrtsämtern und auch vom Reichswohlfahrtsministerium herausgegeben werden, durchliest, ist es geradezu grauennerregend, unter welchen Verhältnissen die Proletarierjugend, die Poletarierkinder heute dahinvegetieren müssen. Es ist ein Unsinn, heute noch davon zu reden: „Lasset die Kindlein zu uns kommen und wehret es ihnen nicht!“ Wenn dieser Satz einen Sinn haben soll, kann er nur den haben: Gebt ihnen möglichst wenig, damit sie schnell verhungern und sie dann zu uns kommen in das Reich der Seligkeit.

Im vorigen Jahre ist nach einer Statistik der reichsdurchschnittliche Verdienst im Monat Dezember 42,94 Mark für eine Familie mit zwei Kindern gewesen. Der Verbrauch für den notwendigen Lebensunterhalt betrug 43,03 Mark. Wenn man diesen Satz zugrunde legt und dabei berücksichtigt, daß das im Monat Dezember gewesen ist, also in dem Monat, in den das Weihnachtsfest fällt, wo einmal eine ganze Reihe von Leuten nebenberuflich tätig sind oder noch zu Ueberstunden herangezogen werden, wo zum anderen nicht festzustellen ist, welche Kategorien von Arbeitern und Angestellten unter die Berechnungsziffer fallen, dann ergibt sich daraus schon, daß der Verdienst absolut nicht ausreicht, um die notwendigen Lebensunterhaltungskosten zu bestreiten. Daß andererseits aber in Wirklichkeit die Löhne zwischen 23 und 36 Mark, mit einigen wenigen Ausnahmen, die höher sind, schwanken, das ist wohl eine feststehende Tatsache entgegen der Stati-

stift, die von den einzelnen Aemtern herausgegeben wird, die natürlich zum Guten frisiert wird. Berücksichtigt man auf der einen Seite, daß die Erwerbslosen, die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die Waisen und Altersrentner bisher mit einem Satz auskommen müssen, der geradezu unter aller Würde ist, berücksichtigt man auf der anderen Seite, daß die Herren Abgeordneten dieses Hohen Hauses 20 Mark pro Tag notwendig haben, um ihre Auslagen zu bestreiten, und dazu noch Uebernachtungsgelder sowie Verdienstaussfall erhalten, und vergleicht man damit, was den Aermsten der Armen gegeben wird, so kommt einem mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein, in welch grauenhaftem, grenzenlosem Elend die minderbemittelten Bevölkerungsschichten leben.

Bei Rundfragen und ärztlichen Untersuchungen in Schulen wurde festgestellt, daß der größte Teil unserer Volksschulkinder heute an Rachitis, Tuberkulose und sonstigen Volkskrankheiten leidet, daß eine große Zahl der Kinder ohne Frühstück zur Schule kommt, ohne Abendessen zu Bett gehen muß und kein Mittagessen erhält. Diese Zustände kann und wird man natürlich in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht beseitigen, weil dadurch die Profitrate des Unternehmertums gefährdet wird. Aber zum mindesten muß man doch darauf hinwirken, daß dieses Elend bis zu einem gewissen Grade herabgedrückt wird.

Das Wohnungselend schreit geradezu zum Himmel. In einzelnen Haushaltungen sind bis zu 10 Personen beiderlei Geschlechts in einem oder zwei Räumen zusammengepfercht, müssen vier bis fünf Kinder in einem einzigen Bett oder auf einem Strohsack schlafen. Diese Zustände gebären erst das, was nachher in den Fürsorgeerziehungsanstalten oder in den Heimen für sittlich oder moralisch Gefährdete sich als Auswirkung zeigt. Gerade das Zentrum, das immer davon redet, die Moral und Sittlichkeit unseres Volkes sei gefährdet, trägt mit dazu bei, daß derartige Zustände sich herausbilden, aus dem einfachen Grunde, weil die Vertreter des Zentrums im Reichstage und im Landtage immer wieder alle Anträge der Kommunisten auf Erhöhung der Löhne, der Erwerbslosenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung, auf Beseitigung der Wohnungsnot usw. ablehnen.

Ferner besteht eine ungeheure Betten- und Wäsche-not. Der größte Teil der heute in den Volksschulen eingeschulden Kinder geht ohne Hemd, ohne Strümpfe. Im Winter, im Frühjahr und Herbst sieht man die abgehärmten Proletarierkinder auf nackten Füßen zur Schule schleichen. (Zuruf aus der Mitte: Auf dem Lande sieht man das oft!) Aber nur im Sommer, nicht im Winter. In den Städten müssen die Kinder vielfach auch in den kalten Jahreszeiten mit nackten Füßen durch den Schnee oder den Dreck zur Schule waten.

Im vorigen Jahre hat die Provinzialverwaltung keine Mittel für die KinderSpeisung zur Verfügung gestellt, wohingegen im vorvorigen Jahre noch 150 000

Mark zur Verfügung standen. Nichtsdestoweniger sind im vergangenen Jahre aus Reichsmitteln über eine Million Mark in das Rheinland geflossen, die an die einzelnen Gemeinden verteilt wurden. Es wurde somit wenigstens ein kleines Palliativmittelchen angewandt, um dem ungeheuren Elend der Schulkinder einigermaßen zu steuern.

Wenn nun im Reichstage der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Wiedereinsetzung der Position von 5 Millionen Mark für KinderSpeisung abgelehnt wurde, so kann das für uns kein Grund sein, auch seitens der Provinz diese Speisung nicht durchzuführen. Ich möchte schon sagen: Wenn man etwas geben will — das gilt insbesondere für die Herren von der sozialdemokratischen Fraktion —, kann man es natürlich nicht dabei bewenden lassen, 150 000 Mark einzusetzen. Da sind 500 000 Mark oder eine Million Mark noch zu wenig. Aber, weil wir wissen, daß selbst 500 000 Mark abgelehnt werden, ist es natürlich zwecklos, noch mehr zu verlangen. (Lachen.) Sie brauchen nicht darüber zu lachen. Sie lehnen ja schon diese 500 000 Mark ab. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Deshalb nehmen wir ja 150 000 Mark!)

Das Zentrum gibt immer vor, auf diesem Gebiete eingreifen zu wollen. Für unseren Antrag einzutreten, wäre zum mindesten Pflicht derjenigen Abgeordneten der Zentrumsfraktion, die sich Arbeitervertreter nennen. Der Sprecher der Zentrumsfraktion im Provinzialauschuß lehnte rundweg überhaupt die Einsetzung einer Summe für KinderSpeisung ab. Erst nach Rücksprache mit der Zentrumsfraktion sah er sich gezwungen, im Provinzialauschuß zu erklären, daß die Zentrumsfraktion der Position von 150 000 Mark entsprechend dem Antrage der Sozialdemokraten zustimme. Das heißt, die Vertreter des Zentrums in den einzelnen Ausschüssen haben nach ihrer eigenen Auffassung erklärt: Wir lehnen diese Dinge ab. Aber das Zentrum insgesamt konnte diese große Verantwortung nicht auf sich nehmen, diesen Antrag ganz abzulehnen. (Lache des Vorsitzenden.) Sind die zehn Minuten schon um? Das geht aber flott.

Ich möchte nur noch ganz kurz darauf hinweisen, daß es wohl möglich ist, diese Summe aufzubringen, ohne die Provinzialumlage zu erhöhen, wenn insbesondere diejenigen Vertreter, die auch in den Stadtverordnetenversammlungen der Großstädte sitzen, darauf hinwirken, daß die Repräsentationskosten, die Dispositionsfonds der Herren Oberbürgermeister und die sonstigen nebenfächlichen Ausgaben für alle möglichen und unmöglichen Ausstellungen gestrichen werden. Alle diese Positionen zusammengerechnet, ergeben eine enorme Summe, mit der man auf diesem Gebiete sehr viel leisten kann. Wenn dann noch von der Provinz ein kleiner Zuschuß, ein gewisser Anreiz den Gemeinden gegeben wird, bedeutet das, daß auf dem Gebiete der KinderSpeisung noch manches erreicht werden kann.

Wir beantragen zu unseren Anträgen auf Einsetzung von 500 000 Mark namentliche Abstimmung.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat die Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker : Meine Herren und Damen! Meine Fraktion hat den Antrag gestellt, 150 000 Mark in den Etat für Kinderpeisung einzusetzen. Im vorigen Landtag war derselbe Antrag gestellt worden. Er wurde aber mit der Begründung abgelehnt, das sei Reichssache, das brauche die Provinz nicht zu übernehmen, weil die Verwaltung dieser Gelder Schwierigkeiten und Umständlichkeiten mit sich brächte. In diesem Jahr ist das ja nun nicht der Fall. Wir haben gehört, daß der Reichstag die Mittel abgelehnt hat. Folglich müssen wir hier als Provinziallandtag Stellung dazu nehmen, etwas für die Kinderfürsorge zu tun.

Wir haben hier die örtliche Kinderfürsorge im Auge. Ueber den Gesundheitszustand der Kinder an und für sich brauche ich keine Ausführungen zu machen. Er wird immer wieder erörtert, darüber sind wir alle im Bilde. Aber die örtliche Erholungsfürsorge muß mehr als bisher gefördert werden, weil nicht allen kranken und unterernährten Kindern die Möglichkeit gegeben wird, in Anstalten und Erholungsheimen unterzukommen. Daher müssen wir den Kindern, die von diesen Maßnahmen nicht erfasst werden, innerhalb der Familie eine große Betreuung zukommen lassen. Wir müssen natürlich mit dieser Maßnahme gewissermaßen eine vorbeugende Fürsorge verbinden.

Wir haben uns hier im Hause immer über die Fürsorgeziehung und ihre Auswirkungen unterhalten. Ich möchte nun behaupten, daß das, was wir an der Gesundheit der Kinder tun, auch vorbeugende Fürsorge in erzieherischer Hinsicht ist. Ich glaube, auch die Eltern dieser Kinder, die hier erfasst werden, werden es begrüßen, wenn im Laufe der Sommermonate ihre Kinder von den einzelnen Organisationen ins Freie geführt werden. Dort werden sie kräftig ernährt, und es wird auch in erzieherischer und belehrender Hinsicht so manches geboten. Ich erinnere an die Ausflüge, die die Arbeiterwohlfahrt im letzten Jahre gemacht hat, auch in den Jahren vorher, die auch von den Zuschüssen bedacht worden war. Wir hatten im letzten Jahr hier in Düsseldorf über 5000 Kinder erfasst und hatten uns natürlich Mühe gegeben, nur die Aermsten der Armen mit in diese Kinderreihe hineinzubringen.

Wir müssen auch vor allen Dingen daran denken, daß die Mütter derjenigen Kinder, die nur die Waisenrente von 10 Mark — im Höchstfalle 16 Mark — bekommen, diese Kinder nicht ernähren können, und daß auch für die Kinder, deren Eltern nicht versichert gewesen sind, etwas Besonderes getan werden muß.

Wir haben von dem Berichterstatter gehört, daß der Ausschuß sich auf den Standpunkt gestellt hat, diesen Antrag anzunehmen. Ich möchte das Hohe Haus bitten, dem beizupflichten.

Ich höre, daß auch die Auswahl von den Schulärzten nicht immer so getroffen wird, wie sie getroffen

werden müßte. Es sind oft bei den Kindern, die in Anstalten und Heime geschickt werden, nicht immer die ärmsten und bedürftigsten.

Ich kann mich natürlich nicht dem Antrage der kommunistischen Fraktion anschließen (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Weil Sie der Kirche das Geld bewilligen müssen!), nicht, weil mir die 500 000 Mark zu viel sind. Ich möchte noch viel mehr für unsere armen Kinder, besonders in den untersten Schichten, haben. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Das sind ja Phrasen!) Wer in der Wohlfahrtspflege tätig ist, weiß ganz genau, daß keine Summe zu hoch ist, um das gesundheitliche und sittliche Niveau unserer Jugend wieder emporzubringen. Aber es ist keine Aussicht dafür da, daß sich im Ausschuß und hier im Hohen Hause eine Mehrheit dafür findet, die 500 000 Mark anzunehmen. So sollen wir doch nehmen, was wir eben herausholen können. Wir haben schon öfter erlebt, daß die kommunistische Fraktion Anträge stellte, die die unsrigen drei bis viermal überflügelten, die aber abgelehnt wurden, während die Anträge unserer Fraktion, die sich in bescheideneren Grenzen hielten, angenommen wurden. Wir sind ja von Ihnen gewöhnt, daß Sie nur Anträge stellen, die für uns unannehmbar sind, weil sie von der Mehrheit des Hauses abgelehnt werden. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, nicht Kirchturnpolitik zu treiben, sondern praktische Arbeit zu leisten, die etwas für unsere Leute herausholt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Kirchenpolitik treiben Sie!) Es ist eine unnütze Demonstration, die Sie immer veranstalten. (Weitere Zurufe von kommunistischer Seite.) Wir sind es ja gewöhnt, daß wir von Ihnen in dieser Weise angepöbele werden. Aber davon lassen wir uns nicht leiten. Wir treiben vernünftige Politik, die auch etwas für die Bevölkerung erreicht. Ich bitte deshalb das Hohe Haus, den Antrag auf 150 000 Mark anzunehmen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Ich beabsichtige, zunächst über den kommunistischen Antrag zu Nr. 13 auf 500 000 Mark, dann über die Anträge 12 c, 12 b und 12 a abstimmen zu lassen.

Zu Punkt 13 ist von dem Herrn Abgeordneten Dunder namentliche Abstimmung beantragt worden. Nach § 39 der Geschäftsordnung bedarf dieser Antrag der Unterstützung von 15 anwesenden Abgeordneten. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag auf namentliche Abstimmung sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist genügend unterstützt.

Ich bitte die Herren Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen und sich der Stimmzettel, die in Ihren Schulblenden liegen, zu bedienen. Diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses auf Ablehnung des kommunistischen Antrages sind, bitte ich, die weiße Karte mit Ja auszufüllen. Also die Ja-Karte bedeutet Annahme des Antrages des Sachausschusses auf Ablehnung des kommunistischen Antrages.

Nach der Geschäftsordnung haben die Herren Zeisler die Stimmzettel einzuziehen. Es darf zwischen der Abstimmung und der Verkündung des Ergebnisses weiter verhandelt, aber nicht beschlossen werden. Ich schlage deshalb vor, die Abstimmung zu 12 und 13 zu vertagen und in die Erörterung zu Punkt 14 einzutreten.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Udenauer.

Abgeordneter Dr. Udenauer: Meine Herren! Ich verstehe die Sachlage doch so, daß jetzt über den kommunistischen Antrag, 500 000 Mark zu geben, abgestimmt wird. Der Herr Präsident schlägt vor, die Abstimmung so vorzunehmen, daß derjenige, der diesen Antrag ablehnen will, einen Ja-Zettel abgibt. Ich halte das erstens nicht für richtig und zweitens glaube ich, daß eine starke Konfusion eintreten wird. (Zuruf des Abgeordneten Sad: Die ist schon da!) Wenn man einen Antrag ablehnen will, muß man doch einen Nein-Zettel nehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dr. Udenauer, ich kann mich doch nur an die Tagesordnung halten. Hier handelt es sich um die Annahme oder Ablehnung des Antrages des Sachausschusses. Selbstverständlich ist das kompliziert. Ich kann aber doch nur über diesen Antrag des Sachausschusses, der zur Abstimmung vorliegt, abstimmen lassen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Udenauer: Dazu ist aber ein Abänderungsantrag gestellt! Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Ist ja egal! Zuruf des Abgeordneten Dr. Udenauer: Aber es gibt Konfusionen!) Ich glaube, es war ganz klar, wie ich es eben aussprach. Ich kann nur über diesen Antrag des Sachausschusses abstimmen lassen. Diejenigen, die für den Antrag des Sachausschusses sind, wonach der Antrag der kommunistischen Fraktion abgelehnt wird, haben einen Ja-Zettel abzugeben.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Frisch.

Abgeordneter Frisch: Ich habe schon festgestellt, daß in verschiedenen Fällen, so auch bei den vorhergehenden Punkten, z. B. bei der Eisenbahn, in einer Weise verfahren worden ist, wie es nach unserer Auffassung nicht richtig ist. Man muß zunächst über den weitestgehenden Antrag abstimmen lassen, um nachher auch den anderen die Möglichkeit der Zustimmung zu dem Ausschußantrage zu geben. Man kann also nicht zunächst über den Ausschußantrag abstimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das habe ich ja vorgeschlagen. Also die Abstimmung geht jetzt vor sich: Es muß der Name auf den Zettel geschrieben werden. Der Zettel ist dann abzugeben. Wir können aber weiter verhandeln.

Ich schlage vor, jetzt in die Beratung der Punkte 14 bis 16 einzutreten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Herr Udenauer hat zur Abstimmung Ausführungen gemacht, die darin

ausklangen, daß eine gewisse Unklarheit darüber besteht, daß in diesem Falle nicht über den Antrag selbst, sondern über den Antrag des Ausschusses zu diesem Antrage abgestimmt wird. Ich glaube, wenn wir noch einen Augenblick reden, dann erreichen wir vielleicht, daß die Unklarheit so groß wird, daß unser Antrag angenommen wird. Uns wäre das sehr angenehm. (Zuruf des Vorsitzenden: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!) Aber ich möchte vor der Abstimmung noch einmal betonen, daß es notwendig ist, klar und eindeutig zu sagen, ob über den Antrag des Ausschusses zu unserem Antrage oder über unseren Antrag selbst abgestimmt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, ich habe es schon wiederholt gesagt: Es wird abgestimmt über den Antrag des Sachausschusses. Diejenigen, die entsprechend dem Antrage des Sachausschusses für die Ablehnung des kommunistischen Antrages sind, stimmen mit Ja.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Ich möchte darauf hinweisen, daß man uns hiermit die Möglichkeit nimmt, bei eventueller Ablehnung unseres Antrages einem anderen Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Durchaus nicht, Herr Abgeordneter. Komplizieren Sie bitte die Sache nicht. Ich habe gesagt: Zu 13 wird zunächst abgestimmt, dann zu 12 c, b und a. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Dann habe ich das überhört!) Wenn Sie genauer zuhören wollten, könnten wir schneller fertig werden.

Ich bitte die Herren Stimmzähler, die Stimmzettel einzuziehen.

Wir kommen zu den Punkten 14, 15 und 16.

Punkt 14: Antrag des V. Sachausschusses

- a) zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion, betreffend Gewährung einer Meistbegünstigung für die französische Weineinfuhr bei Abschluß des endgültigen Handelsvertrages mit Frankreich;
- b) zu dem Antrage der K. P. D.-Fraktion;
- c) zu dem Antrage der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Punkt 15: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Abänderung des Weinesetzes über „Defewein“.

Punkt 16: Antrag des V. Sachausschusses zu der Entschliebung der K. P. D.-Fraktion, betreffend Stellung eines Antrages an die Reichs- und Staatsregierung auf Niederschlagung der an Kleinwinzer gewährten Kredite.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Bergweiler.

Abgeordneter Bergweiler: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß hat beschlossen, Ihnen

vorzuschlagen, die Ihnen vorliegende abgeänderte Resolution Nr. 140 der Zentrumsparterie, betreffend das Handelsprovisorium mit Frankreich, in unveränderter Form anzunehmen.

Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß hat beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung (Nr. 137) abzulehnen, da es nicht Aufgabe des Provinziallandtages sein kann, in einzelne Details der Gesetzgebung, zumal einer so schwerwiegenden Frage wie der Abänderung des Weingesetzes, einzutreten und etwa einen einzelnen Paragraphen des Weingesetzes herauszugreifen.

Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen weiter vor, die beiden Abänderungsanträge (Drucksache 124) der Kommunistischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung (Drucksache 126) abzulehnen.

Zu Nummer 120 der Drucksachen habe ich namens der großen Mehrheit des Sachausschusses Ablehnung zu beantragen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sommer.

Abgeordneter Sommer: Bei der Beratung im V. Sachausschuß über die vorliegenden Anträge und Entschlüsse (Punkte 14 bis 16) hat man versucht, die Dinge so hinzustellen, als ob tatsächlich bei den Winzern wieder eine gewisse Beruhigung eingetreten sei. Dabei steht fest, daß am 3. April in Senheim eine Kundgebung der Winzer stattgefunden hat, in der eine Entschlüsse angenommen wurde, worin es heißt: Das Vertrauen der Winzer zur Reichsregierung ist erschüttert, die Winzer haben zu der Reichsregierung kein Vertrauen. Allerdings kann man, soweit man diese Entschlüsse überschaut, feststellen, daß es sich dabei wieder um ein ganz geschicktes Manöver handelt, das die Herren von Guérard usw. mit den Winzern schon seit zwei bis drei Jahren treiben. Sie legen eine Entschlüsse vor, wonach man kein Vertrauen mehr zu der Reichsregierung hat, in der man selbst sitzt, um dann wieder zwei bis drei Sätze tiefer dagegen zu protestieren, daß die Reichsregierung die deutschen Winzer an die französischen Winzer ausliefert. Das sind wunderbare Formulierungen, in denen vor allen Dingen an das Nationalgefühl dieser Berufsstände appelliert wird. In Wirklichkeit werden doch die deutschen Winzer nicht an die französischen Winzer verschachert. In Wirklichkeit werden die deutschen Winzer doch als ein Schacherojekt im Interesse der deutschen Industrie mißbraucht. Das muß hier wiederholt festgestellt werden. Es ist demagogisch, wenn man mit solchen Dingen die Winzer von dem Erkennen ihrer wirklichen Lage ablenken will. (Sehr richtig! links.) Wir werden diese Dinge, auch den Tanz, den man hier im Provinziallandtag sowohl in den Sachausschüssen als auch im Plenum vorführt, benutzen, um zu zeigen, daß die Zentrumsparterie diese Dinge nicht aufzieht, um wirklich den Winzern zu helfen, sondern

nur, um diesen Entriistungsturm der Winzer gegen die Politik der Deutschen Reichsregierung als Geschäftsträgerin der Schwerindustrie aufzufangen und sie bei der Stange des Zentrums zu halten. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Wenn wir uns die Entschlüsse weiter ansehen, so haben wir zur Drucksache 50 in Drucksache 124 den Antrag gestellt, die Entschlüsse des Zentrums abzuändern, und zwar nach der zweiten Zeile zu sagen: „Beim Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich die Interessen der rheinischen Kleinwinzer zugunsten der großkapitalistischen Interessen der Schwerindustrie zu verschachern und der französischen Weineinfuhr Meistbegünstigung zu gewähren.“

Ich hoffe, daß diejenigen, die das selbst eingestehen, den Mut haben, für diese Erklärung zu stimmen, daß sie sich wenigstens nicht durch den Fraktionszwang oder von der Angst, vor anderen Leuten in Ungnade zu kommen, davon abhalten lassen, dieser Ergänzung zuzustimmen.

Weiter liegt eine Entschlüsse der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung vor, und zwar:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, die Reichsregierung zu warnen, beim Abschluß des endgültigen Handelsvertrages mit Frankreich im Interesse der Schwerindustrie, aber zum Nachteil der rheinischen Winzer der französischen Weineinfuhr Meistbegünstigung zu gewähren.“

Wird die von uns hier vorgeschlagene Ergänzung zur Drucksache 50 abgelehnt, so werden wir der Entschlüsse, die hier von der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragt ist, unsere Zustimmung geben.

Weiter liegt hier eine Entschlüsse, ebenfalls von der Wirtschaftlichen Vereinigung, vor, in der von der Regierung verlangt wird, schleunigst ein Gesetz über Befewein usw. in Kraft zu setzen. Wir können dieser Entschlüsse ebenfalls nicht zustimmen, und zwar deshalb nicht, weil wir der Auffassung sind, daß der Betrug des Steuerfiskus, diese gefärbten Weine einzuführen, sie zu entfärben und dann als gute Weine in den Handel zu bringen, nach unserem Dafürhalten nicht ohne Wissen der maßgebenden Instanzen geschieht und daß heute diese Instanzen noch nicht genügend eingegriffen haben. Es ist Sache der Winzer, hier einmal konkret die Dinge dorthin zu bringen, wohin sie gehören, damit die Regierung einmal rücksichtslos einschreitet. Aber wir befürchten, daß man das nicht tun wird, da immerhin die Verschöpfung der Behörden mit gewissen Kreisen so stark fortgeschritten ist, daß man dort nicht ein, sondern sechs Augen zudrücken würde, wenn man sechs Augen hätte.

Weiter haben wir eine Entschlüsse an die Reichs- und Staatsregierung zur Niederlegung der den kleinen Winzern gewährten Kredite vorliegen. Man wird nachher wie im V. Sachausschuß sagen: Dafür sind wir nicht zuständig. Dann werden die und die Kategorien auch kommen und dasselbe verlangen. Aber,

Ihr Herren Abgeordneten vom Zentrum und von der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, wir werden sehen, was Ihr bei dieser Abstimmung tun werdet, und wir sind neugierig, was Ihr bei dem 300 000-Mark-Projekt des Herrn Dr. Creutz tun werdet. Wenn wir feststellen, daß Ihr diesen Antrag ablehnt und nachher für die Kennvorlage des Herrn Dr. Creutz zu haben seid, dann werden wir dies ebenfalls den Winzern klar vor Augen führen. Hoffentlich gelingt es, trotz der Anwendung der demagogischsten Mittel, dem Zentrum, das oben allein das Monopol der Verdummung der Winzer hat, nicht die Winzer noch einmal soweit zu verblöden, daß sie sich bei den nächsten Wahlen wiederum vor den Karren der Schwerindustrie spannen lassen. (Lachen im Zentrum.) Hoffentlich gelingt es den wenigen Kräften, die dort in diesem Gebiet arbeiten, den Winzern den Schleier von den Augen abzureißen, damit sie erkennen, daß Zentrumspolitik nicht Schutz der Religion, sondern Verschacherung des Kleinbürgertums und des Mittelstandes im Interesse der Schwerindustrie bedeutet. (Sehr richtig! bei den Kommunisten!) Wir hoffen, daß die Mehrheit wenigstens derjenigen, die hier vorgeben, die Interessen der Winzer zu vertreten, für unsere Entschliebung bzw. die Entschliebung der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmen. Diejenigen, die das nicht tun, haben nicht das Recht, für die Winzer zu sprechen. Einer großen Reihe derjenigen, die hier für die Winzer sprechen, namentlich den Großgrundbesitzern, wird es zu lange, bis sie die Winzer im Sack haben, bis sie ihnen soweit die seidene Schnur um den Hals gezogen haben, daß sie noch zu ihren so und soviel tausend Morgen das Wenige der Winzer noch hinzuraffen können. Die Winzer werden einsehen, daß sie diesen Enteignungsprozeß unter dem wunderbaren Gefang der Zentrumsparlei nur durch einen rücksichtslosen Kampf gegen diese Kreise verhindern können. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Albers.

Abgeordneter Albers: Meine Damen und Herren! Wenn wir jetzt nochmals Gelegenheit haben, zur Frage der Winzer Stellung zu nehmen, dann ganz kurz.

Zunächst zur Drucksache 50 der Zentrumsfraktion, die ja bezüglich der Handelsvertragsabschlüsse mit Frankreich wünscht, daß die Meistbegünstigung den französischen Weinen nicht gewährt wird. Meine politischen Freunde stehen nun schon auf dem Standpunkt, daß dieser Wust von Entschliebungen, die hier im Rheinischen Provinziallandtag bezüglich der Winzer eingebracht werden, eitel Spiegelschere ist. (Abgeordneter Dr. Battberg: Sehr richtig!) Denn sowohl bei dem Abschluß der provisorischen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich wie auch bei den endgültigen Verhandlungen wird sich zeigen, daß alles das, was hier heute bezüglich der Winzer vorgebracht wird, bei der Beurteilung der realen Unterlagen zum Abschluß von Handelsverträgen nicht haltbar ist und daß

man dort wirkliche Realpolitik machen muß. (Sehr richtig! rechts.) Ich stehe nämlich auf dem Standpunkt, daß auch die Entschliebung, die Herr Abgeordneter von Guerdard zu den vorbereitenden Vertragsverhandlungen mit Frankreich abgegeben hat, ebenfalls eitel Spiegelschere ist, denn die Verhandlungen, die unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Posse abgeschlossen wurden, haben nichts anderes erwiesen, als daß man sich den nüchternen Tatsachen beugen muß, daß wir, wenn wir als Industrieland ausführen wollen, den Einfuhrländern mit Agrarprodukten, Obst und Wein usw. Konzessionen machen müssen. Wenn man sich dann hierher stellt und wie ein Fuchs den Gänsen predigt, so nennen wir das eitel Spiegelschere.

Wir stimmen trotzdem für den Zentrumsantrag Nr. 50, müssen aber den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung sowie den der Kommunisten ablehnen (Zuruf des Abgeordneten Sack: Nachtigall, ich hör dir laufen!), aus der reinen Erkenntnis heraus, daß wir die Handelsvertragsverhandlungen dazu benutzen müssen, um auf der anderen Seite wiederum unserer Industrie, unserem Handel usw. Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Das sind die Gründe, die uns dazu zwingen, zu diesen Dingen diese Stellung einzunehmen.

Interessant ist es aber, wenn man die Vertreter, die sich gestern als Winzervertreter hier aufgespielt haben, einmal bei Licht betrachtet und an ihre Handlungen die Sonde der Kritik legt. Dann muß man feststellen, daß es weniger Winzer- als Händlervertreter, d. h. Vertreter derjenigen Kreise sind, die vorgeben, die Winzer zu schützen, aber in Wirklichkeit — ich habe schon einmal dazu ausgeführt, daß 90 Prozent der Winzer Kleinwinzer sind — die Produkte der kleinen Winzer in deren Notlage aufzukaufen Gelegenheit haben, weil sie bessere Lagen haben, sie zu verschneiden und infolgedessen höhere Preise dafür zu erzielen. (Sehr richtig!) Sie sehen, auch das ist eitel Spiegelschere, wenn diese Leute sich hier als Interessenvertreter der Kleinwinzer hinstellen.

Nun etwas zu der Drucksache 137, dem Antrage des Herrn von Detten. Was will der Herr von Detten mit diesem Antrage eigentlich sagen? Er sagt, wir sollen darauf einwirken, daß die Abänderung des Weingesetzes über Hofweine schleunigst in Kraft gesetzt wird. Zunächst frage ich: Sind wir als Provinziallandtag befugt, in dieser Form in eine Reichsgesetzgebung einzugreifen? Ich muß schon sagen, daß es eine ziemliche Unmaßung ist, wenn wir uns einbilden, daß wir in ein solch wichtiges Gesetz, welches eine durchaus gründliche Kenntnis der Materie voraussetzt, in dieser Form und in dieser Zusammensetzung des Provinziallandtags überhaupt eingreifen.

Was sind Hofweine? Die Winzer sind selbst noch nicht darüber klar und die Händler auch noch nicht. Es wird nur behauptet, daß unter der Firma Hofwein geschmuggelt wird, d. h. daß dieser Wein für guten Wein in den Handel gebracht wird. Dagegen wehren

sich die Händler. Auf der anderen Seite haben sich aber auch die Konsumenten zu wehren, daß unter dieser Firma überhaupt derartige Dinge vor sich gehen. Da wäre es doch richtig, wenn sich die Interessentenkreise einmal deutlich darüber aussprächen, was eigentlich mit diesen Dingen gemeint ist. Wenn feststeht, daß der sogenannte Gesewein zu 500 Mark das Fuder in den Handel gebracht wird, und die Händler sich dagegen wehren, daß dies geschieht, d. h. daß dem Konsum billiger Wein zugeführt wird, dann ist die Frage aufzuwerfen: Ist es richtig, daß das geschieht, oder ist es nicht so, daß dieser billige Wein wiederum von den Händlern aufgekauft wird, um für 950 Mark in den Handel gebracht zu werden? De facto ist es doch so, daß das konsumierende Publikum von diesen Steuerhinterziehungen oder Schiebungen überhaupt keinen Nutzen hat. Wenn das schon einmal feststeht, haben wir keine Ursache, dafür einzutreten, daß diese Gesetzesänderung in Kraft gesetzt wird.

Noch etwas anderes. Es ist von uns verlangt worden, daß wir dafür eintreten sollen, daß der sogenannte vin rosé, der südliche Rotwein, der hier für 32 Mark Zoll das Hektoliter eingeführt wird, nicht mehr entfärbt wird. Wie ist der praktische Vorgang? Dieser Rotwein wird zu 32 Mark Zoll das Hektoliter eingeführt, während der Weißwein zu 45 Mark eingeführt wird. Es gibt ein Mittel für 2,80 Mark oder 3 Mark, das dazu angetan ist, den Rotwein zu entfärben, um ihn zu der Qualität des 45er-Weins zu stempeln. Was tritt nun ein? Man verlangt, daß das nicht geschehen soll. Wir stehen schon auf dem Standpunkt: Wenn es möglich ist, auf diesem Wege den Weinkonsum zu heben und billigere Weine, die in den Qualitäten genau dieselben sind, auf den Markt zu bringen, so erweisen wir dadurch den Winzern den größten Dienst. Wir lehnen den Antrag ab aus dem einfachen Grunde, weil wir darin eine Klausel sehen, die dazu angetan ist, den Wein, der zu 32 Mark eingeführt wurde, auf dem Wege über den Zoll von 45 Mark dem Konsumenten zu verteuern. Wir sind deshalb ganz entschieden dagegen, daß das Weingesetz über diese beiden Punkte so schnell wie möglich in Kraft gesetzt wird.

Ich möchte auch da an die wirklich kleinen Winzer appellieren und denen sagen, sich die Arbeit ihrer wirklichen Berufsgenossen einmal anzusehen. Dann werden sie schon feststellen können, daß die Berufsgenossen, die sie als ihre Vertreter gewählt haben, zu 90 Prozent pro domo arbeiten.

Nun etwas zu der Drucksache 120 bezüglich Niedererschlagung der Kredite und Unterlassung der Pfändung zur Eintreibung der dem kleinen Winzer gewährten Notstandskredite. Wir haben schon einmal grundsätzlich unsere Stellung zu diesen Dingen bekannt gegeben. Wir sind gegen Annahme dieser Entschliebung aus folgenden praktischen Gründen. Es gibt im Deutschen Reich, auch im lieben Rheinland noch sehr viele andere Kreise, die auf diesem Wege Staatskredite durch Ver-

mittlung von Sparkassen, Kreiskassen usw. erhalten haben. Ich erinnere nur an das Handwerk, an den Handel, an die Mittelindustrie usw. Das ist nun einmal eine Tatsache. Aus meinen eigenen Arbeiten in dieser Angelegenheit weiß ich: Nehmen wir diese Entschliebung an, dann sind wir logischerweise verpflichtet, auch allen Anträgen, die von diesen Kreisen, die diese Kredite erhalten haben, kommen, nicht zu widerstehen. Wir müssen konsequenterweise dann auch diesen Anträgen zustimmen. (Sehr richtig!) Darin liegt ebenfalls, daß wir uns den der Großindustrie und dem Großhandel aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellten Krediten ebenfalls wohlwollend gegenüberstellen müssen, wie das in dieser Resolution verlangt wird. Das von uns zu verlangen, ist ein bißchen viel. Wir können wahrhaftig nicht dazu übergehen und restlos die gewährten Kredite niederzuschlagen. Das können wir wirklich nicht machen. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß man jeden Einzelfall prüfen und dort, wo sich Härten herausstellen, eingreifen soll. Ich stehe weiter auf dem Standpunkt, daß, wo es nicht möglich ist, diese Kredite hereinzubekommen, und wo der Ruin irgendwelcher Winzer damit verbunden wäre, es Pflicht der Provinzialverwaltung ist, diesen Leuten zu helfen.

Darum möchten wir beantragen, daß aus dem Fonds „Verschiedenes“ zur Verfügung des Provinzialausschusses für diese Zeit, zur Milderung der Not, die durch die Zurückziehung der Kredite entstehen würde, Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit derartige Härten abgewendet werden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter v o n S t e d m a n : Meine Damen und Herren! Der Wortlaut der Entschliebung der KPD. und der Wirtschaftlichen Vereinigung hat in erster Linie angestoßen. Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß hier im Provinziallandtag der eine Berufsstand gegen den anderen ausgespielt wird. Wir sind als Mitglieder des Provinziallandtags Vertreter der gesamten Provinz und haben gleichmäßig für alle Berufsstände zu sorgen. Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen vielleicht nicht unbekannt sein, daß sowohl der landwirtschaftliche Berufsstand und die Winzer, wie auch die Industrie mit dem abgeschlossenen Handelsprovisorium nicht einverstanden waren. Das ist eine feststehende Tatsache. Wir können aber auch an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß alle Handelsverträge, die Deutschland abgeschlossen hat und abzuschließen bereit ist, auf dem Boden der Weistbegünstigung abgeschlossen werden. In diesem Augenblicke nun in einer demagogischen Form Anträge zu stellen, welche unter Umständen Wünsche und Hoffnungen in dem schwergeprüften Winzerstande hervorgerufen könnten, die sich nachher als unerfüllbar erweisen, das kann man als vernünftiger Mensch nicht mitmachen. Wir wollen bloß, daß Hoffnungen erweckt werden, wenn sie sich auch verwirklichen lassen.

Ein Wort zur Abänderung des Weingesezes, dem Vorschläge der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Meine Damen und Herren! Der Provinziallandtag ist nicht das Forum, wo solche subtile technische Fragen behandelt werden können. An der Abänderung des Weingesezes arbeiten seit Jahr und Tag die gesamten Winzerorganisationen des Deutschen Reiches und machen ihre Vorschläge, und die Abänderung des Weingesezes kann bei den stark widerstreitenden Interessen des Rheins, der Mosel, der Nahe, der süddeutschen Bezirke usw. bloß dadurch verwirklicht werden, daß man innerhalb der deutschen Weinbauverbände, innerhalb der Berufsorganisationen ein Kompromiß herbeiführt, mit dem sich alle Weinbaugebiete einverstanden erklären können. Ich muß Ihnen aber sagen, daß gerade diese technische Seite der Sache sehr schwerwiegende Erörterungen hervorrufen würde und außerdem kaum jemand hier im Provinziallandtag mit Ausnahme von vielleicht zwei oder drei Herren überhaupt in der Lage wäre, die Folgen eines solchen technischen Beschlusses zu beurteilen.

Ich bitte also, den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung abzulehnen. Ich muß für die Winzerorganisationen in Anspruch nehmen, daß unsere Winzer durchweg zu ihren Organisationen Vertrauen haben.

Nun ein Wort zu den Krediten. Meine Damen und Herren! Wenn Zwangsmaßnahmen bezüglich der Winzerkredite heute vorkämen, dann könnten Sie überzeugt sein, daß die Führer der Organisationen darüber unterrichtet wären. Ich habe bisher von solchen Zwangsmaßnahmen gegen die Winzerschaft in keiner Form etwas gehört. Ich kann Ihnen aber auf der anderen Seite sagen, daß durch Vermittlung des Herrn Oberpräsidenten und der Behörden die Zinsen, die unter einem Betrage von 10 Mark liegen, in diesem Jahre nicht einmal erhoben werden, um eben den Kleinwinzerstand zu schonen. Die ganze Kreditaktion für den Weinbau liegt in erster Linie in den Händen des Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz, und ich glaube sagen zu können, daß die gesamte Winzerschaft gerade zu dem Herrn Oberpräsidenten das vollste Vertrauen hat, daß er dafür sorgen wird, daß dem Winzerstande nicht wehe getan wird.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter von Detten.

Abgeordneter v o n D e t t e n : Meine Damen und Herren! Es ist bestritten worden, daß der Rheinische Provinziallandtag der Ort wäre, wo die Winzerangelegenheiten zur Sprache gebracht werden sollen, wenigstens in bezug auf die Reichsweingesezgebung. Meine Herren! Ebenfogut wie im Bayerischen Landtage diese Dinge zum Teil zur Sprache gekommen sind, ist es doch wohl klar, daß auch der Rheinische Provinziallandtag, der doch fraglos einen sehr großen Teil, wenn nicht den größeren Teil der deutschen Winzer vertritt, für diese Interessen sein Wort erheben darf und kann. Die Materie ist zum Teil allerdings reichs-

gesetzlich. Aber, meine Herren, wir verlangen ja auch nur in unseren Anträgen, daß der Anstoß gegeben wird, daß diejenigen Dinge, die die gesamten Weinbau- und Weinhandelsorganisationen bezüglich z. B. des Sefeweines beschlossen haben, nun endlich durchgeführt werden. Es sind Stellen bei der Reichsregierung, die diesen Zeitpunkt hinauschieben. Damit das aber sofort kommt, haben wir unsere Anträge gestellt.

Zunächst zu dem Sefeweine. Die Sefeweine sind bekanntlich durch das Weingesez erlaubt, und zwar das ganze Jahr hindurch. Weinbau und Weinhandel sind dafür eingetreten, auch durch Ihre Spitzenorganisation, Herr Kollege von Stedman — was Sie wohl wissen dürften —, daß die Herstellung dieser Weine auf die gleiche Zeit beschränkt wird, die für die Zuckerrung der Weine vorgeschrieben ist bzw. ganz verboten wird. Der Anstoß, daß dies endlich durchgeführt wird, ist Zweck unseres Antrages. Denn es hat sich bei den immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Verhältnissen der Winzer herausgestellt, daß die Sefeweine in einzelnen Teilen der Weinbaugebiete sich zu einer Landplage entwickelt haben.

Meine Herren! Dann hat der Herr Abgeordnete von Stedman gesagt, daß man die einzelnen Weinbaugebiete und Winzerorganisationen nicht gegeneinander auspielen solle. Er hat weiter gesagt, es handele sich um so subtile Dinge, daß sie hier nicht erörtert werden könnten. Diese subtilen Dinge müssen auch im Reichstag erörtert werden, wo voraussichtlich nicht mehr Sachleute sind als im Rheinischen Provinziallandtag. Herr von Stedman hat von der Zahl 4 als Sachleute gesprochen. Ich möchte nach seinen Ausführungen sogar diese Zahl bezweifeln. Ich hoffe, daß wir hier in diesem hohen Hause genau soviel Intelligenz aufbringen können, um diese Dinge zu beurteilen, wie es der Reichstag oder sonst ein Parlament kann.

Bezüglich der Abänderung des Weingesezes, soweit es die Sefeweine betrifft, Herr von Stedman, sind nämlich alle Weinbau- und Handelsorganisationen sich einig gewesen. Die Punkte habe ich gerade herausgelassen, wo sie nicht einig waren, das ist bekanntlich die Deklaration des Verschnitts mit Auslandsweinen.

Meine Herren! Das Vertrauen zu den Organisationen hat Herr Kollege von Stedman schon erwähnt. Wer hat denn dieses Vertrauen angegriffen? Gerade weil die Organisationen einig sind, Herr von Stedman, deshalb wird der Antrag gestellt.

Man sagt, daß gewisse Parteien nicht etwa den Zweck verfolgen, den Winzern wirklich zu helfen, sondern in erster Linie besorgt sind, daß die Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt werden.

Meine Herren! Dann zu den vins rosés. Es ist dies bereits ein Kind des neuen Abkommens mit Frankreich. Die sachverständigen Ausführungen des Herrn von der Sozialdemokratischen Partei in allen Ehren. Aber, verehrtester Herr Kollege, zu den vier Sachleuten gehören Sie, glaube ich, nicht, die Herr von Stedman

diesem hohen Preise zubilligt. (Heiterkeit.) Meine Herren! Diese vins rosés sind rottschillernde Weine, die man in Württemberg wohl Schillerweine nennt. Diese Weine kommen jetzt auf Grund des neuen Abkommens mit Frankreich in ungeheuren Mengen herein, weil es nämlich durch die nach dem deutschen Weingefetz erlaubte Entfärbung möglich ist, diese Weine zu Weißwein umzugestalten. Nun hat der Herr Redner der Sozialdemokratischen Partei einen gewaltigen faux pas gemacht. Er glaubte, mit diesem Mengenimport, damit würden die Winzer unterstützt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Winzer verlangen, daß die Weißweine mit 45 Mark Zoll hereinkommen. Stattdessen werden auf diesem Umwege Weißweine zu 32 Mark hereingelassen. Das verbitten sich die Winzer ganz energisch, daß in dieser Form ihre eigenen Interessen verletzt werden.

Zu dem Antrag 50 bzw. 124 und 126. Wir haben den Antrag der Kommunistischen Partei aus dem Grunde abgelehnt, weil er uns formell nicht ganz richtig erschien. Von Verschärfung wollen wir nicht sprechen, selbst wenn es richtig ist. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Meine Herren! Unser Antrag ist aber dem Sinne nach genau dasselbe wie der kommunistische Antrag. Wir sind von dem Gesichtspunkte aus der Auffassung, daß es unbedingt erforderlich ist, daß wir hier sagen, daß wir im Interesse der Schwerindustrie verkauft worden sind. Herr von Stedman, nicht nur 1924 sind wir verkauft worden, sondern jetzt geht genau dasselbe Theater los. Wenn ich Ihnen den Kalkulierstift in die Hand gebe, könnte ich es Ihnen ganz genau vorrechnen, wie heute gegenüber den italienisch-spanischen Handelsverträgen der Franzose ganz enorm im Vorteil ist durch die Möglichkeit der vins rosés. Dem Nebel ist auf keinem anderen Wege beizukommen als in der Form, daß man bittet, daß die Reichsregierung den Begriff Rotwein den Zollbehörden gegenüber klarer umreißt. Nebenher das Verbot der Entfärbung. Heute kommen die Weine, wenn sie einen kleinen rosa Schimmer haben, bereits als Rotwein herein und können in Weißwein verwandelt werden. Wenn der Begriff Rotwein so gestaltet würde, daß das unmöglich wird, könnten wir dieser Angelegenheit zustimmen.

Meine Herren! Herr von Stedman hat gesagt, wir wollen Realpolitik treiben. Ich möchte ihn nur an eins erinnern: 1924 waren Sie doch sicherlich nicht mit der Realpolitik einverstanden, die damals zu den Bernkasteler Unruhen führte. Ebensovienig, wie dies damals der Fall war, ist es heute mit dem Abkommen mit Frankreich der Fall, so daß wir die verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit haben, hier geschlossen gegen diese Mächenschaften einzutreten. Das hätte ich allerdings von Ihnen erwartet, Herr von Stedman, namentlich weil Sie Führer der Winzerorganisation sind. (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!)

Nun haben die Herren von der Kommunistischen Partei uns mit dem Antrage recht gegeben bzw. wollen unserem Antrage zustimmen. Genau so werden wir Ihrem Antrage zustimmen. Aber, meine Herren,

denken Sie bitte daran, was Sie auf Ihrem letzten Parteitage für eine Resolution bezüglich des Mittelstandes gefaßt haben. Die müssen Sie dann auch abändern. Der Mittelstand soll danach verproletarisiert und atomisiert werden. Das machen wir bei Ihnen nicht mit. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Dann hat die Sachverständigkeit des Herrn Pitard — achardon, Herr Pitard, Sie sind ja nicht sachverständig, es war Herr Albers — hier etwas vom Verschneiden erzählt. Wenn Sie davon eine Ahnung haben wollten, müßten Sie zunächst erst einmal 10 Jahre in die Schule gehen, in diese Schule des Verschneidens nämlich; sonst kommen Sie doch nicht hinter diese Geheimnisse.

Meine Herren! Nun zu den Krediten. Nachdem der Ruhrindustrie 700 Millionen feinerzeit geschenkt worden sind, sollte man es wirklich für möglich halten, daß den Winzern, die im Jahre 1924 durch den Handelsvertrag mit Spanien bekanntlich betrogen und ausgepowert sind, diese 36 Millionen ebenfalls gegeben werden könnten. Das ist unsere Ansicht. Das wäre richtige Mittelstandspolitik, nicht, wie Herr von Stedman sagte und wie ich es eben zum ersten Male hörte, daß man denen, die bis zu 10 Pfennig oder 10 Mark Zinsen zu zahlen haben, die Zahlung schenkt, wahrscheinlich, weil man eingesehen hat, daß die Einziehung mehr Kosten verursacht. (Abgeordneter von Stedman: Sehr richtig!) Das ist kein Entgegenkommen. Da sollte man die gesamten Zinsen erlassen. Das wäre das Richtige.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafien: Das Wort hat Herr Abgeordneter Bergweiler.

Abgeordneter Bergweiler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin vollkommen mit Herrn von Stedman darin einig, daß es die Herren ruhig den Winzerorganisationen überlassen können, die Interessen der Winzer zu vertreten. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Solange, bis sie das Finanzamt stürmen müssen!)

Ich möchte noch mit ein paar Worten auf das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich zurückkommen. Dieses Handelsprovisorium, welches bis zum 30. Juni d. J. läuft, ist vor einigen Tagen, wie Sie wissen, vom Reichstag endgültig angenommen worden. Durch den Abschluß dieses Handelsprovisoriums ist der deutsche Weinbau wieder in große Unruhe versetzt worden, was in dem vollständigen Daniederliegen des Weinhandels in den Weinbaugebieten auch schon in die Erscheinung tritt. Die Winzer befürchten mit Recht, daß die kaum eingetretene Besserung wieder verloren geht. Sie alle, meine Damen und Herren, kennen die traurige Lage der kleinen und mittleren Winzer, die durch die Inflation ihre Betriebsmittel verloren haben, ihre 1924er und 1925er Weine unter dem Gestehungspreis verkaufen mußten, nur um Geld zum Leben zu bekommen. Im Jahre 1926 war gerade bei den kleinen und mittleren Winzern durch die Maiskröste, die vielen

Rebkrankheiten und die schlechte Blüte eine totale Mißernte, so daß kaum ein Fünftel einer vollen Ernte erzielt wurde. Dieser Jahrgang liegt nun noch fast ganz beim Winzer, soweit er überhaupt etwas geerntet hat. Ich will Sie nicht länger mit der Schilderung der traurigen Lage aufhalten und nur hervorheben, daß durch die schlechten Handelsverträge gerade für Wein, der, wie mit Bedauern gesagt werden muß, stets als Handelsobjekt benutzt wurde, in der Hauptsache diese Notlage entstanden ist.

In dem jetzt abgeschlossenen Provisorium sind die Zollsätze, die für Spanien und Italien nach hartem Kampfe ausgehandelt wurden, festgelegt worden, und zwar für Weißwein 45 Mark pro Doppelzentner und für Rotwein und Dessertwein 32 Mark bei einem Kontingent für die drei Monate von 70 000 Hektoliter; mindestens soviel, wie an der Mosel und am Rhein in diesem Jahre gewachsen sind, bei einem Werte von zirka 10 Millionen Mark. Als Kompensation sind uns ganz unzureichende Kontingente für industrielle Produkte gewährt worden, wie auch Herr von Stedman schon gesagt hat, so daß auch die Industrie mit diesem Handelsprovisorium sehr unzufrieden ist.

Die südlichen Länder Frankreich, Spanien und Italien produzieren viel billiger und haben nicht ein Drittel der Kosten für 1000 Liter Wein wie wir. Deshalb muß der Weinbau verlangen, daß mindestens solche Zollsätze eingeführt werden, daß er lebensfähig bleibt.

Sinzu kommt der unselige Verschnittparagraph in unserem Weingesetz, wonach 49 Prozent ausländischer Wein, verschnitten mit 51 Prozent deutschem Wein, als deutscher Wein, Moselwein oder Rheinwein, je nach Art, verkauft werden kann. Dieser importierte ausländische Wein würde in den meisten Fällen den Anforderungen, die das deutsche Weingesetz stellt, nicht genügen. Das wage ich zu behaupten.

Meine Damen und Herren! Die Rheinprovinz und die Poesie des Rheines ist untrennbar mit dem deutschen Wein verbunden, und so hoffen die rheinischen Winzer, daß der Rheinische Provinziallandtag hilft, ihre traurige Lage zu bessern, soweit es in seinen Kräften steht.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Limbourg.

Abgeordneter Dr. Limbourg: Ich kann ein Wort nicht unwidersprochen lassen, das Wort von dem Vertrauen der Winzer und Landwirte zu dem Verhalten des Herrn Oberpräsidenten in der Kreditfrage. Das ist dieselbe Sache wie mit den Saatgutfrediten. Sie wurden damals den Leuten quasi aufgedrängt, und nachher hat man sie bei ihnen in der schärfsten Weise wieder herausgeholt. Meine Herren! Diese Winzerkredite waren — die Winzer sind sich selbst dessen nicht bewußt geworden — mehr oder minder Schweigegeelder. Seid schön ruhig, macht keinen Kadavre à la Bernkastel, dann bekommt ihr auch etwas. Den

Winzern hätte man sagen sollen: Ueberlegt es, wie schwer es nachher für euch ist, das Geld zurückzuzahlen. Ich halte es für unmoralisch, daß man diese Gelder, die man den armen Leuten damals in dieser großen Unruhe und Not gegeben hat, jetzt zurückfordert, nachdem sie sich etwas beruhigt haben.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Ich möchte zur Geschäftsordnung eine sachliche Richtigstellung vornehmen. Wir haben im Provinzialausschuß, wo man unseren Antrag abgelehnt hat, vorher einen Satz eingefügt, weil wir ebenfalls gesagt haben, daß wir nicht wollen, daß generell diese Dinge so gehandhabt werden, da eine Reihe von Leuten, die sich selbst kleine Winzer nennen, in Wirklichkeit aber keine sind, die Zahlungen nicht geschenkt bekommen sollen. Wir haben hinter dem Wort „sämtliche“ „auf Antrag und nach Prüfung an die Kleinwinzer in den letzten Jahren“ usw. gesagt. Ich weiß nicht, von wem das im Provinzialausschuß übersehen worden ist, ob man es bewußt oder unbewußt gemacht hat, um hier den Antrag der kommunistischen Partei demagogisch in der Öffentlichkeit auszuwählen. Ich beantrage, das nachzuholen und diesen Satz hier einzuflechten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Die Besprechung ist geschlossen. Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Punkt 13 bekannt. Es sind 137 Stimmen abgegeben, davon war eine unglücklich. Von den gültigen 136 Stimmen waren mit Ja 120 und 16 mit Nein. Der Antrag des Ausschusses ist also angenommen und der Antrag der kommunistischen Fraktion abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Punkt 12, und zwar lasse ich zunächst abstimmen über den Antrag des Ausschusses zu Punkt 12 c, dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Einsetzung von 150 000 Mark für Kinderpeisung in den Haushaltsplan. Wer für den Antrag des Ausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Wer für den Antrag des Ausschusses zu dem Antrage der Zentrumspartei auf Erhöhung des Ausschusses für die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist ebenfalls angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über 12 a, den Haushaltsplan. Wer für den Antrag des Ausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Punkt 14, und zwar zunächst über den Antrag des V. Ausschusses zu den Anträgen unter a, b und c, wie sie aus der Drucksache 140 ersichtlich sind. Wer für den Antrag des Ausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Ich bitte, über die Punkte getrennt abstimmen zu lassen!)

Ich lasse abstimmen über den Antrag des Sachausschusses zu den Anträgen unter a, b und c. Das ist außerdem der weitergehende Antrag. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Anträge sind angenommen. Damit sind die Anträge der KPD. und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 15: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Abänderung des Weingesetzes über Hofwein. Wer für den Antrag des Sachausschusses auf Ablehnung dieses Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 16: Antrag des V. Sachausschusses zu der Entschliebung der KPD.-Fraktion, betreffend Stellung eines Antrages an die Reichs- und Staatsregierung auf Niederschlagung der an Kleinwinzer gewährten Kredite. Wer für den Antrag des Sachausschusses auf Ablehnung dieses Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 17: Antrag des V. und I. Sach-

- a) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion auf finanzielle Förderung des Obst- und Gemüsebaues in der Rheinprovinz, nebst
- b) dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft auf Bereitstellung eines Betrages von 60 000 Mark zu dem erwähnten Zwecke.

Das Wort hat der Berichterstatter des V. Sachausschusses, Herr Abgeordneter Tenhaeff.

Abgeordneter Tenhaeff: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen die Annahme der Anträge 52 und 84 vor, den letzteren allerdings mit dem Zusatz, daß die Verwendung der Mittel durch den Provinzialausschuß im Verein mit der Landwirtschaftskammer und dem Provinzialverbande rheinischer Erwerbs-, Obst- und Gemüsezüchter erfolgt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat für den Berichterstatter des I. Sachausschusses, Herrn Abgeordneten Schäfer, beziehungsweise als sein Vertreter, Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Der I. Sachausschuß empfiehlt, dem Beschlusse des V. Sachausschusses beizutreten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sommer.

Abgeordneter Sommer: Zu Drucksache 52 erklären wir, daß wir die Entschliebung der Zentrumsfraktion ablehnen, und zwar betrachten wir es als eine Ueberhebung, daß die Zentrumsfraktion hier anscheinend glaubt, für sich allein das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, die Kleinbauern, die kleinen Interessenten

in der Frage des Gemüsebaues usw. zu vertreten. Es trifft hier genau dasselbe zu wie bei den kleinen Winzern. Wenn die Zentrumsfraktion besonders auf dem Lande sich an diese Kreise wendet, so nur deshalb, um dort im Interesse anderer Schichten diese Kreise vor den Karren der Zentrumsfraktion zu spannen.

Wir haben im V. Sachausschuß bereits zu Drucksache 84 erklärt, daß wir nur dann zustimmen, wenn hinzugefügt wird, daß diese Hallen zur Verpackung usw. unter kommunale Regie kommen, daß sie nicht das Objekt irgendwelcher privater Unternehmer werden. Ist die Zentrumsfraktion bereit, diesen Zusatz zu machen, dann stimmen wir der unter Drucksache 84 eingebrachten Entschliebung zu.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Wir stimmen dem Antrage zu. Ich möchte aber die Gelegenheit benutzen und kurz auf die Polemik des Herrn Kollegen Heuser eingehen. Der Herr Kollege Heuser hat in seiner Polemik gegen mich zum Ausdruck gebracht, daß die Zahlen, die ich bezüglich des Etats der Landwirtschaftskammer angeführt habe, auf falschen Informationen beruhen, also falsch seien. Ich muß feststellen, daß die Zahlen, die ich gebraucht habe, dem Haushaltsplan 1927, und die Zahlen, die Herr Kollege Heuser angeführt hat, dem Haushaltsplan 1926 entnommen sind. Es ist also schon so, daß ich den Gaul richtig aufgezaunt habe, Herr Kollege Heuser, daß Sie dagegen sich anscheinend im Zaumzeug vergriffen haben. (Heiterkeit.) Herr Kollege Heuser hat sich an Hand des Haushaltsplans 1927 davon überzeugt, daß die Zahlen, die ich angegeben habe, richtig sind und daß Staatszuschüsse in Höhe von 1 268 744 Mark für die Landwirtschaftskammer im Etat 1927 erscheinen.

Ich darf wohl hoffen, daß die Herren von der Landwirtschaft den Bauern gegenüber die Behauptung, daß ich falsche Zahlen benutzt hätte, nicht aufrecht erhalten, sondern das richtigstellen. (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Ihre Hoffnungen werden nicht enttäuscht!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heuser.

Abgeordneter Heuser: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis dafür, daß Herr Kollege Hölken, ganz im Gegensatz zu mir, das Bedürfnis hat, auf unsere Auseinandersetzung von vorgestern noch einmal zurückzukommen.

Für die von mir gebotenen Zahlen aus dem Etatsjahr 1926, für deren Richtigkeit ich einstehe, nehme ich selbstverständlich den Vorzug in Anspruch, daß es Zahlen eines vollständig abgeschlossenen Etatsjahres sind.

Darüber hinaus möchte ich aber noch eins sagen: Ich bin der Ansicht, daß nebeneinander gereichte Zahlen zur Beurteilung des finanziellen Gebarens der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz gar keine

Unterlage bieten. Meines Erachtens gibt es dafür nur zwei Gesichtspunkte, und zwar erstens: Das Verhältnis der Verwaltungskosten zu den für die tatsächlichen für sachliche Förderungsbestrebungen gemachten Aufwendungen. (Abgeordneter Schroer, Hochhafen: Sehr richtig!)

Zweitens ist die Höhe der Kammerbeiträge für die Beurteilung des finanziellen Gebarens der Landwirtschaftskammer von ausschlaggebender Bedeutung; darin glaube ich mit dem Herrn Kollegen Hölken einig zu sein. Ich erkenne es dankbar an, daß Herr Kollege Hölken bestrebt ist, die Kammerbeiträge niedrig zu halten. Ich kann ihm zu seiner Beruhigung sagen, daß im laufenden Etatsjahr diese Kammerbeiträge um 5 Prozent herabgesetzt worden sind. Ich bin nicht so boshaft, wie ich überhaupt nicht boshaft bin. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Aber gehässig sind Sie!) Das scheint ein Ihnen sehr geläufiger Begriff zu sein, Herr Kollege Haack. Ich wiederhole, ich bin nicht so boshaft, zu behaupten, daß dieser ganz vereinzelte Fall der Herabsetzung der Leistungen für öffentliche Verbände hier bei der Landwirtschaftskammer dem Umstande zuzuschreiben wäre, daß wir in der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz noch keine sozialdemokratische Fraktion haben.

Darüber hinaus muß ich noch eins sagen: Ich bewundere tatsächlich die besondere Qualifikation des Herrn Kollegen Hölken, als Sparsamkeitsapostel aufzutreten und Sparkommissar zu sein. Ich möchte ihm aber raten, sich ein dankbareres Objekt für die Betätigung dieser seiner Qualifikation auszusuchen. Ich glaube, daß er auf der Suche nach einem solchen Objekt nicht einmal die nach meinem ländlichen Begriff schon etwas weite Reise von Köln bis nach Bonn zu machen braucht. (Weiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Wen meinen Sie? Zuruf des Abgeordneten Dr. Abenauer: Sie meinen den Rheinischen Bauernverein!) Das werden Sie selbst wissen; ich werde mich in stadtkölnische Verhältnisse nicht einmischen. Ich glaube, daß dort so viele und so zahlreiche qualifizierte Leute sind, um die Auseinandersetzung in ihrem eigenen Haushalt auszutragen, daß die Hineinmischung eines Vertreters der Landwirtschaft nach der Richtung hin das Bild nicht noch amüßanter machen könnte, als es ohnehin schon ist. (Weiterkeit.)

Einen Punkt aus der Etatsrede des Herrn Kollegen Hölken von vorgestern habe ich in der mir ungewohnten Situation des parteipolitischen Gefechts vergessen zu widerlegen. Ich bewundere Ihren Mut, Herr Kollege Hölken, daß Sie nach dem negativen Ergebnis der in der Hochverratsangelegenheit gegen den Kammerpräsidenten eingeleiteten Untersuchung noch einmal auf die Sache zurückkommen. Wenn es sich einmal darum handeln sollte, wirklichen Butschabsichten und Butschversuchen entgegenzutreten, werden Sie, Herr Kollege Hölken, und Ihre Freunde meine politischen Freunde und mich an Ihrer Seite sehen. (Zuruf des Abgeordneten Hölken: Das würde mich freuen!) Aber

ich will Ihnen eins sagen, Herr Kollege Hölken. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Unter einem wirklichen Butsch versteht er, wenn die Arbeiter etwas unternehmen!) Nein, nein, ich bin in der Beziehung paritätisch nach der linken und der rechten Seite, also beruhigen Sie sich, Herr Kollege Haack. Wir sind ja immer die Leute, die sehr paritätisch veranlagt sind. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel darauf, daß wir bei der Behandlung dieses Punktes ganz besonderen Wert auf paritätische Behandlung nach beiden Seiten legen. (Glocke des Vorsitzenden. Zuruf des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Saafen: Die Redezeit ist erschöpft.)

Ich darf noch eins sagen: Ihre Aufmerksamkeit nach der Richtung hin brauchen Sie auf die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz nicht auszudehnen. Denn das sage ich Ihnen allen Ernstes auf Grund meiner ganz genauen Kenntnis von Land und Leuten, daß es nach meiner festen Ueberzeugung keinen einzigen ernst zu nehmenden Bauern innerhalb des Rheinlandes gibt, der es nur einen Augenblick dulden würde, daß an der Spitze der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz ein Mann stände, der in irgendeiner Form mit dem Kapitalverbrechen des Hochverrats in Verbindung stände. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das Mißtrauen ist berechtigt!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Ich hatte nicht die Absicht, die ganze Debatte neu aufzurollen, sondern es war nur meine Absicht, zu verhüten, daß ich oder meine Fraktion in den Verdacht kommen soll, mit falschen Zahlen zu operieren.

Aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Heuser, die er gegen mich gemacht hat, war zu entnehmen, ebenso auch aus der ganzen Aufmachung in der Presse, daß meine Zahlen falsch wären, daß ich also versucht hätte, die kleinen Bauern mit meinen Zahlen zu täuschen. Das konnte ich natürlich nicht unbesehen hinnehmen, sondern ich war verpflichtet, festzustellen, daß meine Zahlen stimmen und daß Ihnen, Herr Kollege Heuser, ein lapsus unterlaufen ist, indem Sie meinen Ausführungen nicht richtig gefolgt sind. Nach dem Stenogramm habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Etat der Landwirtschaftskammer 1,8 Millionen Mark an Zuschüssen erfordert. Weiter habe ich gesagt: Insgesamt erfordert der Etat ein Mehr gegen 1926. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Daraus mußten Sie ersehen, daß ich die Etatszahlen von 1927 angezogen hatte.

Im übrigen möchte ich noch einmal Herrn Kollegen Heuser und den anderen Herren von der Landwirtschaft gegenüber das unterstreichen, was ich am Dienstag gesagt habe: Soweit es sich darum handelt, die landwirtschaftliche Produktion zu heben und zu fördern, haben wir bisher immer unseren Mann gestanden und dazu beigetragen. Wir werden es auch in Zukunft tun. Wir haben es heute wiederum bewiesen, indem

wir den betreffenden Anträgen zugestimmt haben. Aber das kann uns nicht abhalten, Kritik zu üben, wo wir es für nötig halten. Und wir haben es für notwendig befunden, Kritik an den Verwaltungskosten der Rheinischen Landwirtschaftskammer zu üben. Diese Kritik lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag der vereinigten Sachausschüsse I und V ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu den verbundenen Punkten 18 bis 20.

Punkt 18: Antrag des IV. und I. Sachausschusses

- a) zu dem Haushaltsplan der Provinzialstraßenverwaltung;
- b) zu dem Haushaltsplan für die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues für das Rechnungsjahr 1927.

Punkt 19: Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Unterstützung zum Bau und Betrieb von Kleinbahnen für das Rechnungsjahr 1927.

Punkt 20: Antrag des IV. und I. Sachausschusses

- a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 13 Millionen Mark zwecks Durchführung eines von Reich und Staat durch Binszuschüsse geförderten Arbeitsbeschaffungsprogramms für den Straßenbau;
- b) zu dem Zusatzantrage der R.P.D.-Fraktion auf Erhöhung der Anleihe auf 20 Millionen Mark.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Meine Damen und Herren! Das Interesse für die Provinzialstraßenverwaltung wächst zweifellos von Jahr zu Jahr. Die Verkehrsmittel haben sich so verschoben, daß durch die Personautos tatsächlich eine Annäherung von Stadt und Land erfolgt. Es werden außerdem heute auf den Provinzialstraßen Lasten bewegt, die früher nur die Schienen kannten. Aus diesen beiden Umständen haben sich zwei Aufgaben für die Provinzialverwaltung entwickelt. Die eine Aufgabe besteht darin, das alte Straßennetz den neuen Verkehrsverhältnissen anzupassen. Die zweite Aufgabe ist, die Wege, welche der Verkehr sich als neue Durchgangswege gesichert hat, nunmehr aus der Unterhaltung der Gemeinden auszuschalten und in das Provinzialnetz

aufzunehmen. Beiden Aufgaben ist die Provinzialverwaltung in den letzten zwei Jahren mit Entschiedenheit zu Leibe gerückt. Der Sachausschuß IV läßt der Provinzialverwaltung für die geleistete Arbeit seinen vollen Dank aussprechen.

Meine Damen und Herren! Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind ungeheure Mittel erforderlich. Ich will Ihnen nur kurz einige Zahlen nennen, damit Sie den ungefähren Umfang dieser Arbeitsleistung kennen.

Vor allem muß bei den vorhandenen Straßen die alte Schotterdecke an den dem Verkehr stark ausgesetzten Strecken beseitigt werden, denn diese Schotterdecke genügt nicht mehr für die erhöhte Belastung. Die Flickarbeiten an der überlasteten Schotterdecke sind so kostspielig, daß eine vollständig neue, den Verkehrsverhältnissen angepasste Befestigung geschaffen werden muß. Welche Decke nun die beste ist, das ist heute noch eine schwebende Frage. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß die zwar teuerste, aber beste Decke, sowohl was die geringere Unterhaltung als die unbegrenzte Haltbarkeit angeht, das Kleinpflaster ist. Es hat auch den Vorzug, daß das Material in heimischen Brüchen gewonnen wird und daß zum Brechen, zur Verarbeitung, zur Einstampfung des Steins große Arbeitskräfte lohnend beschäftigt werden. Aber dieses Kleinpflaster hat den Nachteil, 80 000 Mark pro laufenden Kilometer bei 6 Meter Straßenbreite zu kosten. Die nächstbillige neuzeitliche Decke ist wohl die Asphaltbitumendecke. Sie kostet ungefähr 60 000 Mark, hat aber den Nachteil, daß das Bitumen als ein Nebenprodukt des Petroleums eine Auslandsware ist und, umfassend angewendet, unsere Handelsbilanz ungünstig beeinflusst. Alle übrigen Deckungsarten werden untersucht. Man hat noch kein abschließendes Urteil.

Nun war bereits der 71. Provinziallandtag, der im vorigen Frühjahr tagte, sich darüber klar, daß diese großen Aufgaben, die der Provinz bevorstehen, nicht im Rahmen des ordentlichen Etats bewältigt werden können. Man war dazu übergegangen, Darlehen aufzunehmen, und sagte sich: Flickarbeiten sind viel teurer als Zinsen und Amortisation dieses Darlehens. Das ist der Grundgedanke, warum damals der 71. Provinziallandtag die Deckung dieser Mehrkosten durch eine Anleihe vorschlug. Der Sachausschuß IV empfiehlt Ihnen, auf diesem Wege weiter fortzufahren.

Das, meine Damen und Herren, mußte ich vorausschicken, um Ihnen den Etat in kurzen Worten erklären zu können.

Wenn Sie nun den Etat selbst vornehmen — es ist Seite 2, 12 und 13 —, so finden Sie in den Einnahmen ziemlich dieselben Summen wie im Vorjahre. Nur bei Titel I Nr. 4 ist ein Posten eingeschoben. Er heißt: Zuschuß des Staates zur Verminderung der Zinslast der 13-Millionen-Anleihe. Dieser Posten hat folgende Vorgeschichte. — Ich verweise da zugleich auf Drucksache 2. — Wir hatten im 71. Provinziallandtag die Aufnahme des Darlehens von 10 Millionen

Markt beschlossen. Es stellte sich aber im Laufe der Zeit heraus, daß diese 10 Millionen unzureichend waren. Man hätte den Betrieb der Steinbrüche bereits im Herbst einstellen müssen. Es wäre dann das Material in diesem Frühjahr sehr viel teurer geworden. Man entschloß sich daher, obwohl der Landtag nicht mehr zusammenzurufen war, vom Provinzialausschuß aus eine weitere Anleihe von 13 Millionen zu genehmigen. Für diese 13 Millionen wird in der Drucksache 2 die nachträgliche Genehmigung begehrt. Dem Provinzialausschuß wurde die Aufnahme dieser 13 Millionen dadurch erleichtert, daß im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung für diese Summe eine Zinsermäßigung zugestanden wurde, und zwar für das erste Jahr 4 und für die beiden nächsten Jahre 3 Prozent. Diese zugestandenen 4 Prozent finden Sie unter Nr. 4 in Einnahme verrechnet mit 520 000 Mark. Ich mache darauf aufmerksam, daß, wenn dieser Absatz 4 genehmigt ist, Sie ohne weiteres auch die nachträgliche Genehmigung zu den 13 Millionen gegeben haben.

Auf der Einnahmeseite ist sonst nichts zu bemerken. Die Ausgabe deckt sich auch im allgemeinen mit der der Vorkriegsjahre. Wir haben vor wie nach dieselbe Anzahl von Landesbauämtern (12) mit 100 Straßenmeisterbezirken. Ein einzelner Bezirk des Landesbauamtes hat ungefähr 500 Kilometer Straßenlänge. Die Straßenmeister haben zirka 60 Kilometer unter sich. Soweit die Kilometerzahl viel höher geht als 60, steht ihnen ein besonderes Kraftfad zur Verfügung. Das sind alles Punkte, die verhältnismäßig sehr wenig zu Buch schlagen.

Zu Buch schlagen dagegen in Titel IV 2 die laufenden Unterhaltungskosten mit 13,4 Millionen. In diesen Unterhaltungskosten sind aber nicht die neuen Straßendecken, von denen ich vorhin sprach, aufgeführt, sondern das sind nur die regelmäßig wiederkehrenden Ausbesserungen und Veränderungen der nicht übermäßig belasteten Straßen, wie sie sich eben im Laufe der Zeit herausstellen, also der Straßen, die in der nächsten Zeit nicht mit dieser guten neuzeitlichen Befestigung versehen werden. Es ist nur der regelmäßige Betrieb.

Nun kommt unter 2b die Rehrseite der Medaille. Da sind nämlich in Ausgabe 2,49 Millionen eingesetzt. Das sind die Zinsen der 10 Millionen, die im Frühjahr, und der 13 Millionen, die später aufgenommen wurden. Auch in Zukunft würden unter diesen Posten die Zinsen der Darlehen für den neuzeitlichen Ausbau zu rechnen sein, immer ausgehend von dem Gedanken, daß eben die Ersparnis bei der Ausbesserung der Straßen größer wird, wenn der Straßenbau neuzeitlich gestakkt ist, so daß diese beiden Posten sich eigentlich ergänzen.

Das Schlüssergebnis des Etats der Provinzialstraßenverwaltung ist ein Minus oder ein Zuschuß von 20 Millionen. Aber, meine Damen und Herren, das ist doch nicht so ängstlich zu nehmen, denn der Provinz fließen aus der Kraftfahrzeugsteuer 13 Millionen zu.

Sie finden in einem der letzten Anträge der heutigen Sitzung näher ausgeführt, daß die Kraftfahrzeugsteuer vom Staate zuungunsten der Rheinprovinz falsch berechnet wurde. Wir wollen hoffen, daß man in Zukunft eine richtige Berechnung einstellt und daß diese 13 Millionen nicht verringert, sondern sogar erhöht werden. Immerhin heute sind es 13 Millionen. Nehmen Sie dann noch aus der Dotationsrente von 10 Millionen ungefähr 2 Millionen auf die Straßenverwaltung, so haben Sie im ganzen 15 Millionen aus auswärtigen Mitteln, und die Provinz braucht selbst nur 5 Millionen aufzubringen.

Das, meine Herren, über den Hauptetat der Provinzialstraßenverwaltung.

Nun nehme ich den Etat 7, Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues. Dieser Etat hat leider keine direkten Einnahmen, sondern nur Ausgaben. Er bestand früher nur aus einer Position. Diese eine Position hieß: Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues, einschließlich des Baues und der Unterhaltung der Straßen und Brücken, teilte sich in a und b, und betrug schon seit langem 1 700 000 Mark. Dieser Fonds ist heute zweifellos nicht mehr ausreichend. (Sehr richtig!) Die Kommunen stellen immer größere Ansprüche an den Ausbau der Wege, die ihnen noch dauernd verbleiben, so daß, wie gesagt, dieser Betrag momentan unzureichend ist. Wir haben aber keine Erhöhung dieses Postens begehrt, weil die finanzielle Lage der Provinz zur Zeit eine so ungünstige ist. Wie ungünstig die Verhältnisse aber für unsere Gemeinden und Kreise sind, mögen Sie daraus ersehen, daß für die 1,7 Millionen Mark bereits 7000 Anträge vorliegen, die alle technisch durchgearbeitet sind und an sich befürwortungsfähig und befürwortungswürdig wären. Sie müssen also auf Jahre zurückgestellt werden.

Nun kommt eine neue Position Nr. 2 für die Instandsetzung und den Ausbau von in das Provinzialstraßennetz zu übernehmenden Gemeinde- und Kreiswegen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Die Redezeit gilt zwar nicht für den Herrn Berichterstatter. Aber ich glaube, doch einem unausgesprochenen Wunsche des Hauses zu folgen, wenn ich den Herrn Berichterstatter bitte, sich nach Möglichkeit etwas kürzer zu fassen.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Diese Position ist eingesetzt zur Erfüllung der zweiten Aufgabe, von der ich vorhin gesprochen habe, nämlich der Erweiterung des Straßennetzes. Sie umfaßt eine Million, in Wirklichkeit nur 730 000 Mark, weil von den 13 Millionen, die vorigen Sommer aufgenommen worden sind, auf diesen Fonds 3 Millionen herein genommen worden sind und dieser Fonds nun auch für die Verzinsung verwandt werden muß. Auch hier ist dieser Betrag bei weitem unter dem für uns an sich Wünschenswertem eingesetzt. Denn es sind für die in

Vorbereitung befindliche Aufnahme von 600 Kilometer 2 Millionen noch nötig.

Zur Ergänzung des Etats, dessen Genehmigung vorgeschlagen wird, ist der Antrag der Drucksache 139 eingebracht. Er soll das Programm der neuzeitlichen Umgestaltung und der Uebernahme einzelner Wege aus dem Gemeindeverband in das Provinzialnetz fortsetzen. Wir hatten ursprünglich in der Fachabteilung einen größeren Betrag vorgesehen, haben uns aber mit dem Sachausschuß I dahin geeinigt, daß nur 6 Millionen als neues Darlehen aufzunehmen sind, und auch dieses nur dann, wenn von der Reichsregierung günstigere Zinsbedingungen gewährt werden, als bisher gegeben worden sind. Nach der Zusicherung der Verwaltung soll von diesen 6 Millionen mindestens 1 Million für die vorhin unter Nr. 2 des Etats 7 vorgesehenen Uebernahmestraßen verwendet werden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat der zweite Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Meine Damen und Herren! Ich kann mich wohl kurz fassen. Es ist schon vorgetragen worden, daß der Haushaltsplan der Provinzial-Straßenverwaltung noch eine Erhöhung um annähernd 2,3 Millionen erfahren hat. Diese Erhöhung ist allein darauf zurückzuführen, daß zum ersten Male die Verzinsung und Abschreibung für die Anleihemittel vorgesehen ist.

Der Haushaltsplan der Straßenverwaltung schließt insgesamt mit einem Zuschuß von 22 Millionen ab, das heißt mit mehr als der Hälfte des Betrages, der überhaupt bei der Provinzialverwaltung durch Steuern und Ueberweisungen zu decken ist. Gleichwohl hat der I. Sachausschuß vorgeschlagen, diesen Etat zu genehmigen. Er ist auch der Auffassung, daß schon recht vieles in unserer Provinz zur Verbesserung des Straßennetzes geschehen sei und daß vielleicht auch die Rheinprovinz zu denjenigen Provinzen gehört, die nach der Richtung am meisten geleistet haben. Sie ist aber weiter der Auffassung, daß es notwendig ist, auf dem platten Lande noch mehr für die Verbesserung der Straßen zu sorgen, vor allem durch Anlage des Kleinpflasters.

Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen deshalb die Genehmigung dieser Haushaltspläne vor, ebenso die Genehmigung der neuen Anleihe von 6 Millionen. Ich muß bemerken, daß mit dieser Anleihe die Provinzialverwaltung zu der respektablen Schuldensumme von 45 Millionen kommt. Aber die Anleihe ist doch notwendig. Infolgedessen hat auch der Sachausschuß dieser Ausgabe zugestimmt. Er bittet nur den Herrn Landeshauptmann, dafür zu sorgen, daß bei der Bewilligung seitens des Reiches und des Staates zur Verbilligung dieses Geldes darauf hingewirkt wird, daß diese Anleihe möglichst weit über drei Jahre hinaus zur Amortisation gegeben wird.

Den selben Wunsch hat auch der Sachausschuß bei Punkt 2, bei der nachträglichen Bewilligung der

13 Millionen. Der Sachausschuß erkennt an, daß es richtig war, diese 13 Millionen aufzunehmen. Er gibt auch zu, daß diese Maßnahme eine günstige Wirkung sowohl bezüglich der Beschäftigung von Erwerbslosen als auch für unsere Steinindustrie ausgeübt hat. Wir möchten aber auch da die Bitte anschließen, daß, wenn eine Vergünstigung von Reich und Staat für die Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm eintritt, sie möglichst auch mit rückwirkender Kraft auf diese Anleihe ausgedehnt wird.

Der Sachausschuß bittet dann, den Punkt b unter 20 mit der Annahme der neuen Anleihe von 6 Millionen für erledigt zu erklären.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Franken.

Abgeordneter Franken: Daß man für den Ausbau und die Verbesserung der Straßen mehr tun mußte, als es zuerst vorgeschlagen war, darüber war sich der Sachausschuß IV sofort einig, als wir unseren Antrag einbrachten, 7 Millionen zu Wegebauzwecken der Landgemeinden bereitzustellen und 3 Millionen, um damit die Erweiterung des schon vorhandenen Steinbruchbesitzes der Provinzialverwaltung vorzunehmen und damit auf die Preisgestaltung in der Steinindustrie mehr noch als bisher einzuwirken.

Wenn wir 7 Millionen für den Wegebau in den Landgemeinden beantragt haben, so kommt das ja dem Antrag dieser Landgemeinden gleich, die ja auch 7 Millionen in Anspruch nehmen wollen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir nicht allein durchgehende Straßen und solche Straßen, die nachher von der Provinzialverwaltung übernommen werden können, bezuschussen oder beleihen sollen, sondern wir sollen vor allen Dingen den Landgemeinden, wo die Mittel hierfür kärglich sind, helfen. Vor einigen Tagen noch ist im Kreistage in Cochem eine Entschließung einstimmig angenommen worden, die sich mit den katastrophalen Verhältnissen des Wegebaues in diesem Kreise befaßt. Wenn wir die aus diesen Verhältnissen sich ergebenden Finanzschwierigkeiten dieses Kreises sehen, so ist es klar, daß wir mehr tun müssen, als zuerst vorgeschlagen war.

Im Sachausschuß IV waren verschiedene Abgeordnete der Ansicht, daß man unbedingt zu dem kommen müsse, was auch im vorigen Jahre ausgegeben worden ist — das sind bekanntlich 22 Millionen —, um einerseits die Steinindustrie fortlaufend beschäftigen zu können und damit auch der Arbeiterschaft Lohn und Brot zu geben und andererseits mehr noch als bisher die Straßen weiter ausbessern zu können.

Dann ging aber die Sache an den Sachausschuß I. Der Sachausschuß I erklärte sich mit diesen Ausgaben bis zu 22 Millionen nicht einverstanden, sondern schlug vor, daß man 6 Millionen anleihenweise aufnehmen solle, und zwar nur unter der Bedingung, daß reichhaltige Mittel des Reiches und des Staates bereitgestellt werden, um zur Verzinsung und Tilgung bei-

zutragen. Wir sind der Ansicht, daß es nicht dem Provinzialausschuß anheimgestellt werden kann, die weitere Entwicklung der Dinge zu regeln, sondern daß hier der Provinziallandtag endgültig beschließen muß, daß auch in dem nun doch schon sehr gekürzten Programm wenigstens so weiter verfahren wird. Also wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Steinindustrie weiter beschäftigt werden muß, damit die Arbeiter dort auch den Winter hindurch Arbeit haben.

Im IV. Fachausschuß ist von Seiten der Verwaltung erklärt worden, daß, wenn nicht diese großen Aufträge im vorigen Jahre an die Steinindustrie gegeben worden wären, die Arbeiterschaft zum allergrößten Teil hätte entlassen werden müssen. Das trägt natürlich wieder in vermehrtem Maße dazu bei, daß man zu dem Sozialetat beistimmen muß. Um dies zu verhindern, haben wir alle Interesse daran, die Steinindustrie zu beschäftigen.

Es ist ja schon in der Drucksache 2 darauf hingewiesen, daß bei der Bearbeitung des Steinmaterials das Verbot von Ueberstunden usw. vorgesehen ist. Wir möchten aber hier auch noch einmal darauf hinweisen. Uns ist noch nicht die Garantie gegeben worden, daß in der Steinindustrie gerade jetzt in den Sommermonaten nicht noch viel länger als acht Stunden gearbeitet wird. Wir verlangen unbedingt, daß der Achtstundentag innegehalten wird, damit auch den Winter hindurch die Arbeiterschaft einigermaßen beschäftigt werden kann und zu leben hat.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst zu Punkt 18, dem Antrage des I. Fachausschusses, wie er aus Drucksache 139 ersichtlich ist. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Dann kommen wir zu Punkt 19, dem Antrage des IV. Fachausschusses. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Endlich kommen wir zu Punkt 20, dem Antrage des IV. und I. Fachausschusses. Wer für diesen Antrag der beiden Fachausschüsse ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Ich nehme nunmehr auf Grund des § 16 der Geschäftsordnung die Punkte 21, 25, 26 und 27 vor, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen.

Zu Punkt 21: Antrag des IV. und I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bewilligung einer Beihilfe zu den Kosten der Verbesserung der Straßenbrücke über die Mosel zwischen Bullay und Alf,

hat das Wort als erster Berichterstatter Herr Abgeordneter Meyer.

Abgeordneter Meyer: Der IV. Fachausschuß bittet, die Vorlage einstimmig anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Als zweiter Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Derselbe Vorschlag wird vom Fachausschuß I gemacht.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der beiden Fachausschüsse ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 25: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Erhöhung der Ortslöhne.

Der Berichterstatter scheint zu verzichten. Ich lasse über den Antrag des I. Fachausschusses abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu

Punkt 26: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betreffend Verwendung von Natursteinen der Steinindustrie des besetzten Gebietes zum Bau von öffentlichen Gebäuden, Brücken usw.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Der Fachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Fachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Punkt 27 muß zurückgestellt werden, da nachträglich eine Wortmeldung eingegangen ist.

Wir kommen dann zu den vereinigten Punkten 29 bis 34.

Punkt 29: Antrag des I. und III. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan „Außerordentlicher Haushalt“ für das Rechnungsjahr 1927.

Punkt 30: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Aufnahme einer Anleihe von 5 791 500 Mark.

Punkt 31: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan der Vermögens- und Schuldenverwaltung für das Rechnungsjahr 1927.

Punkt 32: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan über Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und

Staatsmitteln für das Rechnungsjahr 1927.

Punkt 33: Entschliebung des I. Sachausschusses über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer.

Punkt 34: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1927 und Vorbericht hierzu, nebst

Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Aenderung des Entwurfs des Haushaltsplans für 1927.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Ich bitte, den Punkt 24 vorher zu behandeln, weil Punkt 30, Aufnahme einer Anleihe, doch davon abhängig ist, ob die 300 000 Mark bewilligt werden oder nicht. Eventuell müßte die Anleihe um diesen Betrag erhöht werden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saßen: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Herr Abgeordneter Hartmann hat insofern recht, als Punkt 30 nicht verhandelt werden kann, ehe der Punkt betreffs des Nürburgerings verhandelt ist. Infolgedessen möchte ich den Vorschlag machen, den Punkt 30 aus der gemeinschaftlichen Behandlung herauszunehmen und nur die Punkte 29, 31 bis 34 jetzt gemeinschaftlich zu behandeln.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saßen: Ich stelle demgemäß die Punkte 29 und 31 bis 34 zur Besprechung. Ich werde dann die Punkte 24 und 30 verbinden und darüber im Anschluß hieran verhandeln lassen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschloffen.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Nachdem die Ausgaben in den einzelnen Haushaltsplänen von den zuständigen Sachausschüssen für notwendig erachtet worden sind, schlägt Ihnen der I. Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saßen: Der zweite Berichterstatter, Herr Abgeordneter Büchsen-schütz, scheint zu verzichten.

Wir treten in die Debatte ein. Zunächst hat Herr Abgeordneter Oberdörster das Wort.

Abgeordneter Oberdörster: Wir von unserer Fraktion sind nicht zu diesem Provinziallandtag in der Hoffnung gekommen, daß dieser nur für das kommende Jahr einen Etat feststellen würde, der wirklich dem Bedürfnis der breiten Arbeitermasse entspricht. Die bisherige Abstimmung über die Einzelstats ist deshalb für uns keine Enttäuschung. Wie diese Stats aussehen, darauf will ich nicht nochmals im einzelnen zurückgreifen, sondern nur feststellen, daß die von uns eingebrachten Verbesserungsanträge im Interesse der

minderbemittelten und unter den wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerungsschichten abgelehnt wurden. Dieser Etat trägt in keiner Weise diesen Bedürfnissen Rechnung. Aus diesem Grunde müssen wir den Etat in seiner Gesamtheit ablehnen.

Dabei wollen wir noch einmal betonen, daß der Charakter insbesondere der Fürsorgeerziehung durch die Beratungen und durch die Beschlüsse des jetzigen Provinziallandtags in keiner Weise eine Aenderung erfahren hat, daß die Einrichtungen der Provinz, die der Fürsorgeerziehung dienen, weiter nichts sind als Einrichtungen gegen die Arbeiterklasse in diesem Klassen- und Zuchtstaatsstaat.

Wir stellen weiterhin noch einmal fest, daß die hier durch den Etat festgesetzten Pflegegebühren in keiner Weise genügen, um die Anstaltsinsassen und diejenigen, die in Familienpflege sich befinden, auch nur einigermaßen ausreichend zu ernähren. Wir stellen weiter fest, daß die Beträge, die für Bekleidung und sonstige Bedürfnisse eingesetzt sind, einfach lächerlich zu nennen sind und in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Bedürfnis stehen.

Dafür sind auf der anderen Seite namhafte Beträge sowohl auf Vorschlag der Provinzialverwaltung wie auch noch über diese Vorschläge hinaus für andere Zwecke bereitgestellt und bewilligt worden, die nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegen. Für die Beaufsichtigung der Fürsorgezöglinge werden Hunderttausende ausgegeben, die weiter nichts sind wie Subventionen für klerikale Organisationen. Der Zweck der Fürsorgeerziehung läuft nicht darauf hinaus, wirklich selbständige, charakterfeste Menschen zu erziehen, sondern willige Ausbeutungsobjekte zu dressieren.

Man hat Zuschüsse zur Renovierung alter Kirchen gegeben, die man als Kunstdenkmäler bezeichnet, die mit Kunst in den meisten Fällen nichts zu tun haben. Eine Reihe sonstiger Liebesgaben steckt in den verschiedenen Positionen des Etats, Liebesgaben, die irgendwelchen Kreisen zugeführt werden, die heute nicht unter der Not am stärksten leiden. Dann erinnere ich an die Besoldung der politischen Beamten, die nach unserer Auffassung weiter nichts sind wie Kommiss von Louis Hagen, Thyssen und Böglar, die deren Interessen durchzusetzen haben. Der Etat ist weiter nichts als dasjenige, was diese Leute diktieren.

Auf der anderen Seite gab es für Arbeitsbeschaffung weiter nichts wie Worte, denn das, was vorhin bezüglich der Anleihe beschlossen worden ist, wird wahrscheinlich nicht eintreten, weil die Voraussetzungen, die an die Aufnahme der Anleihe geknüpft sind: die Zinsverbilligung von Staat und Reich, von diesen nicht gewährt werden. Das gleiche gilt für den Wohnungsbau. Auch hier in keiner Weise eine Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Nur Worte, wo es sich darum handelt, den Arbeitern zu dienen, wo es sich darum handelt, die Not zu lindern, wie es in die Erscheinung tritt bei der Bereitstellung von Mitteln für die notwendigste Ernährung der Kinder.

Deshalb stellen wir als Ergebnis dieses Stats eine Weiterführung des alten Kurses fest, der darin besteht, auf Kosten der breiten Massen die Profite der Besitzenden nicht in Frage zu stellen. Aus dem Grunde entspricht der Stat nicht den Bedürfnissen der rheinischen Bevölkerung, sondern nur den Interessen einer kleinen Oberschicht des Rheinlandes. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a ß e n : Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Hartmann.

Abgeordneter Dr. H a r t m a n n, Remscheid: Ich hatte nur den Bericht zum Punkt 29 gegeben. Herr Oberdörster hat bereits zu den anderen Punkten gesprochen.

Bei Punkt 31 wird unveränderte Annahme empfohlen.

Zu Punkt 32 steht der Sachausschuß auf dem Standpunkt, daß die Schätzung der Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer ebenso wie die Schätzung der Provinzialumlage wohl zutreffend ist.

Der Sachausschuß gibt auch seiner Freude darüber Ausdruck, daß es nicht notwendig geworden ist, eine Erhöhung der Provinzialumlage eintreten zu lassen. Er ist in der Mehrheit der Auffassung, daß die Kommunalverbände wirklich am Rande ihrer Kräfte stehen und daß es deshalb unbedingt notwendig ist, davon abzusehen, die Provinzialumlage irgendwie zu erhöhen.

Zu Punkt 33 hat der I. Sachausschuß auch Stellung genommen. Er freut sich sehr, wenn diese Entschliebung einmütig angenommen wird. Er hält es für ein großes Unrecht, wie heute die Kraftfahrzeugsteuer verteilt wird.

Der I. Sachausschuß rechnet damit, daß in den Kreisen der Parlamentarier aller Parteien aus dem Rheinlande die Provinzialverwaltung die Unterstützung finden wird, um eine bessere Regelung der Kraftfahrzeugsteuer zu erzielen.

Dem Punkt 34 hat der Ausschuß zugestimmt. Er schlägt Ihnen unveränderte Annahme vor. Er ist sich darüber klar, daß diese Entschliebung für einen Finanzausschuß nicht ganz leicht ist, weil doch noch immer der Fehlbetrag von 4,6 Millionen in der Schwebe bleibt. Er hält es aber auch für richtig, ihn nicht in diesen Haushaltsplan für 1927 vorzutragen, sondern zu warten, ob nicht bessere Zeiten kommen, wo die Umlage ohne weiteres die Abtragung einer derartigen alten Schuld ermöglicht.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a ß e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Steinbüchel.

Abgeordneter S t e i n b ü c h e l : Meine Damen und Herren! Meine Fraktion möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auf den Ernst der Finanzlage der Provinzialverwaltung hinzuweisen. Der Brutto-Stat ist in diesem Jahre von 109 auf 123 Millionen Mark gestiegen, der Netto-Stat von 109 auf

115 Millionen Mark. Das ist ein Beweis dafür, daß die Geschäfte der Provinzialverwaltung in einer ständigen Steigerung begriffen sind. Für das Jahr 1925 ist ein Defizit von 4,4 Millionen festgestellt worden. Der vorläufige Ueberblick über das Jahr 1926 ergibt, daß, alles in allem gerechnet, bei den verschiedenen Steuerarten (Kraftfahrzeugsteuer, Einkommensteuer und dergleichen) ein Mindereinkommen von einer Million Mark vorhanden ist, während es im übrigen der Provinzialverwaltung gelang, die Ausgaben so zu beschränken, daß sie über die Statsansätze nicht hinausgingen. Also bleibt auch hier ein Defizit von wenigstens einer Million Mark. Für die beiden Jahre 1925 und 1926 ist also mit 5,4 Millionen Mark Defizit zu rechnen. Davon entfallen für das Jahr 1925 3,28 Millionen Mark auf den Ausfall an Steuereinnahmen. Ferner kommen noch für das Jahr 1925 2,25 Millionen Mark Ausfall an Dotationen, hinzu. Man ersieht daraus, daß der Betriebsfonds, der auf Grund einer Anleihe gebildet wurde — wie ich betonen will —, nicht auf Grund von Ueberschüssen aus vergangenen Jahren, wie es ja meistens bei den Kommunen der Fall ist, durch die Defizite der beiden Jahre wohl schon gänzlich verschwunden ist.

Aber dieses Bild zeigt uns, daß die Finanzlage der Provinz doch ernst ist. Sie ist wohl auf mehrere Ursachen zurückzuführen, einmal auf den Finanzausgleich, der sowohl die Kommunen als auch die Provinzen außerordentlich schlecht gestellt hat. Namentlich der letzte Finanzausgleich, der vor kurzem im Reichstage beschlossen ist, läßt doch erkennen, daß die Zeiten nicht besser, im Gegenteil noch schlechter zu werden drohen. Dieser Finanzausgleich hat ja in der Hauptsache eine politische Seite. Der bayerische Staat, Baden und Württemberg sind bevorzugt, Preußen, Sachsen und Hamburg gewaltig benachteiligt worden. Es ist wirklich ein Finanzausgleich zugunsten der Föderalisten, aber nicht ein Finanzausgleich, der gerade die Staaten stärkt, die doch die wirtschaftliche Grundlage für ganz Deutschland bilden. Das ist außerordentlich bedauerlich. Wir bedauern sehr, daß gerade das Zentrum sich herbeigelassen hat, diesem Finanzausgleich zuzustimmen, der doch den Westen außerordentlich bedrücken muß.

Die zweite Ursache liegt bei den kommunalen Vertretern sowohl im Provinzialausschuß als auch im Provinziallandtag. Gerade die Vertreter der Kommunen haben darauf gedrückt, daß die Provinzialumlage nicht erhöht würde. Die steigenden Aufgaben der Provinz konnten deshalb nicht voll befriedigt werden, weil man eben bei derselben Umlage bleiben wollte. Das hat weiter zur Folge, daß eine Menge sozialer Aufgaben auf der einen Seite unterbleiben müssen und daß auf der anderen Seite namentlich Straßenbauten und dergleichen vernachlässigt werden. Wenn man schließlich diese Ausgaben trotzdem einmal machen muß, wie bei den Straßenbauten, dann beginnt eben die Schuldenwirtschaft — oder vielmehr, sie hat schon begonnen und

muß sich schließlich ins Unendliche fortsetzen. Gerade die kommunalen Vertreter sollten doch ein Empfinden dafür haben, daß eine derartige Finanzpolitik nicht weiter getrieben werden kann. (Hört, hört!) Ich meine, gerade unsere Oberbürgermeister und Landräte müssen sich doch sagen, daß, wenn schließlich immer stärker steigende Prozentsätze der Provinzialausgaben für Verzinsung und Tilgung von Schulden verwandt werden müssen, dann die Provinzialaufgaben leiden müssen, sowohl was den Straßenausbau als auch was die sozialen Aufgaben anbetrifft. Ich meine, gerade die Herren, die so gewaltige Summen für Messen, Stadionbauten und Ausstellungshallen bereitgestellt haben, die sich jetzt, wie man hört, sogar schon Kohlenfelder anschaffen (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das sind aber nur einige Oberbürgermeister!), haben doch zu einem wesentlichen Teil darauf gedrückt, daß die Umlage der Provinzialverwaltung auf diesem Satz blieb. Also ich meine, wenn man sparen will, soll man doch erst einmal im eigenen Hause sparen und nicht sagen: Erst einmal die ändern, und dann kommen wir in letzter Linie.

Meine Damen und Herren! Auch ein Ueberblick über die Anleihewirtschaft zeigt ein Bild, das uns einigermaßen mit Schrecken erfüllen muß. Im Jahre 1923 oder 1924 hatten wir noch keine Schulden. Dann ging es los. Im Jahre 1926 wurden 20 Millionen Mark Anleihe für Straßenbauten und zur Auffüllung des Betriebsfonds bewilligt, dann im Juli 1926 wieder 13 Millionen Mark für das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Und wir haben jetzt weitere 6,25 Millionen Mark Anleihe zur Erhöhung des Kapitals der Landesbank, für die Aggertalsperre und dergleichen beschlossen. Ferner hat der Provinziallandtag soeben die Straßenbauleihe von 6 Millionen Mark bewilligt. Hinzu kommt das Defizit von 5,5 Millionen Mark. Unsere Gesamtschulden betragen demnach augenblicklich 50,75 Millionen Mark, eine Zahl, die, glaube ich, Ihnen wohlbekannt und auch zum Bewußtsein gekommen ist.

Ich habe demgegenüber einmal die Schulden der Provinz in der Friedenszeit nach einer jahrzehntelangen Tätigkeit festgestellt. Diese Schulden betragen nur 72,75 Millionen Mark. Also wir haben in zwei Jahren schon soviel Schulden angehäuft wie früher vielleicht in 50 oder 60 Jahren der Provinzialtätigkeit. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!) Ich meine, die Herren Kommunalvertreter sollten sich doch einmal überlegen, ob man dabei den Standpunkt weiter vertreten kann, die Provinzialumlage auf die Dauer auf derselben Höhe zu belassen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dohgans: Ein großer Teil ist der produktiven Erwerbslosenfürsorge zugute gekommen!) Nein, meine Herren, das sind die Netto beträge. Gewiß, es sind einige Beträge dabei, die niedrig verzinst werden, aber die Schuld ist da. Diese Schulden kommen uns zum Teil in den ersten zwei bis drei Jahren etwas geringer, weil wir Zinszuschüsse von der Reichsregierung bekommen. Aber nach einigen Jahren geht es los. Wir

müssen heute bereits annähernd 5 Millionen Mark für Verzinsung und Tilgung zahlen. In einigen Jahren werden diese Beträge wohl schon 6 oder 7 oder vielleicht sogar 8 Millionen Mark betragen. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß das, was wir hier ausgegeben haben, nicht in erster Linie für wirklich verbende Betriebe ausgegeben ist. Wenn die Großstädte Anleihen erheben, dann geschieht es meistens, um sich Grundbesitz anzuschaffen oder Aktien des R. W. G. und dergleichen zu kaufen, die nach einigen Jahren bereits doppelt so viel wert sind, als sie ihnen gekostet haben. Also dort steht den Schulden mindestens ein Vermögensbetrag in Höhe der Schulden, wenn nicht ein noch viel größerer Aktivbetrag, gegenüber. Bei der Provinzialverwaltung wird im wesentlichen das Geld für Straßenbauten angewendet. Diese Straßen werden zerstört und können in keiner Weise als ein Aktivum der Provinz betrachtet werden. Auch die Gebäude der Heilanstalten, die die Provinz errichtet, sind nicht in erheblichem Maße aktive Werte. Nehmen Sie einmal an, man wollte eine Heilanstalt einstellen. Was könnte damit begonnen werden? So gut wie gar nichts.

Meine Fraktion ist der Ansicht, daß es, um die sozialen Aufgaben in Zukunft nicht leiden zu lassen, Aufgabe der Provinzialverwaltung, des Herrn Landeshauptmanns und des Provinzialausschusses ist, einmal diese Finanzwirtschaft recht gründlich nachzuprüfen, und auch die Herren Landtagsabgeordneten sollten sich doch einmal diese Gewissensfrage mit allem Ernst vorlegen.

Es muß überlegt werden, ob wir nicht dazu übergehen sollen, in kommenden Jahren erhebliche Beträge zur Tilgung der Schulden in den Etat einzusetzen. Zweitens ist zu überlegen, die Provinzialumlage zu erhöhen, sie wenigstens aber auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Heute wird ein fester Betrag als Provinzialumlage ausgeschrieben; mehr oder weniger kann nicht erhoben werden. Aber die Städte haben bei einem günstigen Finanzausgleich oder bei einem günstigen Ertrag der Gewerbesteuer die Möglichkeit, weit höhere Beträge einzunehmen, als sie in ihrem Etat angeführt haben. Es gibt Städte, die 50, 60, 70 Prozent mehr Gewerbesteuer eingenommen haben, als in ihren Etats steht. Die Herren aus den Kommunalverwaltungen wissen darüber genau Bescheid. Die Provinzialverwaltung legt aber nur immer einen festen Betrag um. Es fragt sich, ob nicht an solchen steigenden Erträgen der Kommunen und der Landkreise auch die Provinzialverwaltung teilnehmen soll, d. h., es werden Prozentsätze der Einkommensteuer und der Realsteuern ausgeschrieben und, wenn mehr eingeht, partizipiert auch die Provinzialverwaltung an den gesteigerten Einnahmen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dohgans: Dann muß sie auch an den fallenden teilnehmen!) Das wird schlecht gehen, denn hier bei der Provinzialverwaltung sind fast 100 Prozent der Ausgaben Zwangsausgaben, die nicht abgedrosselt werden

können — denken Sie an die Heilanstalten, an die Straßenbauverwaltung und dergleichen —, während die Kommunen immer doch ihre Finanzgebarung viel loedterer gestalten und, wenn einmal ein schlechtes Jahr kommt, auch die im Etat vorgesehenen Ausgabebeiträge nicht ganz auszugeben brauchen. Die Kommunen sind in der Hinsicht viel freier gestellt als die Provinzialverwaltung.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst zu Punkt 29 über den Antrag des I. und III. Sachausschusses abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte dann die Damen und Herren, die zu Punkt 31 für den Antrag des I. Sachausschusses (Drucksache 145) sind, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Wer ist für den Antrag des I. Sachausschusses zu Punkt 32? — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 33 (Entschliessung des I. Sachausschusses über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer). Wer für die Annahme ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch angenommen.

Endlich stimmen wir ab über Punkt 34 (Antrag des I. Sachausschusses zum Haushaltsplan der Provinzialverwaltung nebst Vorbericht). Wer für die Annahme ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Nunmehr kommen wir gemäß Beschluß des Landtags zu den zur gemeinsamen Beratung gestellten Punkten 24 und 30.

Punkt 24: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Dr. Creuz auf Gewährung eines weiteren verbilligten Darlehens von 300 000 Mark an den Kreis Aidenau zum Bau des Mürburggring.

Punkt 30: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufnahme einer Anleihe von 5 791 500 Mark.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Ich möchte bitten, den Punkt 30 zurückzustellen. Er hat gar keine Verbindung mit dem Punkt 24, dem Mürburggring. Der andere Punkt wird sich ohne weiteres erledigen lassen. Ich glaube doch, daß es zweckmäßig ist, die beiden Punkte getrennt zu verhandeln.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich wehre mich entschieden dagegen, daß man jetzt auf einmal den Punkt 24 behandelt. Wir haben jetzt doch Punkt 29—34 hinter dem Punkt 20 behandelt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Herr Abgeordneter Haas, ich darf Ihnen zur Aufklärung sagen, daß soeben die Punkte 29—34 zur Besprechung standen. Dann ist, als Sie nicht hier waren, beantragt worden, den Punkt 30 herauszunehmen, weil er von Punkt 24 beeinflusst wird. Darauf hat das Hohe Haus beschlossen, den Punkt 30 aus der gemeinsamen Beratung der Punkte 29—34 herauszunehmen und ihn gemeinsam mit Punkt 24 zu behandeln. So ist beschlossen worden.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Es ist schon richtig, daß vorhin beschlossen wurde, den Punkt 30 mit Punkt 24 zu behandeln. Daraus geht aber nicht hervor, daß die Verhandlung der Punkte 24 und 30 vor den Punkten 22 und 23 erfolgen muß. Ich protestiere gegen die Abänderung der Tagesordnung, die hier vom Vorsitzenden vorgenommen wurde.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Ich stelle fest, daß ich keine Abänderung der Tagesordnung vorgenommen, sondern ausdrücklich vorhin vorgeschlagen habe, die Punkte 24 und 30 zusammen im Anschluß an die Punkte 29—34 zur Besprechung zu stellen. So hat das Hohe Haus beschlossen. Wenn jetzt der Antrag gestellt werden soll, anders zu verfahren, so bitte ich, einen solchen Antrag zu stellen. Dem kann nicht stattgegeben werden, wenn zehn Abgeordnete widersprechen. Wollen Sie einen Antrag stellen?

Abgeordneter Oberdörster: Ich halte es nicht für zweckmäßig, durch eine lange Geschäftsordnungsdebatte hier den Geschäftsgang aufzuhalten. Ich lege deshalb keinen Wert darauf, jetzt zu beantragen, daß so beschlossen wird. Meine Auffassung war die, daß Punkt 30 im Anschluß an Punkt 24 behandelt werden sollte.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Es wäre Sache des Herrn Abgeordneten gewesen, bei der Beschlußfassung seine Bedenken geltend zu machen.

Wir kommen also nunmehr zu Punkt 24 und 30.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Koenzgen.

Abgeordneter Koenzgen: Der Ausschuß schlägt unveränderte Annahme des Antrages vor.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort als Berichterstatter zu Punkt 30 hat Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, die Anleihe nicht in Höhe von 5 791 500 Mark zu genehmigen, sondern in Höhe von 6 251 500 Mark. Es sind nämlich noch 100 000 Mark für die Brücke Bullay-Alf und 60 000 Mark nach Ihrem Beschluß zur Unterstützung der Verkaufshallen von Gemüse und Obst einzusetzen. Bei der Summe von 6 251 500 Mark ist Voraussetzung, daß Sie noch 300 000 Mark für den Mürburggring bewilligen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pikard.

Abgeordneter Pikard: Meine Damen und Herren! Wenn wir uns heute wiederum mit der Frage des Mürburggrings beschäftigen müssen, so muß ich konstatieren, daß diese Frage nachgerade unerträglich wird. (Abgeordneter Marx: Sehr richtig!) Als wir seinerzeit um die Bewilligung der Mittel für den Mürburggring angegangen wurden, ist uns versichert worden, daß mit der angeforderten Summe das Unternehmen fertiggestellt werden könnte. Wir haben dann fortgesetzt erlebt, daß Nachforderungen über Nachforderungen kamen und daß es nicht richtig war, wie uns immer gesagt worden ist, daß das Unternehmen durchaus durchdacht sei, denn wenn es durchdacht gewesen wäre, dann könnte jetzt diese Nachforderung nicht kommen, die nach der Auskunft, die uns gegeben worden ist, deshalb notwendig ist, weil die vorgegebene Decke nicht den technischen Anforderungen entspricht und durch eine neue Betondecke ersetzt werden muß.

So kann es in dieser Frage nicht weitergehen. Es ist heute so, daß im Regierungsbezirk Koblenz alle Gemeinden und alle Kreise unter diesem Zustande leiden. Es wird fortgesetzt bei allen Anträgen auf Bewilligung von Notstandsarbeiten darauf verwiesen, daß der Regierungsbezirk Koblenz so und so viel Millionen Mark bekommen habe und daß weitere Mittel nicht bewilligt werden könnten.

Aber ich muß auch die Aufmerksamkeit auf eine andere Seite der Frage richten. Herr Dr. Creutz hat sich nicht nur als ein tüchtiger Sachmann erwiesen, sondern er hat auch im Kreise Aidenau eine künstliche Arbeitslosigkeit geschaffen. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Wir haben in den Gewerkschaften festgestellt, daß dort nicht, wie es Aufgabe der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist, die durch die Krise arbeitslos gewordenen beschäftigt wurden, sondern es sind dort auch Leute beschäftigt worden (Zuruf des Abgeordneten Marx: Viele!), die vorher nie in der Industrie oder sonst irgendwo gearbeitet haben. Gegen dieses Vorgehen haben die Gewerkschaften ganz entschieden Stellung genommen, wie denn überhaupt gegen die ganze Art, wie mit der Arbeiterschaft am Mürburggring oft umgesprungen worden ist und noch umgesprungen wird, von Seiten der Gewerkschaften und auch von Seiten unserer Partei ganz entschieden Einspruch erhoben werden muß. Wir wollen hoffen, daß, wenn die Autostraße gebaut wird, diese Dinge nicht wiederkehren. Wir werden nach dieser Richtung die Augen sehr wohl aufhalten. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sie hätten unsere Anträge unterstützen müssen!) Bitte, wir stellen unsere Anträge selbst. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wir werden sie auch so stellen, daß sie im Interesse der Arbeiterschaft liegen; das könnt Ihr uns schon zutrauen.

Meine Damen und Herren! Aus den Gründen, die ich eben angeführt habe, sind wir nicht imstande, weitere

Kredite für den Mürburggring zu bewilligen. Meine Fraktion lehnt die Nachforderung ab.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Limbourg.

Abgeordneter Dr. Limbourg: Was der Herr Vorredner sagte, stimmt durchaus. Ich habe schon im vorigen Jahr darauf hingewiesen, daß das Unternehmen ohne jede Grundlage, ohne Rentabilitätsberechnung, ohne eine Berechnung, was das Unternehmen am Schluß kosten soll, angefangen wurde. Es ist angefaßt worden wie ein Kasinoscherz der Leutnants. Ein solcher Scherz wird vielleicht mit Stubenarrest geahndet. Aber in diesem Falle geht darüber ein Kreis bankrott. Man muß sich verbitten, daß solche Scherze mit der Bevölkerung unseres Landes geübt werden. Ein Herr, der kein Risiko trägt, sollte von solchen Sachen die Finger lassen.

Gestern wurde hier gegen Beamte gesprochen, die bodenständig sind, wie Ehrenbürgermeister und Ehrenamtswänner. Diese Herren können sich keine solche Wiße erlauben. Aber Herren, die, wenn eine solche Sache zusammenklappt, irgendwoanders hin versetzt werden, z. B. ins Verkehrsministerium, können die Bevölkerung in dieses Elend bringen, in das der Kreis Aidenau mit Sicherheit kommt.

Ich höre, daß selbst bei den Herren, die jetzt die angeforderte Summe bewilligen wollen, zum Teil die Meinung vertreten wird: Mit den 300 000 Mark geht die Sache pleite, und ohne sie geht sie auch pleite. Dann wäre es aber doch richtiger, wenn die 300 000 Mark für den Kreis Aidenau besser verwandt würden, das ist die Auffassung meiner Freunde und meine eigene.

Aber nicht allein dagegen, wie das Unternehmen in finanzieller Hinsicht angefaßt wurde, haben wir die größten Bedenken, sondern auch, wie ich schon erwähnte, gegen die Personalpolitik. Der Leiter dieses Unternehmens hat ja zugegeben, daß er dort einen Mann beschäftigt, der zehnmal vorbestraft ist; auf jeden Fall hat er es nicht bestritten. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Creutz: Das ist widerlegt!) Ich bin selbst in der Gerichtsverhandlung zugegen gewesen, wo ein Obersekretär der Regierung das unter Eid ausgesagt hat. Da wissen Sie, was los ist.

Aber wenn Sie mit diesen zehn Vorstrafen nicht genug haben, so will ich Ihnen erzählen, was der Mann sich sonst noch hat zuschulden kommen lassen.

Er ist auch Molkereisachmann. In Bracht ist eine Meierei. Dort hat dieser Mann als Leiter der Meierei Margarine im großen unter die Butter gemischt und hat diese Margarinebutter als Butter verkauft und das Plus eingestekt. (Hört, hört! links.) Danach können Sie sich bei dem Bürgermeister von Bracht selbst erkundigen.

In der Meierei Trier-Süd war er auch. In Bracht wurde keine Anzeige erstattet; es ist ja selbstverständlich, daß eine Meierei nicht gerne eine solche Sache hinaus trägt. In Trier-Süd hat die Sache damit geendet, daß

er wegen der Kasse vor's Gericht kam. Da kam er mit einem blauen Auge davon und rutschte gerade so durch die Maschen.

Ich glaube, jetzt werden Sie wohl genug haben. Es ist nötig, daß ich Ihnen so das Bild einmal zeichne. Das Bild habe ich nicht allein, sondern das hat jeder Mensch bei uns im Kreise. Das haben auch die Mitglieder der Partei der Mitte, der Sie ja angehören (zu Herrn Dr. Creutz).

Ich habe schon erwähnt, wie er die amerikanischen Autos unterschlug. Er mußte zum amerikanischen Major kommen und das Geld herausgeben. Da sagte der amerikanische Major: „Das tut kein braver Mann!“ Aber das sind ja Leute aus dem wilden Westen, wir sind ja bessere Menschen. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Ist der auch im Kirchenvorstand?) Nein, aber er hat das richtige Tuch.

Meine Herren! Dieser Mann war während der Jahre bei uns Dolmetscher; als solcher war er auch in der Wohnungskommission. Welchen Einfluß er da hatte, können Sie daraus ersehen, daß er z. B. einer Witwe das Angebot machte, wenn sie ihm ihr Haus verkaufe, werde sie von Einquartierung verschont bleiben. Anderen Leuten hat er die Wohnung freigegeben und dafür ein Schwein erhalten. (Heiterkeit.) Wenn Sie es wollen, kann ich Ihnen die Unterlagen dafür geben; das Schwein ist aus Mittersdorf gekommen.

Die Möbel des Reichsvermögensamtes hat er gegen bares Geld verkauft. Eine Frau Gierens hat für 1750 Francs Möbel bei ihm gekauft. Die Leinenbestände des Reichsvermögensamtes hat er der Haushälterin eines Offiziers der Besatzung zum persönlichen Gebrauch gegeben, um sich gefällig zu erweisen. Kohlen des Besatzungsamtes hat er gegen Schweine an Private verkauft. Ich habe hier die Adressen stehen. Meine Herren, die Mieten, die für die Quartiere der Besatzung gezahlt wurden, hat er nur mit 5—20 Prozent der Summen ausbezahlt, die für die Quartiergeber angefordert und überwiesen wurden. (Zuruf des Abgeordneten Heuser.) Das ist keine Mederei, das sind Feststellungen eines Sachverständigen, Herr Heuser; Sie müssen sich einmal für den Fall interessieren. Ich muß Ihnen doch einmal zeigen, was da für eine Personalpolitik getrieben wird. (Zuruf aus der Mitte: Was hat das mit dem Nürburgring zu tun?) Ich kann mir denken, daß es Ihrer Partei sehr unangenehm ist, wenn hier solch schmutzige Wäsche gewaschen wird.

Die Gas- und Wasserrechnungen hat er nur mit einem Bruchteil der Summen, die gebucht wurden, den Hausbesitzern ausbezahlt. Die Rechnungsformulare hat er gefälscht. Seine Telefongespräche gingen als Besatzungsgespräche dringend. Als eines Tages gegen ihn ein Flugblatt erschien, wurde ich auf Veranlassung dieses Herrn zum französischen Delegierten bestellt. Der famose Leiter des Besatzungsamtes kam aus dem Zimmer des Delegierten heraus und sagte zu mir: „Ihr sterbt nicht auf dem Bett!“ Als der Delegierte

mir dann Vorhaltungen machte, sagte ich: Ich habe nichts mit der Besatzung zu tun, sondern mit dem Besatzungsamt. Weil die Dinge zwischen der Besatzung und der deutschen Behörde so lagen, deshalb wird nach Auffassung weitester Kreise bei uns der Fall so erledigt, wie er erledigt wird. Bei uns sind weiteste Kreise der Bevölkerung der Auffassung, daß der Mann gar nicht fallen gelassen werden kann, denn wenn er auspackt, dann brechen gerade die Herren einer großen Partei und auch von anderen Parteien den Hals. (Hört, hört! links. Zuruf des Abgeordneten Heuser: Die anderen sind nicht so zerbrechlich wie Sie!) Mein Hals ist noch da, wenn Ihre Partei bei uns den Hals gebrochen hat. Meine Herren! Wir hatten im Jahre 1923 bei uns in Trier — ich bin nicht zu Hause gewesen, ich habe mich ferngehalten — einen Kommissar, der zu dem Lumpigsten gehörte, was damals auftrat. Dieser Kommissar hat noch vor einem Jahr in Trier als Zeuge unter Eid erklärt, daß Ihr bewährter Beamter noch heute sein treuester Freund ist. Durch den Sachverständigen Strang wurden die Akten untersucht und, wie Herr Strang zum Staatsanwalt bestellt wurde, um sein endgültiges Gutachten abzugeben, sagte er: Herr Limbourg hat recht mit seinen Angriffen. Da wurde dem Herrn Strang die Sache entzogen. (Zuruf aus der Mitte: Da wurde der Strang stranguliert! Heiterkeit.) Der Herr Strang weiß Bescheid. Wenn man dagegen angeht, meine Herren, dann erlebt man daselbe wie hier. Es ist Ihnen ja sehr unangenehm. Mir ist am Gericht in Trier gesagt worden: Wenn Sie uns noch einmal so kommen, dann werden existenzvernichtende Geldstrafen über Sie verhängt. Trotzdem werden sie nichts von dem wegnehmen, was ich sage.

Nun der Fall des Bürgermeisters von Frieden. Er war gewissen Leuten unangenehm. (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saßen: Ich mache den Herrn Medner darauf aufmerksam, daß der Fall des Herrn Bürgermeisters von Frieden mit dem Nürburgring nichts zu tun hat.

Abgeordneter Dr. Limbourg: Er hat aber mit dem Fall Bongarz zu tun, Herr Vorsitzender. Der Herr Vorsitzende hat selbst festgestellt, daß nach seinem Eindruck stark gegen Frieden bei der Besatzung geheßt worden war, damit er wegfam, und dabei hat Bongarz die Rolle gespielt. (Zuruf aus der Mitte: Darüber muß eine Denkschrift ausgearbeitet werden! Heiterkeit.) Bei uns sind Sie so erledigt, Sie brauchen nicht erst Denkschriften zu machen. Wenn solche Leute dort beschäftigt werden, dann können wir zu dem Unternehmen kein Vertrauen haben.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Dem Vertreter einer gewissen Partei wurde damals zur Separatistenzeit im Stadtrat von Wittburg gesagt, speziell einem Herrn, der sich Major a. D. nennt: Ich erinnere Sie an Ihren Eid als Offizier und Beamter. Das ist Ihre Partei. Das wurde im Stadtrat gesagt, damit Sie

nicht übergangen. Meine Herren! Wenn ein Unternehmer mit solchen Leuten arbeitet, können wir kein Vertrauen zu ihm haben, besonders wenn Leute dabei sind, die auch in finanzieller Hinsicht eine solche dunkle Vergangenheit haben wie dieser Mann. Deshalb sind wir gegen das System, das beim Mürburgring herrscht.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Theißen.

Abgeordneter Theißen: Meine Damen und Herren! Wenn das Geschäft des Mürburggrings so gut ist wie nach den Darlegungen des Herrn Vorredners der Geschäftsführer dieses Unternehmens, dann kann die Provinzialverwaltung, dann kann der KreisAmdenan, dann kann die Bevölkerung, die da in Frage kommt, ihr blaues Wunder erleben. Wir sind der Auffassung, daß dieses Unternehmen ein Faß ohne Boden ist. Wir haben im vergangenen Jahre die Anleihe für den Mürburggring abgelehnt, weil wir der Auffassung sind, daß es sich nur um eine verkappte Liebesgabe an die Automobilindustriellen und indirekt auch an das ausländische Kautschukkapital handelt. Wir sind der Auffassung, daß für die Millionenbeträge, um die es sich hier handelt, viel dringendere Aufgaben vorliegen, als derartige Subventionen der Automobilindustrie. Wir lehnen deshalb, genau aus denselben Gründen wie im vergangenen Jahre, auch diesmal die Anleihe für den Mürburggring ab.

Einigermaßen verwunderlich ist aber die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei in diesem Jahre. Im 71. Provinziallandtag hat die Sozialdemokratische Partei der ersten Anleihe zugestimmt, und zwar mit folgender Begründung. Der Herr Abgeordnete Haas hat damals gesagt: „Trotzdem werden meine Freunde dem Beschlußentwurf des Provinzialausschusses zustimmen, weil er in seinem Schlußsatz genau festlegt, daß das Darlehen nur unter bestimmten Voraussetzungen gegeben werden soll usw.“ „Weil der Antrag derartig vorsichtig gefaßt ist, daß wir uns jetzt im Augenblick durchaus nicht festlegen, stimmen meine Freunde dafür.“ (Zuruf des Abgeordneten Haas: Daß wir uns nicht festgelegt haben, sehen Sie! Wir stimmen jetzt dagegen!) Jetzt stimmen Sie dagegen, nachdem das Geld schon zum größten Teil verwandt ist, nachdem der Schaden schon eingetreten ist. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Nachdem der Bankrott unvermeidlich geworden ist!) Sie scheinen erst die notwendigen praktischen Erfahrungen machen zu müssen. Natürlich müssen diese Erfahrungen zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung sein.

Der Herr Abgeordnete Haas hat aber in seinen damaligen Ausführungen bemängelt, daß eine Vorlage über den Mürburggring, welche der Provinzialausschuß vorlegen sollte, dem Provinziallandtag nicht zugegangen sei. Ich vermiße diese Vorlage bis heute. Der Provinzialausschuß sollte sich über die Fundierung des Unternehmens erst einmal genauer informieren und dann Bericht erstatten. Dieser Bericht fehlt bis heute.

Trotzdem stehen wir heute vor der Tatsache, daß die Provinzialverwaltung uns eine zweite Anleihe für den Mürburggring vorschlägt. Dieses Verfahren ist kennzeichnend für das ganze System.

Zu der Frage der Anleihe überhaupt haben wir nur zu erklären, daß wir der Anleihe zustimmen, unter dem Vorbehalt, daß die Mittel aus dieser Anleihe nicht zu Zwecken verwandt werden, wie sie in der Anleihe zum Mürburggring vor uns liegen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pohl.

Abgeordneter Pohl: Meine Damen und Herren! Uns hat diese Vorlage doch sehr überrascht. Die ganzen Beratungen haben immer unter dem Zeichen der Finanznot gestanden, und auf einmal erscheint eine Vorlage von 300 000 Mark, der, wie ich fest überzeugt bin, viele innerlich ablehnend gegenüberstehen. Wenn auch ein Betrag von 300 000 Mark in einem Etat von 120 Millionen keine große Rolle zu spielen scheint, so ist er für uns doch insofern wichtig, als man selbst bei der Kindermilch nichts geben zu können glaubte. (Sehr gut! bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Mönning: Das ist doch kein Etatsposten!) Wenn da mit Fünfen gerechnet wurde, dann will es uns unverständlich erscheinen, wie man für ein solches Unternehmen in letzter Stunde eine Forderung von 300 000 Mark aufstellen kann. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Herr Major, Sie haben auch vergessen, für die Kindermilch zu stimmen!) Das wissen Sie nicht, lieber Herr. (Zuruf links: Das können Sie im Protokoll nachlesen!) Dann bitte ich, nachzulesen. (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Pohl: Meine Damen und Herren! Selbst wenn man Geld genug hätte, müßte man sich doch fragen, wenn man neu bewilligt: Ist dieses Geld nutzbringend angelegt, oder kommt es an eine Stelle, wo es niemals ein Wiederkommen gibt? Ferner ist es für eine Anlage, die nach meiner Ueberzeugung dauernd Mittel erfordern wird. Meine Damen und Herren! Ich habe die Arbeit gesehen, wie sie ausgeführt wurde; ich kenne die Anlage und sehe als Techniker auf dem Standpunkt, daß hier dauernd Mittel notwendig sind, wenn die Bahn im Betrieb bleiben soll. Außerdem wechselt dauernd die Beanspruchung dieser Straße. Wir werden durch die Verbesserung der Technik immer neue Anforderungen erhalten, und so können wir dauernd Zuschüsse zu diesem Unternehmen leisten. Es wird eine wunde Stelle im Provinzialetat bleiben, so lange diese Anlage besteht. Wir lehnen sie daher ab und sagen: Die Provinz hat wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als nutzlos Geld auszugeben. Dann soll die Provinz erst einmal denen ihr Geld geben, die ihr früher ihre Gelder gegeben haben und die man heute nicht aufwerten will. (Sehr gut!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haack.

Abgeordneter Haack: Es ist äußerst interessant, festzustellen, daß bei der Beratung des Nürburgrings Herr Landrat Dr. Kreuz damals hier gestanden und zu den Kommunisten gesagt hat: Wenn Sie der Vorlage nicht zustimmen, dann werde ich zu den Erwerbslosen hinausgehen und ihnen sagen, daß sie durch die Kommunisten keine Arbeit bekommen haben. (Sehr gut!) Die Erwerbslosen, die Sie nun eingestellt haben, sind, scheint es, Leute vom Schläge Limbourgs (Heiterkeit), Leute von dem Schläge, den Herr Limbourg soeben gekennzeichnet hat. Ja, vom Schläge Limbourgs. Herr Limbourg hat mit seinen Ausführungen die Leute geschlagen, und zwar gründlich.

Aber ich habe mich zum Wort gemeldet, um eins festzustellen: Das Zentrum war, soviel uns bekannt ist, sich vorhin noch nicht ganz im klaren darüber, wie es sich zu der Vorlage verhalten sollte. Herr Abgeordneter Limbourg hat dann über die Diebstähle und die sonstigen Tatsachen, die gegen einen Herrn bei dem Unternehmen des Nürburgrings vorliegen, etwas gesagt, und — das bitte ich, festzuhalten — darauf kommt der Herr Landeshauptmann zum Herrn Kreuz und sagt: Herr Kreuz, ich gratuliere, der Herr Limbourg hat Ihnen die Vorlage gerettet. (Hört, hört! links.) Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Ausführung dieser Diebstähle und der anderen Geschichten genügt, daß das Zentrum dafür stimmen wird. Das sind die Leute zur Bekämpfung von Schmutz und Schund. (Sehr richtig! links.) Ich kann nicht nur zitieren, meine Damen und Herren, ich kann auch parodieren: „Mir ist's, als ob ich die Hände ums Haupt dir schlagen sollt.“ (Heiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Dr. Kreuz. (Zuruf links: Jetzt kommt das Kreuz!)

Abgeordneter Dr. Kreuz: Meine Damen und Herren! Es sind allerhand unnötige Worte gesprochen worden im Zusammenhang mit den Vorwürfen, die gegen einen Angestellten erhoben werden. Ich habe mir einen Strafregisterauszug von der zuständigen Staatsanwaltschaft besorgt und habe festgestellt, daß lediglich eine Vorstrafe vorliegt. Diese Vorstrafe besteht in einer Geldstrafe infolge einer Beleidigung des Herrn Limbourg. (Heiterkeit. Hört, hört! rechts.) Ich glaube, daß danach zu der Sache weiter nichts mehr zu sagen ist.

Ich will nicht in die Einzelheiten wieder hineinsteigen, die ich im vorigen Jahr Ihnen schon auseinandergesetzt habe, sondern will nur kurz auf das eingehen, was an ernsthaften Ausstellungen seitens einzelner Vorredner geltend gemacht wurde.

Es ist uns insbesondere vorgeworfen worden, das Projekt sei nicht hinreichend durchdacht gewesen. Das scheint sich besonders auf die Art der Planung zu beziehen. Soweit es sich um die Planung handelt, ist dies bis zu einem gewissen Grade richtig. Sie müssen be-

denken, daß wir 1925 uns in einer Lage befanden, die uns infolge der eigenen Wirtschaftsnöte zwang, Erwerbslose so schnell wie möglich zu beschäftigen. Infolgedessen waren wir gezwungen, die Arbeit schon zu einer Zeit zu beginnen, als nur die allgemeine Planung vorlag und während des Fortschreitens der Arbeiten die Planung zu spezialisieren. Meine Damen und Herren! Es ist doch jedem, der etwas mit Tiefbau zu tun gehabt hat, bekannt, daß man im Tiefbau nicht auf Heller und Pfennig alles voraus berechnen kann, sondern daß immer wieder gewisse Nachforderungen und Kosten erhöhungen kommen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Trotz der Ausbeutung, die da getrieben worden ist?) Die Erwerbslosen waren bei uns im allgemeinen sehr zufrieden. Kurz und gut, diese Erhöhungen der Kosten, die im Tiefbau entstanden sind, sind unter allen Umständen zu verantworten. Hinzu kam, daß auch noch, um die Anlage wirklich modern zu gestalten, während des Baues manche Anregungen verwertet werden mußten, um tatsächlich die Sportanlagen so modern wie möglich zu gestalten. Hinzu kamen ferner einige Verlegungen der Trasse und das Verlegen einiger Steinbrücke; infolgedessen mußten die Steine weiter herangeholt werden. Das trug alles zur Verteuerung bei. Das ist durchaus normal und nichts Besonderes, zumal die Verteuerung nicht in dem Umfange erfolgte, wie es teilweise behauptet wird.

Dann wurde darauf hingewiesen, daß durch die Bereitstellung von Mitteln zum Nürburgring der Regierungsbezirk Koblenz in seinen sonstigen Teilen geschädigt worden sei. Meine Damen und Herren! Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Mittel für den Nürburgring sind nachweisbar — was jederzeit durch den Herrn Regierungspräsidenten in Koblenz erhärtet werden kann — ganz gesondert von Berlin her geflossen. Also diese Mittel sind schon einmal mehr in den Regierungsbezirk Koblenz gekommen, außer dem gewöhnlichen Kontingent. Das gewöhnliche Kontingent wurde aber auch noch dadurch verstärkt, daß im Zusammenhang mit dem Bau des Nürburgrings in dem linksrheinischen Teil des Regierungsbezirks Koblenz manche Straßen sofort mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Angriff genommen werden mußten, die sonst in absehbarer Zeit überhaupt nicht in Angriff genommen worden wären. Das bezieht sich besonders auf Mayen und Alrweiler. Sie sehen, daß dadurch nicht nur kein Schaden entstanden ist, sondern daß tatsächlich das Geld direkt von Berlin geflossen ist.

Es wurde weiter die Ausstellung gemacht, daß bei uns künstlich Erwerbslose geschaffen worden seien. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer das behauptet, kennt überhaupt nicht die Notlage in der Eifel. Ich möchte doch manchen städtischen Vertretern, insbesondere auch den Herren Arbeitervertretern, empfehlen, sich die Lebenshaltung in der Eifel einmal anzusehen. (Sehr gut! in der Mitte.) Dann würden Sie das bestätigen, was einer ihrer politischen Freunde bei

einer Befichtigung einmal sagte, indem er erklärte: Hier gibt es ja noch nicht einmal ein Kino, hier hielte ich es nicht einen Tag aus. (Seiterkeit.) Aber abgesehen davon, die Lebenshaltung ist eine derartig einfache und notdürftige, daß jeder, der etwas Herz und etwas Mitgefühl für die Bevölkerung hat — und das muß man wohl als Verwaltungsbeamter in besonders hohem Maße haben — geradezu erschüttert ist, wenn er sieht, unter welchen Lebensbedingungen die Bevölkerung dort in dieser landwirtschaftlich überaus armen und landwirtschaftlich überaus schönen Gegend zu vegetieren hat.

Ich will damit nicht ein Schmerzenslied singen, das nicht praktisch bewiesen werden kann. Ich habe hier einige Zahlen mitgebracht, die ich Ihnen kurz mitteilen will. Unsere Betriebe in der Eifel sind im allgemeinen mit einem Einkommenssatz von 140 Mark pro Hektar zur Einkommensteuer veranlagt. Ich habe hier das amtliche Schreiben des Finanzamtes vor mir liegen. Die Durchschnittswirtschaft in der Eifel beträgt etwa 5 Hektar. Das sind fünfmal 140 Mark. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam: Da ist alles, was der Eifelbauer mit seiner Familie zum Leben hat, in Geld umgerechnet. Das ist das reine Einkommen, das bei 5 Hektar also fünfmal 140 = 700 Mark ausmachen würde. Meine Damen und Herren! Um diesen außerordentlich geringen Betrag zu verdienen, müssen auf einer 5 Hektar großen Fläche, auf einem 5 Hektar großen Bauerngut mindestens der Bauer selbst und zwei volle Arbeitskräfte dauernd beschäftigt sein. Sie sehen, daß jede Arbeitskraft im Durchschnitt ein Verdienst von 230 Mark, nämlich ein Drittel von 700 Mark, hat, pro Jahr gerechnet. Wenn Sie dem gegenüberstellen, daß dem Erwerbslosen ein Existenzminimum von etwa 900 Mark im Jahr gesichert ist, dann werden Sie wohl erkennen, wie es mit der Notlage der Eifelbevölkerung praktisch aussieht. Dann haben Sie den besten Beweis, daß die Leute bei weitem nicht das Existenzminimum haben, das man einem anderen ohne weiteres zubilligt, was an sich auch durchaus berechtigt ist. (Zuruf des Abgeordneten Marx: Was wollen Sie damit sagen, Herr Kollege Creutz?)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaken: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. Creutz: Ich will damit sagen, daß an sich schon der Eifelbauer in seinem Erwerb geringer gestellt ist als der Erwerbslose im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge (Zuruf links: Das wird bestritten!), daß also eine Bedürftigkeit vorliegt. Das andere Kriterium für das Hereinnehmen in die Erwerbslosenfürsorge ist bekanntlich die Versicherungspflicht. Infolgedessen konnten bei uns nur solche Leute in die Erwerbslosenfürsorge hereingenommen werden, die eine dreimonatige versicherungspflichtige Beschäftigung nachwiesen und bei denen außerdem Bedürftigkeit vorlag. Ich wollte damit beweisen, daß, soweit die versicherungspflichtige Beschäftigung vorhanden war, die

Bedürftigkeit nicht angezweifelt werden konnte; das war der Sinn der Sache.

Meine Herren! Damit habe ich Ihnen auseinandergesetzt, wie es mit den Erwerbslosen bei uns steht. Ich kann dazu noch sagen, daß wir im vorigen Jahre, als wir 3000 Erwerbslose beschäftigten, nur etwa 700 aus dem eigenen Kreise hatten. Die übrigen 2300 waren aus dem ganzen Regierungsbezirk Koblenz. Darüber hinaus kann ich zur weiteren Beruhigung mitteilen, daß wir jetzt auch auf das Ruhrgebiet gegriffen haben, um Erwerbslose zu beschäftigen, und daß uns auch Leute aus der Gegend von Essen zur Verfügung gestellt werden sollen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Wo werden die untergebracht?) Die werden in den Arbeiterunterkünften untergebracht, die unter dauernder Kontrolle der zuständigen Stellen stehen.

Meine Damen und Herren! Damit wollte ich das aus dem Wege räumen, was bisher gesagt worden war. Im übrigen möchte ich aber noch allen Ernstes auf folgendes aufmerksam machen: Die Anlage des Nürnberggrings ist im In- und Auslande — ich habe insbesondere auch noch dieses rote Heft hier verteilen lassen — anerkannt und darüber hinaus sind Abschlüsse für vier große internationale Veranstaltungen so bindend getätigt, daß, wenn jetzt bei einer Ablehnung dieses kleinen Darlehens, das wir selbstverständlich zurückzahlen werden, die Folgen ganz unabsehbar sind. Wir würden uns dann über den Rahmen des Rheinlandes hinaus auch dem Auslande gegenüber, das schon zahlreiche Nennungen zu den Veranstaltungen gegeben hat, blamieren. Ich möchte daher allen Ernstes die Bitte an Sie richten, im Interesse des Ansehens auch der Rheinprovinz, in der das Projekt dieser Anlage entstand, die gewünschten restlichen Gelder zu bewilligen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaken: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Ich muß doch zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Theissen einiges sagen. Er hat aus dem vorjährigen Protokoll vom 26. März 1926 zitiert, wo wir zu dem Nürnbergring gesprochen haben. Da habe ich ausgesprochen, daß meine Freunde das ganze Unternehmen sehr kritisch ansehen und nicht so optimistisch sind, wie der Herr Abgeordnete Creutz, der auch voriges Jahr gesprochen hat, sondern daß wir der Meinung sind, daß der Provinzialausschuß eingehend prüfen muß, ob die Provinz überhaupt Mittel für den Nürnbergring bewilligen kann. Ich habe am Schlusse gesagt: Weil der Antrag derartig vorsichtig gefaßt ist und wir uns jetzt im Augenblick durchaus nicht festlegen, stimmen meine Freunde zu. Der Antrag bestand nämlich darin, daß der Provinzialausschuß prüfen und das Recht haben sollte, bis zu 450 000 Mark zu bewilligen. Wir haben zu diesem Zwecke der Prüfung eine Befichtigung des Nürnberggrings im vergangenen Jahre seitens des Provinzialausschusses vorgenommen und

haben dann in Akenau selbst eine eingehende Aussprache gehabt. Einige Wochen später ist im Provinzialausschuß beschlossen worden, die 450 000 Mark zu bewilligen. Aber um diesen Beschluß herbeizuführen, haben wir, soweit es irgendwie möglich war, uns Sicherheiten geben lassen. Erstens einmal, muß ich noch betonen, wollten Reich und Staat keine Zuschüsse mehr bewilligen, wenn nicht auch die Provinz einen Betrag zur Unterstützung des Rürburggrings als Darlehen bewilligte. Ferner haben wir gesagt, müssen wir gesichert sein, und in dem Beschluß des Provinzialausschusses heißt es: „Alle dinglichen Sicherheiten, die vom Kreise Akenau Reich und Staat für die Verzinsung und Tilgung ihrer Darlehen gegeben werden, erstrecken sich auch auf die Verzinsung und Tilgung des Provinzialdarlehens. Außerdem wird zur Sicherung des Provinzialdarlehens eine Sicherungshypothek auf das dem Kreise Akenau gehörige Waldgut Sonnenhag eingetragen.“ Wir haben also außerdem, daß unsere Hypothek genau so behandelt wird wie Reichs- und Staatsdarlehen, gleichzeitig eine Sicherungshypothek auf das Waldgut eingetragen bekommen. Es heißt dann weiter: „Ueber die aus den Erträgen des Rürburggrings zu zahlende 4prozentige Verzinsung hinaus wird ein weiteres Prozent Verzinsung vom Kreise Akenau aus anderen Mitteln zugesichert.“ Also es steht hier der ganze Kreis Akenau dahinter. Und weiter unter Ziffer 6: „Um sicherzustellen, daß die Erträgnisse des Rürburggrings auch tatsächlich für die Verzinsung und Tilgung der Reichs-, Staats- und Provinzialdarlehen verwendet werden, wird den behördlichen Geldgebern ein entscheidender Einfluß auf die Verwaltung der Rennbahn, soweit es sich um finanzielle Fragen handelt, und auf die Feststellung und Verwendung der Erträgnisse eingeräumt.“ Diese Sicherheiten wurden damals gegeben. Dann haben wir im Provinzialausschuß für die 450 000 Mark gestimmt.

Ich möchte dem Herrn Kollegen von der kommunistischen Fraktion aber sagen: Ihr Vertreter, Herr Knab, der längere Zeit bei der Besichtigung mit mir zusammengewandert ist, hat sich ebenfalls damals für den Rürburggring ausgesprochen und hat auch nachher bei der Abstimmung nicht dagegen gestimmt. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. (Zurufe eines kommunistischen Abgeordneten: Das Gegenteil ist richtig! Sehen Sie das einmal im Stenogramm nach!) Ich rede von der Provinzialausschusssitzung, wo die 450 000 Mark bewilligt worden sind, nicht von der Sitzung hier, wo wir nichts bewilligt haben. (Stimme des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Die Redezeit Ihrer Fraktion ist erschöpft.

Abgeordneter Saas: Ich stelle weiter fest, daß es vor allen Dingen auf eins ankommt. Wenn wir im vorigen Jahre 450 000 Mark bewilligt haben, so bindet uns dies durchaus nicht, heute weitere 300 000 Mark zu bewilligen. Wir haben dargelegt, daß wir aus bestimmten Erfahrungen und Gründen heraus heute gegen die 300 000 Mark stimmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Limbourg.

Abgeordneter Dr. Limbourg: Alles, was meinen Ausführungen von dem Herrn aus Akenau entgegengesetzt wurde, ist recht kindlich und naiv. Er hätte gerade so gut bei einer alten Tante nachfragen können; die hätte ihm vielleicht eine noch günstigere Auskunft gegeben. Die Regierung wußte noch nichts von den Vorstrafen; deshalb haben wir die Regierung darauf aufmerksam gemacht. Daraufhin hat ein Obersekretär der Regierung dies festgestellt und es eidlich bei Gericht ausgesagt. Zu dieser Aussage habe ich mehr Vertrauen. Außerdem kann ich noch eins sagen: Er ist auch vom deutschen Kriegsgericht bestraft worden, soviel ich weiß, wegen Urkundenfälschung. Das habe ich eben vergessen zu erwähnen. Daß aber die Vorstrafe gegen Herrn Limbourg ein Grund zur Beförderung war, halte ich für ganz gut möglich.

Ich will Ihnen noch mehr sagen: Dieser Herr suchte Material, weil wir ihm lästig waren. Er kam zu einem städtischen Angestellten und sagte: Die Limbourgs haben Auftrag erteilt, die Heizung zu zerstören, wenn die Besatzung in das Haus einziehen will. Daraufhin wurde diese Angabe auf dem Landratsamt Bitburg vervielfältigt, mit dem Stempel des Landrats abgestempelt und vom Kreissekretär Säglitz unterschrieben. Und sonderbarerweise kam das Schriftstück in die Hände der Besatzung, auch in die Hände des Abgeordneten Reises, und ich glaube, sogar der Herr Severing in Berlin soll sie bekommen haben. Ich mußte zur Besatzung, und Gott sei Dank war man dort so vernünftig, einzusehen, daß dies eine üble Anzeige war, die mich vors Kriegsgericht bringen sollte.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Herr Abgeordneter, die Ausführungen gehören nicht zur Sache.

Abgeordneter Dr. Limbourg: Der Herr Bongartz hat uns einmal angezeigt, weil ein Wildschwein Erzberger bei uns hieß. (Weiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Creutz standen zu dem Punkte der Tagesordnung, den wir augenblicklich behandeln, dem Rürburggring, doch nur in einem sehr mittelbaren Zusammenhang. Man kann durchaus die Meinung teilen, daß der Kreis Akenau in bezug auf Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit ganz besonders übel gestellt ist.

Man kann durchaus der Meinung sein, daß deshalb Veranlassung gegeben wäre, daß der Provinziallandtag für den Kreis Akenau etwas Besonderes tun müsse. Man kann aber trotzdem, wie die Arbeitsgemeinschaft es einmütig tut, auf dem Standpunkt stehen, daß die Art und Weise, wie der Nürburgring zustande gekommen ist, geradezu ein Musterbeispiel dafür bietet, wie eine so große Sache nicht gehandhabt werden soll. (Sehr richtig! links.)

Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin in der Zeit, als die Dinge im Provinzialausschuß zuerst behandelt wurden, nicht Mitglied dieses Ausschusses gewesen. Aber ich glaube, daß die Zahlen, die ich Ihnen jetzt nenne, doch den Tatsachen entsprechen. Das Unternehmen begann mit einem Projekt von 1,5 Millionen Mark. Das war allerdings ein Projekt, das nicht ganz den Umfang hatte wie das gegenwärtige. Dann stieg das Projekt auf rund 3 Millionen Mark. Dann kam die Sache an den Provinzialausschuß, als rund 5,6 Millionen Mark ausgegeben waren, und es wurde behauptet, wenn der Provinziallandtag 450 000 Mark gäbe und Reich und Staat entsprechende Zuschüsse in Form von Darlehen gewährten, würde mit 6,5 Millionen Mark das Unternehmen unter allen Umständen durchaus fertig sein. (Hört, hört! links.) Wenn ich nicht sehr irre, ist damals auch von Seiten der Provinz eine Nachprüfung vorgenommen worden, und man hat festgestellt, daß in der Tat mit 6,5 Millionen Mark unter allen Umständen der Nürburgring nicht nur fertig, sondern selbstverständlich auch benutzbar sein würde. Es mußte deshalb sehr in Erstaunen setzen, als uns nachher von dem Herrn Abgeordneten Dr. Kreuz mitgeteilt wurde, daß mit dem Gelde, das bis dahin bewilligt war, zwar der Straßenbau an sich fertig sei, daß er aber nicht eine solche Decke erhalten könnte, daß man auf der Bahn Rennen veranstalten könne.

Meine Damen und Herren! Wenn eine Vorlage in dieser Art stufenweise dauernd steigt, dann muß doch entweder von vornherein die ganze Kalkulation außerordentlich oberflächlich gewesen sein — und ich glaube, wir haben doch Veranlassung, auch hier im Provinziallandtag es ruhig auszusprechen, daß das wohl das Urteil der Mehrheit dieses Hauses ist, auch wenn die Herren es nicht öffentlich sagen — oder aber, meine Herren, die Sache ist von vornherein ganz unüberlegt angefangen worden. (Sehr richtig! rechts.)

Ich darf sagen, daß diese Kritik die einmütige Kritik meiner Freunde von der Arbeitsgemeinschaft ist. Wenn wir trotzdem in diesem Falle verschieden stimmen werden, so geschieht es deshalb, weil eine Anzahl meiner Freunde glaubt, daß der Nürburgring an sich ein Werk sei, das für die Rheinprovinz und insbesondere für den Kreis Akenau ganz außerordentliche Bedeutung habe, daß man ein derartiges Werk nicht stecken lassen dürfe und daß es deshalb zweckmäßig sei, jetzt in den sauren Apfel zu beißen. Aber auch diesen meinen Freunden hat die letzte Bemerkung des Herrn

Dr. Kreuz ihren Entschluß nicht leicht gemacht. Denn, verehrter Herr Abgeordneter Dr. Kreuz, mit einer solchen — ich will den Ausdruck „Drohung“ nicht gebrauchen — Andeutung: „Wenn Ihr jetzt die 300 000 Mark nicht bewilligt, dann kann am 11. Juni die große Sache nicht stattfinden!“ haben Sie für etwaige weitere Versuche — ich hoffe nicht, daß sie noch in petto sind — von der Provinz Geld zu bekommen, ganz gewiß den Weg nicht günstig bereitet. Ich glaube, man hätte doch diese Wendung lieber nicht gebrauchen sollen.

Ein Teil meiner Freunde wird aus den angegebenen Gründen für die Vorlage stimmen. Der größere Teil wird das, wie ich vermute, nicht tun, sondern wird sich auf den Standpunkt stellen, daß wir nicht in der Lage sind, bei unseren Finanzen 300 000 Mark für dieses Unternehmen herzugeben.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saßen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Herr Abgeordneter Oberdörster hat namentliche Abstimmung beantragt. Für namentliche Abstimmung ist die Unterstützung von 15 Mitgliedern dieses Hauses erforderlich. Ich frage: Wer unterstützt den Antrag? — Diese Zahl ist gegeben.

Wir treten in die namentliche Abstimmung ein. Ich schlage vor, die Verhandlungen in dieser Zeit fortzusetzen und in die Besprechung der Punkte 22 und 4 einzutreten:

Punkt 22: Antrag des I. Fachausschusses

a) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion an die Reichs- und Staatsregierung, auf stärkere Förderung der Wiederbelebung der Wirtschaft in der Rheinprovinz und auf Ueberweisung ausreichender Mittel an die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Opfer der Wirtschaft;

b) zu dem Zusatzantrage der sozialdemokratischen Fraktion zum Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Rationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben im westlichen Industriegebiet, und Abänderungsantrag der Zentrumsfraktion zu dem Zusatzantrag der S.P.D.-Fraktion.

Punkt 4: Antrag des I. Fachausschusses zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betr. besondere Berücksichtigung der Rheinprovinz infolge der gegenüber dem übrigen Deutschland relativ größeren Zahl der Arbeitslosen bei Gewährung der aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Notstands-

arbeiten zur Verfügung stehenden Mittel.

Zu der namentlichen Abstimmung mache ich darauf aufmerksam, daß über den Antrag des I. Sachausschusses auf unveränderte Annahme abgestimmt wird. Wer also für die Annahme dieses Antrages, d. h. gleichzeitig für die Bewilligung der Anleihe ist, der stimmt mit Ja.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Das ist doch ausgeschlossen. Wir können unmöglich die beiden Punkte bei der Abstimmung zusammenfassen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Herr Abgeordneter Wesenfeld, ich habe gesagt: Es findet eine namentliche Abstimmung über Punkt 24 statt. Nach dieser namentlichen Abstimmung werde ich getrennt über Punkt 30 abstimmen lassen. Es wird also vollkommen Ihren Wünschen entsprochen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Der Herr Vorsitzende hat gesagt, wer jetzt mit Ja stimmt, stimmt damit auch für die Anleihe!) Der Antrag bei Punkt 30 enthält den Antrag des I. Sachausschusses auf Bewilligung dieses Darlehens an den Mürburgring. Wer also für diesen Antrag stimmt, muß mit Ja stimmen; wer ihn ablehnen will, mit Nein.

Das Wort zu Punkt 4 hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Ich bitte Sie, die Drucksache 43 zur Hand zu nehmen. Der I. Sachausschuß hat auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion dort nach 3) hinzugefügt: „Einbeziehung des gemeinnützigen Wohnungsbaues für Kleinwohnungen“. Es ist damit einem Wunsch der Städte Rechnung getragen worden, die sich seit langer Zeit darum bemühen, daß auch der gemeinnützige Kleinwohnungsbau als produktive Erwerbslosenfürsorge anerkannt wird.

Im übrigen schlägt der I. Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Zu der Abstimmung habe ich namens des Bureau's mitzuteilen, daß gebeten wird, daß die Herren Abgeordneten, deren Name doppelt vorkommt, ihren Wahlkreis hinzusetzen. Ich darf auch bitten, den Namen im Interesse der Beschleunigung etwas deutlicher zu schreiben.

Nun hat der Berichterstatter zu Punkt 22, Herr Abgeordneter Maus, das Wort.

Abgeordneter Maus: Meine Damen und Herren! Der Antrag des Zentrums liegt Ihnen in Drucksache 41 vor. Er beginnt mit den Worten: „Durch die Rationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben haben sich in den westlichen Industriegebieten Deutschlands Zustände herausgebildet, die auf die Dauer untragbar sind.“ Daß diese Zustände untragbar sind,

darüber war sich die Sachkommission I einstimmig klar. Jedoch wurden die Gründe von den verschiedensten Seiten verschieden bewertet. Ein Teil der Mitglieder des Sachausschusses war der Auffassung, daß an diesen Zuständen die Rationalisierung und Zusammenlegung der Betriebe schuld sei, ein anderer Teil, daß es die Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur sei, wieder ein anderer Teil, daß es mit der Ruhrbesetzung zusammenhänge. Wir haben uns im Sachausschuß I dahin geeinigt, daß die Worte „Durch die Rationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben“ gestrichen und dafür gesagt wird: „Durch die Betriebseinschränkungen“. In dieser Fassung empfiehlt Ihnen der Sachausschuß I die Annahme der Drucksache 41.

Es war dann unter Drucksache 86 ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht, der in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil des sozialdemokratischen Antrages wurde mit Mehrheit angenommen. Er lautet:

„Ferner wird die Reichsregierung ersucht, dem Reichstag möglichst bald ein Gesetz vorzulegen, wonach die Altersgrenze in der Invaliden- und Angestelltenversicherung von 65 auf 60 Jahre für den Bezug der Rente bzw. des Ruhegeldes herabgesetzt wird.“

Der Sachausschuß I empfiehlt die Annahme dieses ersten Teiles.

Der zweite Teil des sozialdemokratischen Antrages lautet:

„Weiter spricht der Provinziallandtag den dringenden Wunsch aus, der Reichstag möge dem Arbeitszeitnotgesetz eine Fassung geben, wodurch die achtstündige Arbeitszeit festgelegt wird und Ueberarbeit nur mit Zustimmung der Vertretung der Arbeiterschaft gegen entsprechende Zuschläge geleistet werden darf.“

Der Sachausschuß I schlägt Ihnen vor, diesen zweiten Absatz abzulehnen, da er überholt sei, weil zur Zeit im Reichstage das Gesetz unmittelbar vor der Verabschiedung stände.

Es ist weiter ein Abänderungsantrag der Zentrumsfraktion, gezeichnet Hebborn, Sillen, Jansen, Bierwirth, Koenzgen, Künnig, Ewald Weber, Eise und Eickmann, eingegangen. Dieser Antrag hat aber den Sachausschuß I nicht beschäftigt, weil inzwischen keine Sitzung des Sachausschusses I mehr war. Ich muß ihn aber zur Kenntnis bringen er lautet:

„Der letzte Abschnitt des Antrages der SPD-Fraktion ist wie folgt zu ändern:

„Weiter spricht der Provinziallandtag den dringenden Wunsch aus, der Reichstag möge dem Arbeitszeitnotgesetz eine Fassung geben, wodurch die 48-Stunden-Woche gesichert und Ueberarbeit nur in dringenden Fällen nach Verständigung mit der Arbeitnehmervertretung gegen entsprechende Zuschläge geleistet werden dürfen.“

Dieser Antrag ist auf Wunsch der Antragsteller zurückgezogen worden, mit der Begründung:

„Da durch die Verabschiedung des Arbeitszeitnotgesetzes in der Reichstagsitzung vom 8. April der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (Drucksache 86) gegenstandslos geworden ist, ziehen die Antragsteller obigen Antrag (Drucksache 138) zurück.“

Kunmehr empfiehlt Ihnen der Sachausschuß I folgenden Antrag:

„Der Provinziallandtag wolle unter Ablehnung des zweiten Absatzes des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion die Anträge annehmen mit der Maßgabe, daß in der Einleitung an Stelle der Worte „Nationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben“ gesetzt wird „Betriebsbeschränkungen“.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Ich bedauere, daß die hier jetzt zur Beratung stehenden Fragen nicht zu einem früheren Zeitpunkt einer gründlichen Erörterung unterzogen worden sind. Wenn man diese Anträge in ihrem Wortlaute sich ansieht, sollte man zu der Auffassung kommen, daß vor allen Dingen im Zentrum eine Arbeiterfreundlichkeit vorhanden ist, die nicht überboten werden kann. (Sehr richtig! im Zentrum!) Aber ich sage Ihnen von vornherein: Das, was hier geleistet wird, ist ein nicht zu überbietendes Doppelspiel von Seiten des Zentrums. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Man predigt hier große Töne von günstigeren Bedingungen für die Notstandsarbeiten. Man bringt dann auch einen Zusatzantrag von den christlichen Gewerkschaften ein, in dem man den Achtstundentag fordert, und gestern im Reichstag hat das Zentrum mit dem Bürgerblock dem Arbeitszeitnotgesetz zugestimmt, welches den Zehnstundentag zur Regel macht. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Herr Hebborn, das dürfen Sie heute schon gewußt haben. Wenn der Berichtstatter davon bereits geredet hat, daß die Drucksache 138 zurückgezogen sei, so weiß ich nicht, ob er das namens der Antragsteller gemacht hat, weil ich nicht weiß, ob im Ausschuß die Sache in dem Sinne behandelt worden ist. Ich sage noch einmal: Das, was hier von Seiten des Zentrums beantragt wird, sowohl hinsichtlich der günstigeren Bedingungen für die Durchführung von Notstandsarbeiten, wie hinsichtlich der rechtlichen Behandlung der Altpensionäre, der Werkstätten und der Zurverfügungstellung von Mitteln an die Gemeinden zur Unterstützung dieser Arbeiter, alles das ist darauf zugeschnitten, den Zentrumsarbeiter zu täuschen, ihm die wirkliche reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik des Zentrums unsichtbar zu machen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Diese Doppelrolle muß man mit aller Eindeutigkeit feststellen. Gestern haben diese Leute bei namentlicher Abstimmung dem Arbeitszeitnotgesetz zugestimmt. Und was sehen wir weiter? Wir sehen, daß die staatlichen Organe, für deren Politik das Zentrum mit den gesamten bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten verantwortlich ist, immer noch trotz dieser Ar-

beitslosigkeit Schiedssprüche fällen, bei denen der Achtstundentag keine Rolle spielt. Für die Eisenbahner hat man gestern wieder einen Schiedsspruch gefällt, der die 9stündige Arbeitszeit vorsieht und der an den Dienstvorschriften der Eisenbahnen nichts ändert. Gestern hat man in Solingen wieder einen Schiedsspruch gefällt, der die 53-Stundenwoche vorsieht. Und in Karnap, wo die Bergarbeiter es gewagt haben, nach 7 Stunden die Grube zu verlassen, hat das profitgierige Unternehmertum die Leute ausgesperrt. Ich bin einmal gespannt, ob der ADB. und die Gewerkschaften den Mut aufbringen werden, dort, wo die Arbeiter den Kampf gegen dieses Arbeitszeitnotgesetz aufnehmen, sich hinter die für den Achtstundentag kämpfenden zu stellen, oder aber ob sie, wenn ein verbindlich erklärter Schiedsspruch vorliegt, erklären: Das ist Gesetz; dagegen können wir nicht kämpfen; damit müssen wir uns abfinden; das sind wilde Streiks, die wir ablehnen müssen.

Es ist charakteristisch, was gestern insbesondere Stegerwald gegenüber den Sozialdemokraten im Reichstage gesagt hat. Stegerwald hat gestern der Sozialdemokratie links und rechts Ohrseigen versetzt, die meines Erachtens auch einen schon ziemlich fanatisierten und an das Zentrum geketteten Sozialdemokraten veranlassen müßten, nun eine Kursänderung vorzunehmen und wirklich im Kampf der Arbeiterschaft gerade zu stehen. Stegerwald hat dort den Sozialdemokraten ins Stammbuch geschrieben, durch forsches Auftreten könne man die Arbeitszeitfrage nicht lösen. Er hat ihnen dann weiter gesagt: Was wollt Ihr denn? Ihr habt eure Pflicht getan. Euch braucht man heute nicht mehr. Wir sind heute stark genug, die Arbeitszeit durchzusetzen, die im Interesse des Unternehmertums und des Unternehmerprofits notwendig ist. Er sagte dann: In Preußen hängt ihre Mitwirkung im Staate nicht von ihnen, sondern vom Zentrum ab. — Durchaus richtig! Aber diese Prügel werden ihre Wirkung immer noch nicht erreichen, sondern diese Prügel werden die Sozialdemokraten einstecken und werden weiterhin nicht nur das Zentrum, sondern das gesamte Bürgertum in seiner reaktionären Politik gegen die Arbeiterschaft unterstützen und die Kampfkraft der Arbeiterschaft schwächen. (Sehr gut! bei den Kommunisten!) Und im Reich, sagt Stegerwald, regieren wir ganz gut ohne sie. Er meint damit die Sozialdemokraten. Na, im Augenblick mimt man Opposition; aber es bleibt bei dieser Mimik. Man wird in keinem Falle wagen, den Kampf gegen das Unternehmertum und den Bürgerblock, der politisch die Interessen dieses Unternehmertums wahrzunehmen hat, zu führen.

Nun haben die Sozialdemokraten in Verbindung mit dieser Sache den Antrag gestellt, die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst ein Gesetz vorzulegen, nach dem die Altersgrenze in der Invaliden- und Unfallversicherungsversicherung von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt

wird. Ich glaube, es ist erst einige Wochen oder noch nicht einmal einige Wochen, sondern erst eine Woche her, daß darüber im Reichstage in Verbindung mit der Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung eine Abstimmung erfolgt ist. Wir haben nicht die Hoffnung, daß diese Reichsregierung, dieser geschäftsführende Ausschuß der deutschen Ausbeuter, ein solches Gesetz einbringen wird. Wir haben nicht die Auffassung, daß, wenn es eingebracht wird, dieser Reichstag ein solches Gesetz annehmen wird. Wenn es darüber zur Abstimmung kommen sollte und man den Sozialdemokraten sagt: „Über das erfordert 270 Millionen Mark jährliche Mehrausgaben, dafür haben wir doch kein Geld, wir müssen doch die Mittel für die Reichswehr usw. haben“, dann bin ich einmal gespannt, ob nicht die Sozialdemokratie auch im Parlament selbst bei der Vertretung dieses Antrages versagen wird. Aber wir erklären: Darüber wird nicht in diesem Parlament entschieden, sondern das ist eine Frage der Macht zwischen der Arbeiterklasse und dem Unternehmertum.

Wir werden diesem Antrage in dieser Formulierung zustimmen, aber ohne daran irgendeine Illusion zu knüpfen, als wenn dieses Parlament und diese Reichsregierung auf diesem Gebiete etwas machen würden.

Dabei muß man feststellen, daß auch das Geld, das die Sozialversicherten in der Vorkriegszeit an Beiträgen gezahlt haben, ihnen in der Inflation gestohlen worden ist, daß auch das sich heute in den Klauen der Sachwertbesitzer befindet, genau wie die kleinen Sparbeträge der sonstigen Bevölkerung. Wir haben in der Vorkriegszeit allein bei der Invalidenversicherung ein Stammkapital von rund 2 Milliarden Mark gehabt. Die Hälfte dieses Betrages, kapitalisiert, genügte zur Bezahlung der damaligen Invalidenrenten, die damals Hungerrenten waren und die auch heute in keiner Weise den allernotwendigsten Lebensbedürfnissen angepaßt sind, trotzdem heute die Arbeiter diese ungeheuren Beiträge bezahlen, die in der dritten Lohngruppe bereits $7\frac{1}{2}$ Prozent des Grundlohns der betreffenden Klasse betragen.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß diese Dinge hier weiter nichts sind, wie ein Theater, eine Komödie, daß wir den Zentrumsarbeitern diese Komödie klar machen werden, daß wir ihnen begreiflich machen werden, daß sie nicht länger ihre Interessenvertretung dem Zentrum übertragen dürfen, daß wir der Arbeiterschaft insgesamt klar machen werden, daß nicht die Hoffnung auf parlamentarische Gesetze das richtige ist, sondern daß die Arbeiterschaft um die Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung den Kampf führen muß, daß nur durch den Kampf entschieden wird, in welchem Maße die Arbeiterschaft ihre Bedürfnisse wird befriedigen können. Und wir werden der Arbeiterklasse sagen, daß sie sich ein Beispiel nehmen muß am Reichsverband der deutschen Industrie, in dessen Präsidium neben dem Katholiken, dem Protestanten, dem Atheisten auch der Jude

sitzt, wo es keine Klassen-, religiöse und politische Gegensätze im Kampf gegen die Arbeiterklasse gibt. Wir werden der Arbeiterschaft sagen, daß in diesem Kampfe ihre gemeinsamen Interessen das Bindeglied sein, daß alle politischen und religiösen Gegensätze überbrückt werden müssen, damit sie gemeinsam den Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker führen. Dann werden die Arbeiter auch begreifen, daß in diesem Kampfe um ihre Existenz das Ziel nicht erreicht werden kann, sondern daß sie gegen die kapitalistische Raubwirtschaft selbst kämpfen müssen, daß sie in Gemeinschaft mit den schaffenden Kreisen, gemeinsam mit den kleineren Schichten gegen den gemeinsamen Feind, das Großkapital, kämpfen müssen, wenn sie auf die Dauer eine wirklich menschenwürdige Lebensexistenz erhalten wollen. Dann werden sie begreifen, daß dieses ganze parlamentarische System mit diesen Verwaltungsausschüssen der Bourgeoisie beseitigt werden muß, daß an seine Stelle das Deutschland der Arbeiter, schaffenden Landwirte und kleinen Mittelschichten treten muß. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Als am ersten Tage unter den reichlich vielen Anträgen der Zentrumsparterie auch der Antrag zu finden war, den wir jetzt im Augenblick behandeln, nämlich die Drucksache 41, habe ich mir gesagt, es scheint doch, als wenn in der rheinischen Zentrumsfraktion der Versuch gemacht wird, wirklich sozialpolitisch etwas mehr zu tun, als das Zentrum des Deutschen Reichstags in den letzten Monaten getan hat und sich immer mehr anschiebt, zu tun. Nachdem aber der Antrag im Ausschuß behandelt worden ist und mit Zustimmung der Zentrumsfraktion eine wesentliche Abänderung erfahren hat, habe ich doch an diesem sozialen Vorstoß hier schon etwas Zweifel bekommen. Man vermeidet nämlich jetzt, die Tatsache zu konstatieren, daß die Arbeitslosigkeit in erster Linie auch durch die starke Rationalisierung gefördert wird. Man hat sich dazu herbeigelassen, statt der Worte „Rationalisierung und Zusammenlegung“ zu sagen „Betriebsbeschränkungen“. Ich bin der Auffassung, daß das eine gewaltige Milderung, ein Sammelname ist, unter dem man alles verstehen kann, der vor allen Dingen an der Tatsache vorbeigeht, daß aus technischen und wirtschaftlichen Gründen im letzten Jahre in Deutschland eine sehr starke Rationalisierung innerhalb der Industrie, ganz besonders im Westen, stattgefunden hat. Und eine erhebliche Zahl unserer Arbeitslosen ist auf diese ungeheure starken Rationalisierungsbestrebungen ohne jede Rücksicht auf die Arbeiterschaft zurückzuführen.

Ich habe vor zwei Jahren im Preussischen Landtage eine Rede gehalten und habe auch die Rationalisierungsbestrebungen besprochen. Ich habe sie damals

begrüßt und für notwendig gehalten, habe aber hinzugefügt: Der Erfolg, der Gewinn der Rationalisierung darf nicht den Unternehmern zugute kommen, sondern muß der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit zugute kommen. Heute sehen wir aber — und das ist das Traurige bei der Sache — daß tatsächlich die Rationalisierung einzig und allein Vorteile für die Unternehmer gebracht hat und nicht für die Arbeiter und die Allgemeinheit. Nach wie vor lange Arbeitszeit, dabei aber schärfste Arbeitsmethoden auf der einen Seite und hohe Gewinne der Unternehmer auf der anderen Seite. Wir haben oftmals aus den Kreisen der Bürgerlichen in früheren Jahren hören müssen, daß die Arbeitsleistung weit zurückgegangen sei und daß die Arbeiterschaft lange nicht mehr so viel leiste wie in der Vorkriegszeit. Seit einem Jahre, seitdem die Rationalisierungsbestrebungen eingesetzt haben, sehen wir fast in allen Industrien das Gegenteil. Wir sehen, daß die Arbeitsleistung weit höher ist als in der Vorkriegszeit. Jetzt hören wir aber nicht, daß die Bürgerlichen sagen: Seht euch einmal diese glänzende Arbeitsleistung an; auf Grund dieser Arbeitsleistung kann man doch wirklich höhere Löhne zahlen, kann man doch die innere Kaufkraft des Volkes stärken, kann man dafür eintreten, daß eine kürzere Arbeitszeit eintritt. Durchaus nicht, sondern man geht an dieser Steigerung der Arbeitsleistung geflissentlich vorbei. Wir brauchen uns nur die Abschlüsse der Aktiengesellschaften in den letzten Wochen anzusehen; dann sehen wir überall eine gewaltige Steigerung der Gewinne. Die Dividenden steigen nicht allein in der Industrie, sondern bei den Banken noch viel stärker. Wir sehen eine starke Ansammlung von Kapital in einzelnen wenigen Händen. Dabei bei Millionen Arbeitsloser, Millionen Notleidender und selbstverständlich einen sehr schwachen Innenmarkt. Dabei brauchen wir so notwendig eine Stärkung der inneren Kaufkraft, um unsere gesteigerte Produktion unterbringen zu können.

Aus allen diesen Gründen haben wir uns gesagt: Wir müssen erst einmal dafür eintreten, daß für diejenigen Arbeiter, die durch die schlechte Konjunktur, die Rationalisierung und gleichzeitig durch ihr Alter nicht mehr unterkommen können, das Alter zum Bezug der Alters- und Invalidenrente herabgesetzt wird. Daher unser Antrag, von 65 auf 60 Jahre zu gehen. Ich begrüße es, daß der Rheinische Provinziallandtag eifrig diesen Antrag annehmen wird, hoffe aber auch, daß sich die politischen Parteien dieses Landtages bei ihren Reichstagskollegen dafür einsetzen, damit sie vor allem im Reichstage dafür eintreten, daß ein derartiger Gesetzesentwurf kommt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das wird vergessen!) Ich sage, ich hoffe es.

Den Antrag, den wir gestellt haben, für den Achtstundentag einzutreten — es ist der zweite Absatz unseres Antrages —, ziehe ich zurück, weil durch die gestrige Abstimmung im Reichstag die Möglichkeit, in diesem Arbeitszeitnotgesetz den Achtstundentag festzulegen, nicht mehr vorhanden ist. Es ist hier schon gesagt worden: Die Rechtskoalition des Reichstags hat mit 11 Stimmen Mehrheit gestern das Arbeitszeitnotgesetz angenommen und damit mehr oder weniger stark den Zehnstundentag zur Regel gemacht. Meine Damen und Herren! Ich frage trotz der Attade von Stegerwald gestern, was dazu die christlichen Gewerkschaftsmitglieder sagen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!) Es waren die christlichen Vertreter hier in Düsseldorf, die vor vier Wochen in einer scharfen Entschließung den Achtstundentag verlangt haben. Es waren die christlichen Arbeitervertreter, die mit den freien und Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften vor mehreren Wochen gemeinsam den Achtstundentag wollten. Und es ist kein anderer als ihr Führer Stegerwald, der gestern unter allen Umständen im Reichstage das gutgeheißen hat, was die Rechtskoalition im Reichstag fertigbrachte. Es muß meiner Ueberzeugung nach für einen christlichen Gewerkschaftsführer und einen christlichen Arbeiter sehr, sehr traurig sein, wenn er Stegerwald Arm in Arm mit dem Grafen Westarp im Reichstage Sozialpolitik treiben sieht. Wir sehen, daß die Arbeiterschaft sich wesentlich mehr einig sein muß, um dem geschlossenen Unternehmertum gegenüber auch ihre berechtigten sozialen und kulturellen Forderungen durchsetzen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Zusammenhange möchte ich noch sagen: Wenn Herr Oberdörster hier an die christliche Arbeiterschaft appelliert, muß er sich auch sagen: Es ist nicht richtig, wenn er in demselben Atemzug gegen den ADGB und die sozialdemokratischen Gewerkschaften spricht. (Zuruf des Abg. Oberdörster: Sie tun doch auch nichts!) Wollen wir die Einigkeit, wollen wir eine geschlossene Arbeiterfront haben, um große soziale und kulturelle Forderungen durchzusetzen, dann müssen wir es vermeiden, in dem Ton immer und immer wieder von den Gewerkschaften zu reden, wie die Kommunisten es bisher getan haben. Kollege Oberdörster, wenn Sie sagen: Wir wollen sehen, ob der ADGB hinter die Arbeiter tritt, die für den Achtstundentag eintreten, so bin ich der Auffassung: Dann kommt es darauf an, daß die Arbeiterschaft nicht aufgeputzt wird an der einen oder anderen Stelle und wild losgeht, sondern daß sie diszipliniert, in ihren Organisationen vom ADGB geführt, losgeht. Anders ist es nicht möglich. Dann möchte ich noch ein Wort zu der christlichen Arbeiterschaft sagen. Wir haben heute über die Winzer gesprochen. Meiner Meinung nach ist das politische Mo-

ment nicht stark genug hervorgetreten. Sehen Sie sich einmal die Winzerdebatte hier im Landtag an und sehen Sie sich einmal die Verhältnisse an der Mosel und überall da an, wo das Zentrum immer und immer wieder den kleinen Winzern ihre Notlage vorhält und ihnen einpaukt: Es müssen Handelsverträge ohne Meistbegünstigung für Wein usw. geschaffen werden. Ueberall Agitationsreden, und im Reichstag geht man Arm in Arm mit der Rechtskoalition. Vorgestern beschloß man, daß 57 000 bis 58 000 Hektoliter Wein aus Frankreich hereingelassen werden. Das ist eine Art der Agitation draußen im Lande, die sich mit den Tatsachen im Reichstag und in der Gesetzgebung nicht verträgt. So ähnlich, Kollege Strunk, liegen die Dinge beim Achtstundentag. Sie reden draußen im Lande zu ihren christlichen Gewerkschaften: Unter allen Umständen Achtstundentag, und im Reichstag muß der Führer Ihrer Gewerkschaft eine solche Rede halten, wie er sie gestern gehalten hat. Ich bin der Meinung, das liegt daran, weil man glaubt, man hätte die Sozialdemokraten, wie Stegerwald gestern ausgeführt hat, nicht mehr notwendig. In Preußen, sagt Stegerwald, sind wir Zentrumsleute dominierend und Ihr Sozialdemokraten nicht, und hier im Reiche regieren wir schön mit den Rechtsparteien. (Zuruf des Abgeordneten Strunk: Das seid Ihr ja selbst schuld!) Ich bin überzeugt, daß derjenige Teil der christlichen Arbeiterschaft, der kritisch die Dinge betrachtet, zugeben muß, daß es zum Schaden der Arbeiterschaft geschieht. Aus diesen Gründen wird die christliche Arbeiterschaft in ihrer Mehrzahl finden, daß das Abwege sind.

Nun noch ein Wort. Kollege Strunk, wenn Sie rufen, das wären wir selbst schuld, so sage ich, hier in diesem Hause sitzen Zentrumsführer, die noch besser als ich wissen, daß, wenn man erst so getan hat, als wollte man eine große Koalition nach links, dies eitel Spiegelfechterelei war und nichts anderes. Als Curtius den Auftrag hatte, eine Regierung zu bilden, am Zentrum scheitern mußte, geschah nur deshalb, weil das Zentrum selbst die Führung der bürgerlichen Regierung in die Hand bekommen wollte. Es sitzen mehrere Zentrumsführer in diesem Hause, die das aus eigener Erfahrung besser wissen als ich. Ich bin der festen Ueberzeugung, hätte das Zentrum so, wie es mit rechts regieren wollte, mit links regieren wollen, und hätte es den notwendigen Druck auf die Deutsche Volkspartei ausgeübt, dann brauchte heute eine Rechtskoalition im Reiche nicht zu sein, dann hätten wir eine große Koalition haben können. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die wäre aber nicht besser als die andere!) Die Schuld liegt nicht an der Sozialdemokratie, die Schuld liegt an der Zentrumsparterie, die lieber in ihrer großen Mehrheit mit rechts geht; der linke Flügel der Arbeiterschaft um Wirth hat herzlich wenig Einfluß. Der Einfluß ist im Reichstag noch

viel geringer als hier im Provinziallandtag. Hier ist er aus taktischen Gründen allmählich doch etwas zum Vorschein gekommen. Also erst den Einfluß im Reich und in Preußen stärken, Kollege Strunk, und, wenn Sie das fertig gebracht haben, dann können wir zu jeder Zeit Koalitionspolitik machen, die besser im Interesse der Arbeiter liegt, als die Rechtspolitik, die jetzt gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Die namentliche Abstimmung ist noch nicht geschlossen. Ich frage, ob noch Mitglieder des Hauses da sind, die ihre Stimme abgeben wollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß zwei Stimmzettel ohne Namen abgegeben worden sind; die würden ungültig sein. Wenn sich keiner mehr zur Abstimmung meldet — das ist nicht der Fall —, schließe ich die Abstimmung.

Ich gebe das Ergebnis wie folgt bekannt: Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein 68, 6 Enthaltungen und 2 ungültig. Der Antrag unter 21 ist also abgelehnt worden. (Bravo! links. Zuruf eines Kommunisten: Das ist die erste Zentrumsniederlage!)

Wir haben dann über Punkt 30 (Antrag des I. Sachausschusses betr. Aufnahme einer Anleihe von 5 791 500 Mark) abzustimmen. Dieser Antrag ist offiziell berücksichtigt worden. Er geht jetzt dahin:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag annehmen mit der Maßgabe, daß sich der Gesamtbetrag um 160 000 Mark auf 5 951 500 Mark erhöht.“ Wer für diesen abgeänderten Antrag des I. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu Punkt 22, verbunden mit Punkt 4, zurück.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Zentrumsparterie ist uns durchaus sympathisch. Wir freuen uns darüber, daß derartige Anregungen nach Berlin gehen. Wir sind insbesondere damit einverstanden, daß das Schwergewicht auf die Wiederbelebung der Wirtschaft in der Rheinprovinz gelegt wird. Insbesondere auch ist uns die Zustimmung zu diesem Antrage dadurch erleichtert worden, daß der I. Sachausschuß den einleitenden Satz abgeändert und damit erst die ganze Sachlage richtig dargestellt hat.

Meine Damen und Herren! Das einzige, was wir dabei bedauern könnten, ist, daß man nicht mit einem Satz noch darauf eingegangen ist, in welcher Weise eine Wiederbelebung der Wirtschaft herbeizuführen wäre. Da wäre doch in erster Linie der Hinweis am Platze gewesen, daß der außerordentliche Steuerdruck in irgendeiner Form eine Milderung erfahren muß. Meine Damen und Herren! Davon werden wir nicht abkommen. Wir glauben auch, daß sich in weiteren Kreisen auch außerhalb unserer engeren Freunde dieser

Gebanke immer mehr durchsetzen wird. Schließlich, meine Damen und Herren, ist ja doch auch die Wiederbelebung der Wirtschaft die allerbeste Sozialpolitik, die man treiben kann. Wo die Wirtschaft nicht einigermaßen bestehen kann, ist letzten Endes auch keine Sozialpolitik möglich. Gerade die durch die Rationalisierung herbeigeführte Gefundung der Wirtschaft ist, wie ich gegenüber einem der Vorredner hervorheben möchte, in allererster Linie auch zugunsten der Arbeiter, weil nämlich dadurch verhindert worden ist, daß die Unternehmer überhaupt vollständig zusammengebrochen sind.

Meine Damen und Herren! Der weitere Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der hiermit verbunden ist unter Druckache 86 findet unsere Zustimmung nicht. Wir sind der Auffassung, daß es nicht erforderlich ist, auf die Reichsregierung bzw. den Reichstag dahin einzuwirken, daß die Altersgrenze in der Invaliden- und Altersversicherung von 65 auf 60 Jahre erniedrigt wird. Meine Damen und Herren! Der Mittelstand ist im allgemeinen höchst selten in der Lage, mit 60 Jahren mit dem Arbeiten aufzuhören. Die Mittelständler sind meist auch noch mit 70 Jahren tätig. Da sehen wir keine Veranlassung, dem Arbeiter, wenn er noch arbeiten kann, das Arbeiten gewissermaßen mit 60 Jahren unmöglich zu machen. Denn wenn man dem Arbeiter mit 60 Jahren den Anspruch auf eine Rente gibt, wird nach allgemeiner Erfahrung doch die Sache darauf hinauslaufen, daß er die Rente bezieht und auf die Arbeit verzichtet. Diesem Antrage können wir auf keinen Fall zustimmen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Würden Sie jetzt noch am Feuerofen arbeiten können, Herr Stein?)

Herr Kollege Haas hat ausgeführt, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Konjunktur der Industrie und der Banken herbeigeführt worden sei, während alle anderen darben. Meine Damen und Herren! Ich glaube, mit dieser Konjunktur der Industrie und der Banken ist es wirklich nicht allzu weit her. Denn wenn Sie sich einmal die Dividenden ansehen, die jetzt tatsächlich herauskommen, und damit das Betriebskapital vergleichen, das in den Unternehmungen arbeitet, ist die Verzinsung, die dabei herauskommt, außerordentlich dürftig, und eine gewisse Verzinsung des Betriebskapitals ist unbedingt nötig. Das hat schon ein großer Vorgänger der heutigen Sozialdemokraten gesagt, daß ohne den Profit die Kamine nicht rauchen.

Meine Damen und Herren! Schließlich ist ja doch der heutige Zustand, daß alle diejenigen Kreise, die nicht gerade dem internationalen Kapital angehören, mehr oder weniger verarmen, eine Folge der Politik der Sozialdemokraten, die sich ja letzten Endes immer darauf abstellt, dem internationalen Kapital in die Hände zu arbeiten.

Meine Damen und Herren! Man muß sich einmal ansehen, wie eigentlich die Interessen der Arbeiter vertreten sind. Ich und meine Freunde als diejenigen,

die der ganzen Frage der Arbeitszeit etwas fern stehen, haben heute ein derartiges Auseinanderplätzen der beiden Richtungen in der Arbeiterbewegung gehört, daß man schließlich sein eigenes Wort nicht mehr verstellen konnte. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas mehr Ruhe bei diesen Verhandlungen wäre zu empfehlen, und etwas mehr Objektivität gegenüber dem Standpunkt der anderen. Wenn Sie uns Mittelständlern gegenüber objektiver wären, dann würden Sie schließlich erkennen, daß der Standpunkt, den wir vertreten, daß nämlich das Interesse des Arbeiters von demjenigen der übrigen Angehörigen der Nation durchaus nicht so getrennt ist, wie Sie es darstellen, doch seine Berechtigung hat. Dann blieben uns so überflüssige — ich gestatte mir, es zu sagen — Auseinandersetzungen, wie wir sie vorhin anhören mußten, erspart. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie müssen noch einiges hinzulernen, Herr Doktor!) Ihren Urveim brauche ich nicht mehr hinzulernen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hebborn.

Abgeordneter Hebborn: Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kollege Haas hat eben besonders die Arbeitszeitfrage aufgeworfen. Wir hatten es schon erwartet, daß er die Gelegenheit wahrnehmen würde, um die christliche Arbeiterschaft in seinem Sinne aufzuklären.

Die Arbeitszeitfrage wird heute von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beurteilt. Je nachdem, ob man sie von sachlichen oder von agitatorischen, oder parteipolitischen Gesichtspunkten ansieht, kommt man auch zu einer Stellungnahme in der Arbeitszeitfrage. Wir sehen trotz aller Reden, die Herr Kollege Haas gehalten hat, daß z. B. in den letzten Monaten die Gewerkschaften versucht haben, in der Arbeitszeitfrage etwas für die Arbeiter zu tun. Wir konnten feststellen, daß in den letzten Monaten hier im engeren und weiteren Bezirk eine Menge Schiedssprüche auch von den freien Gewerkschaften anerkannt wurden, die eine 54stündige tarifliche Arbeitszeit vorsahen. Es waren nicht nur sozialistische Geschäftsführer in den einzelnen Verwaltungsstellen namentlich des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sondern sogar Kommunisten, die auch diesen Schiedssprüchen zustimmten. Wenn diese Tatsachen vorliegen, dann ist es geradezu eigenartig, wie Herr Kollege Haas eine derartige Rede gegen die Führer der christlichen Gewerkschaften halten kann. Wir sind das ja schon gewohnt aus der Vorkriegszeit, als die Sozialdemokraten noch in demselben radikalen Fahrwasser segelten, wie heute die Kommunisten es tun; damals beschwerten sie sich gerade so wie heute. Man hat schon oft von sozialistischen Führern im Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften den Ausspruch gehört: Man soll die Massen streicheln und die Führer vor den Bauch treten. Es scheint in der Tat, meine verehrten Damen und Herren, daß heute die Sozialdemokraten diesen Modus wieder aus der

Kumpelkammer herausholen. Speziell Herr Kollege Haas hat in diesem Sinne seinen seine Rede gegen die Führer der christlichen Gewerkschaften gehalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts dessen, was Herr Kollege Haas gesagt hat, muß ich doch die Frage aufwerfen, warum eigentlich der Achtstundentag beseitigt worden ist. Wir wissen, daß wir damals nach der Revolution den schematischen Achtstundentag hatten. Die Sozialdemokratie brachte damals nicht den Mut auf, in der Nachkriegszeit eine Regelung zu finden, die der Entwicklung Rechnung trug. Schließlich kam es so weit, daß die Arbeitgeber allein diktieren, als die Krise einsetzte. Wir haben das außerordentlich bedauert. Aber wir haben schon damals, Anfang 1923, gesehen, daß mit großen Phrasen diese Frage nicht zu erledigen ist. (Zuruf des Abgeordneten Schröder, Essen: Was Sie sagen, sind Phrasen!) Wir haben gesehen, daß lauter Reden für den Achtstundentag geführt worden sind. Aber nachher hat sich herausgestellt, daß er doch nicht gehalten werden konnte. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Weil Ihr nicht wolltet!) Und damals, meine verehrten Damen und Herren, waren die Sozialisten noch in der Regierung. Gerade da, als die Arbeitgeber den großen Einfluß bekamen und als das Ermächtigungsgesetz vorbereitet und beraten wurde, waren die Sozialdemokraten noch in der Regierung. Und heute, wo das Notgesetz geschaffen werden soll, kommen Sie und sagen: Seht, die Führer der christlichen Gewerkschaften verraten die Interessen der Arbeiter.

Wenn Herr Haas beklagt, daß das Zentrum nicht mehr mit der Linken regiert, so stelle ich die Gegenfrage: Warum gingen denn die Sozialisten damals aus der Regierung? Darauf will ich Herrn Kollegen Haas auch die Antwort geben: Weil seine Kollegen in der Reichstagsfraktion nicht den Mut aufbrachten, gegen radikale Strömungen von kommunistischer Seite sich zu wehren. (Zustimmung im Zentrum.) Das sind die Ursachen. Wenn man einen Sozialisten draußen im Lande hört, der sachlich und vernünftig eingestellt ist, so sagt er selbst: Das war die größte Dummheit, die die Sozialdemokraten jemals machen konnten. Gerade im Interesse der Arbeiter ist dies zu bedauern gewesen.

Herr Kollege Haas hat in dem Zusammenhange gesagt, die Zentrumsparlei wolle in der Rechtskoalition die Führung haben. Ich will einmal annehmen, daß es so wäre, daß die Zentrumsparlei wirklich danach strebte, die Führung in der neuen Regierung zu bekommen. Dann hat sie dies nur im Interesse der Arbeiter in der Zentrumsparlei und auch im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterschaft gewünscht. Sie wollte auch in sozialen Fragen einen entscheidenden Einfluß nach wie vor in der Regierung ausüben. Wenn dann leider die Sozialisten nicht mehr wollen, muß sich die Zentrumsparlei nach anderen Koalitionen umsehen. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch

die sozialdemokratischen Arbeiter zum allergrößten Teil mit dem nicht einverstanden sind, was die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei gemacht hat. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Krach im Reichsbanner!)

Meine Damen und Herren! Weil wir nun an der Arbeitszeitfrage sind, will ich ein paar kurze Worte über das sagen, was kürzlich durch das Notgesetz geschaffen worden ist. Wir geben zu, daß durch das Notgesetz nicht das herausgekommen ist, was wir als Arbeiter erwartet haben. (Hört, hört! links.) Das beweist die Tatsache, daß wir als Arbeitervertreter hier im Provinziallandtag durch die Zentrumsparlei den Abänderungsantrag gestellt haben, daß wir die 48stündige Arbeitswoche gesichert haben wollen und daß, wenn Ueberstunden absolut notwendig sind, ein Zuschlag gezahlt werden soll. Meine Damen und Herren! Wir sehen in der neuen Notverordnung — das möchte ich auch Herrn Kollegen Haas sagen — den großen Vorteil, daß für die Arbeitsstunden, die über 48 Stunden die Woche geleistet werden, grundsätzlich ein bestimmter Zuschlag gezahlt werden soll. Hätten wir den 1924 gehabt, so würde die Arbeitszeit nicht so übermäßig verlängert worden sein, wie es in vielen Industrien der Fall war. Wenn Ihr damals mit uns diesen Schritt getan hättet, würden wir es jetzt zweifellos nicht notwendig haben, dieses neue Notgesetz zu schaffen. (Zurufe kommunistischer Abgeordneter.) Ich sage: Darin sehen wir den großen Vorteil, daß die Arbeitsstunden, die über 48 Stunden hinaus geleistet werden, im Grunde genommen, mit einem 25prozentigen Zuschlag bezahlt werden sollen. Deshalb kann ich es nicht verstehen, wenn hier Herr Kollege Oberdörster von einem Doppelspiel, von einer Komödie der Zentrumsparlei spricht. Meine Damen und Herren! Wer im Verlaufe dieser Woche die Verhandlungen im Provinziallandtag aufmerksam verfolgt hat, wird abwägen können, auf welcher Seite und bei welchen Parteien die größte Komödie gespielt worden ist. Ich bin überzeugt, das Urteil eines sachlichen Beurteilers wird nicht zum Schaden der Zentrumsparlei, sondern zum Nachteil der Kommunisten ausfallen. Davon bin ich felsenfest überzeugt: In keiner Partei versteht man so Komödie zu spielen wie ausgesprochen bei den Kommunisten. Da sollten Sie hier nicht davon reden, daß andere Parteien eine Komödie aufführen.

Dann möchte ich zum Schluß noch ein kurzes Wort, das vielleicht auch dem Kollegen Haas bekannt ist, über eine andere Frage sagen, die vielleicht als Gegenstück zur Arbeitszeitfrage behandelt und besprochen werden kann.

In den letzten Monaten machen die Sozialisten draußen im Lande so außerordentlich viel Geschrei von der Mietpreiserhöhung, von der Erhöhung des Mietzinses. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge doch so, daß aus der Preussischen Regierung die sozialistischen Minister Severing und Braun selbst für diese Er-

höhung gestimmt haben. (Hört, hört!) Meine sehr verehrten Herren, das ist doch jedenfalls ein Doppelspiel, wenn die verantwortlichen Minister für die Erhöhung stimmen, und draußen im Lande wird den Leuten klargemacht, welch großes Unrecht nun den Mietern geschehen sei. Daran mögen Sie auch die Frage der Arbeitszeit beurteilen, die eben sowohl von kommunistischer als auch von sozialistischer Seite angeschnitten wurde. Wir als Zentrumsarbeiter haben die Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage scharf verfolgt. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß unsere Leute in Berlin in den letzten Wochen für die Arbeiter in der Arbeitszeitfrage mindestens soviel herausgeholt haben, wie es nur mit Einschluß der Kommunisten und Sozialisten jemals hätte geschehen können. (Lauter Beifall im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas, aber nur für zwei Minuten.

Abgeordneter Haas: Ich werde mich also beschränken.

Erstens folgende Erklärung an den Kollegen Hebborn: Die Mieterhöhung, die am 1. April und 1. Oktober eintritt, ist im Deutschen Reichstag beschlossen worden, und die Abgeordneten Braun und Severing haben mit der gesamten Sozialdemokratie dagegen gestimmt. Also, Herr Kollege Hebborn, nicht wahr! (Zuruf: Reichsrat!)

Eine weitere Wichtigstellung: Wie kann man Schiedsprüchle, die irgendwie von Schlichtungsstellen gefällt und von Gewerkschaftsführern zur Annahme empfohlen werden, mit einer Gesetzgebung im Deutschen Reichstag über die Arbeitszeit vergleichen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch durchaus zweierlei, Herr Kollege Hebborn. Das wissen Sie als Gewerkschaftsführer sehr gut, und es sieht meiner Meinung nach wie ein Jongleurkunststückchen aus, wenn man das hier erzählt. Sie wissen aber auch, weshalb die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung 1923 ausgetreten ist. Sie wissen ebenso, daß die Deutsche Volkspartei es in erster Linie verhindert hat, daß die große Koalition mit Einschluß der Sozialdemokratie zustande kam. Diese Verhinderung war aber nur möglich, weil das Zentrum der Deutschen Volkspartei zuviel nachgegeben hat und weil führende, tüchtige Zentrumsleute lieber die Rechtskoalition haben wollten als die Linkskoalition mit den Sozialdemokraten. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das Zentrum hat nachgegeben, weil Ihr überflüssig geworden seid!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder. Ihm stehen noch vier Minuten zur Verfügung.

Abgeordneter Dunder: Es ist ja sehr interessant, wenn man sich die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten anhört.

Zunächst ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Zentrumsvertreters. Wenn er bei seiner Polemik gegen den ADGB glaubt, auch den

kommunistischen Geschäftsführern des Deutschen Metallarbeiterverbandes eins auszuwischen zu können, so möchte ich ihm sagen, daß er über die Vorgänge nicht informiert ist und daß es eine glatte Lüge ist, wenn er behauptet, der kommunistische Vertreter habe diesem Arbeitszeitabkommen zugestimmt.

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter Dunder, Sie haben einem Mitgliede dieses Hauses den Vorwurf der Lüge gemacht. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Stimmt auch!) Ich rufe auch Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Dunder (fortfahrend): In der Geschäftsführerkonferenz hat der kommunistische Vertreter gegen das Arbeitszeitabkommen gestimmt, und, wenn der ADGB-Vertreter des betreffenden Kreises dem zugestimmt, dann ist das nicht seine Verantwortung.

Nun zu der Frage, die Herr Abgeordneter Haas vorhin aufgerollt hat. Es ist sehr interessant, wenn man hier die Gegensätze und die Kluft, die zwischen der Auffassung dieser Herren in dieser Frage, einmal als Abgeordnete und zum andern als verantwortliche Minister oder Beigeordnete besteht, präzisiert bekommt. Ich möchte doch sagen, daß der Ministerpräsident in Preußen immer noch der Sozialdemokrat Braun ist und daß er für die Verfügung der Mieterhöhung verantwortlich ist, weil er das Kabinett leitet und Gelegenheit hat, eine solche Verordnung zu hintertreiben und zu unterbinden. Wenn er als Abgeordneter im Reichstag dagegen stimmt, so besagt das nichts. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie müssen noch etwas Reichsverfassung studieren!) Ich habe kein Interesse daran, die Reichsverfassung so genau zu studieren, weil ich mich um den Laden nicht kümmere.

Aber ich stelle fest, daß das Zentrum und die Sozialdemokraten nun in einer gewissen Reibung sich befinden. Uns freut es außerordentlich, wenn das Reichsbanner sich jetzt so in den Haaren liegt; auf der einen Seite Hü und auf der anderen Gott! (Heiterkeit!) Die ganze Frage der Regierungsbeteiligung ist nicht eine Frage der Vertretung der Arbeiterinteressen, meine Herrschaften. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die ganze Frage der Beteiligung an der Regierung ist eine Frage der Futtertrippe, ist eine Frage der Claqueurwirtschaft, ist nur eine Frage der betreffenden Kreise, für die man sich einsetzt, nicht aber für die breite Masse der Arbeiter, Angestellten und kleineren Beamten.

Man kann ja die ganze Vergangenheit hier nicht mehr aufrollen; einmal ist die Zeit dazu zu kurz, und zum zweiten ist es schon oft genug gesagt worden. Im Jahre 1923, als bei dem zweiten Ermächtigungsgesetz, das vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert unterzeichnet war, die neue Arbeitszeitverordnung in Kraft trat, wurde den Arbeitern in Deutschland der Achtstundentag geraubt. Dafür sind verantwortlich die Sozialdemokraten und auch die sogenannten Arbeiter-

vertreter im Zentrum. Es hat keinen Zweck, heute mit schönen Worten den Arbeitern erzählen zu wollen, man wolle den Achtstundentag wieder erobern. Den Achtstundentag kann man nicht mit Petitionen, durch Reichstagsabstimmungen, durch irgendwelche schönen Phrasen, die man der Arbeiterschaft vorsetzt, erringen, sondern nur, wenn die Arbeiterschaft in geschlossener einheitlicher Front auf den Plan tritt und sich den Achtstundentag durch riesige, gewaltige Streiks erkämpft. (Lolche des Vorsitzenden.) Wenn die Arbeiterschaft sich einmal den Achtstundentag auf diesem Wege erkämpft hat, dann wird auch keine Macht mehr imstande sein, der Arbeiterschaft den Achtstundentag wieder zu entreißen, trotz Ermächtigungsgesetze, trotz Polizei und Reichswehr.

Vorsitzender Dr. Jarres: Als Berichterstatter der Sachkommission I hat Herr Abgeordneter Maus das Wort.

Abgeordneter Maus: Ich muß darauf hinweisen, daß durch den Umstand, daß Herr Abgeordneter Haas den zweiten Absatz des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion zurückgezogen hat, nunmehr die Fassung des von der Sachkommission I befürworteten Antrages abgeändert werden muß, ohne daß dadurch sinngemäß eine Änderung im Beschlusentwurf eintritt. Ich möchte Ihnen den jetzt vorgeschlagenen Beschlusentwurf vorlesen.

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag der Zentrumsfraktion (Drucksache 41) annehmen, mit der Maßgabe, daß in der Einleitung an Stelle der Worte „Rationalisierung und Zusammenlegung der Betriebe“ gesetzt wird „Betriebeinschränkungen“, mit dem Zusatz der sozialdemokratischen Fraktion, lautend:

„Ferner wird die Reichsregierung ersucht, dem Reichstag möglichst bald ein Gesetz vorzulegen, wonach die Altersgrenze in der Invaliden- und Angestelltenversicherung von 65 auf 60 Jahre für den Bezug der Rente bzw. des Ruhegeldes herabgesetzt wird.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen.

Ich lasse zunächst über Punkt 4 abstimmen und bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses zu Punkt 4 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Dann lasse ich über Punkt 22 abstimmen.

Zunächst der Antrag des I. Sachausschusses zu a. Wird getrennte Abstimmung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über a und b zusammen abstimmen, und zwar in der Formulierung der Drucksache 144, wie sie der Berichterstatter eben verlesen hat.

Wer für diesen Antrag des I. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Damit ist Punkt 22 erledigt.

Wir kommen zu

Punkt 23: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der sozialdemokratischen

Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 100000 Mark in den nächstjährigen Haushalt der Provinzialverwaltung zur Verbilligung der von der Landesbank zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues ausgeliehenen Hypotheken.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Görlinger. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Verzichtet!)

Dann hat das Wort Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Bei den Etatsberatungen des Vorjahres haben wir beantragt, 500 000 Mark zur Zinsverbilligung für den gemeinnützigen Wohnungsbau bereitzustellen. Wir haben in diesem Jahr schon mit Rücksicht darauf, daß hier für die Förderung des Wohnungsbaues kein Verständnis vorhanden ist, davon abgesehen, diesen Antrag zu wiederholen. Wir möchten aber nicht verkümmern, darauf hinzuweisen, daß, wenn nur der gute Wille vorhanden ist, man den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau ganz gewaltig fördern könnte, wenn die Landesbank gerade für diese Darlehen, die neben der Hauszinssteuer erforderlich sind, erträgliche Zinssätze nehmen würde. Dazu ist die Landesbank, die im letzten Jahr mit einem Ueberschuß von 2½ Millionen abgeschlossen hat, durchaus in der Lage. Wir wünschen deshalb, daß, wenn der sozialdemokratische Antrag, im nächsten Jahr 100 000 Mark zu diesem Zweck in den Haushaltsplan einzustellen, angenommen wird, bereits in diesem Jahr der Verwaltungsausschuß der Landesbank bei der Zinsfestsetzung für die Baudarlehen den niedrigsten Zinsfuß festsetzt, der möglich ist. Das wird auf die Geschäftsergebnisse der Landesbank keine allzu großen Einwirkungen haben; dann werden die Ueberschüsse der Landesbank immer noch reichlich sein. Auch wenn bereits im vergangenen Jahr das Stammkapital der Landesbank schon 10 Millionen Mark betragen hätte, so wäre es immerhin noch eine Dividende von rund 27½ Prozent gewesen, was die Landesbank an Ueberschuß herausgewirtschaftet hat. Wir sind also der Auffassung, daß bei gutem Willen der Provinzialverwaltung, die doch einen entscheidenden Einfluß im Verwaltungsrat der Landesbank hat, auch in diesem Jahr noch durch die Landesbank selbst der Wohnungsbau eine wesentliche Förderung erfahren könnte.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zum letzten

Punkt 27: Antrag des III. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend

1. Uebernahme von Bürgschaften auf Grund der dem Provinzialausschuß

durch den 71. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung,

2. Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahr 1927 nochmals Bürgschaften in Höhe von 800000 Mark zu übernehmen.

Berichterstatter für den III. Ausschuss ist Herr Abgeordneter Bierwirth. (Zuruf: Verzichtet!) Berichterstatter für den I. Ausschuss ist Herr Abgeordneter Görlinger. — Auch dieser hat verzichtet.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Wir sind gegen die Uebernahme von Bürgschaften, besonders in der Höhe, zur Stärkung der privaten Anstalten. Wir erblicken in dieser Bürgschaftsübernahme durch die Provinz eine versteckte Subvention für diese Anstalten. Wir sind der Auffassung, daß bei der heutigen Flüssigkeit des Geldmarktes, vor allen Dingen bei der finanziellen Stärke der Hintermänner dieser zentrums-christlichen Anstalten, es immerhin leicht sein müßte, auf dem freien Markt die notwendigen Hypotheken sich zu beschaffen. Wir sind vor allen Dingen aber auch deshalb dagegen, weil wir der Auffassung sind, daß die Provinz kein Interesse daran hat, diese privaten Anstalten zu unterstützen, da wir bekanntlich fordern, daß die Verbindungen zwischen der Provinz und ihren Fürsorgezöglingen und den privaten Anstalten nach Möglichkeit bald abgebaut werden sollen. Wenn man sich einmal die Liste der hier verlangten Bürgschaften durchsieht und sich vor allen Dingen einmal die Begründung der Verwaltung durchliest, dann stößt man auf gewisse Differenzen. Die Verwaltung sagt, sie habe ein Interesse daran, den privaten Anstalten Hypotheken zu vermitteln aus dem Mangel eigener Anstalten heraus und weil die Zahl der Fürsorgezöglinge des Provinzialverbandes sich dauernd vergrößere.

Bei den Positionen findet man unter k einen Betrag von 25 000 Mark als Hypothek für das Lehrlingshaus M. Gladbach. Ich weiß nicht, wie man mit der darunter stehenden Bemerkung die Uebernahme der Hypothek für das Lehrlingsheim des Caritasverbandes in Gladbach begründen will. Hier handelt es sich um nichts anderes als um eine ausgesprochene Unterstützung einer politischen Einrichtung der Zentrumsparthei.

Zum Abschluß noch ein Wort. Vorhin haben wir über „politische Zusammenhänge“ von einem Zentrums-herrn eine Rede gehört, die so anmutete, als wenn er zu lauter Naivlingen spräche, zu Menschen, die von den Zusammenhängen tatsächlich nichts verstehen. Ich will deshalb einmal die Zusammenhänge auf sozial-politischem Gebiete, die Auswirkung der Koalition der Herren Sozialdemokraten mit dem Zentrum kurz streifen. In einer Periode, wo Sie, meine Herren, die heute regierenden Bürgerlichen, unter dem Druck der Arbeitermassen, die damals marschierten, standen,

haben Sie freiwillig, ohne daß die Arbeiterschaft darum zu kämpfen brauchte, Zugeständnisse gemacht. Da erhielt der Arbeiter den Achtstundentag, das Betriebs-rätegesetz usw. Da hat man den Kriegsoffern, den Sozialrentnern usw. Zugeständnisse gemacht. Dank der verräterischen Politik der Sozialdemokraten, dank der Politik, die Sie unter den Schlagworten: „Nur Mehrarbeit kann uns retten!“, „Die Republik muß gerettet, unterstützt und ausgebaut werden!“ gemacht haben, dank der Politik der Rationalisierung der Betriebe, dank der Politik der Verwischung der Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter unter Ihrem Beistand kam es dann dazu, daß der Einfluß der Arbeiter immer geringer wurde und daß man heute dazu übergehen kann, Sie mit einem eleganten Fußtritt hinauszukomplimentieren, meine Herren Sozialdemokraten. Sie sind es schuld. Aber die Auswirkungen des Ver-rates trägt die Arbeiterschaft, und die Auswirkung auf sozialpolitischem Gebiete ist ein stetiger, systematischer Abbau. Deshalb sagen wir der Arbeiterschaft und dem Personenkreis, für den wir arbeiten, daß ein Aufbau der sozialen Gesetzgebung, ein Aufbau der Rechte der Arbeiterschaft nur erkämpft werden kann durch Zusammenfassung aller proletarischen Elemente. Darum sind wir für den Klassenkampf und nicht für die Wirtschaftsdemokratie. Wir werden es auch eines schönen Tages erleben, daß wir unsere Ziele erreichen.

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Besprechung ist geschlossen.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. und III. Ausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Ich habe aber noch mitzuteilen, daß eine Entschliebung der kommunistischen Fraktion vorliegt:

„Durch das Gesetz zur Bekämpfung von Schmutz und Schund ist das Landesjugendamt zur Antragsbehörde geworden.

Nach den Erklärungen des Vertreters des Landesjugendamts im Ausschuss II betreibt das Landesjugendamt mit besonderem Nachdruck und besonderer Energie die Tätigkeit auf diesem Gebiete im Sinne des Zentrumsantrages.

Der Provinziallandtag sieht in dem Gesetz eine Maßnahme zur Anebelung freiheitlicher Kulturbestrebungen, insbesondere Unterdrückung revolutionärer Werke in Wort und Bild. Der Provinziallandtag protestiert gegen die Tätigkeit des Landesjugendamtes im Sinne des Zentrumsantrages und fordert vom Reichstag die sofortige Aufhebung des Gesetzes.“

Nach der Geschäftsordnung können Abänderungsanträge und Anträge auf Annahme einer Entschliebung im Anschluß an die Verhandlung über einen bestimmten Gegenstand bis zum Schluß der Verhandlung über die Besprechung des Gegenstandes gestellt werden, auf den sie sich beziehen; sie müssen schriftlich eingereicht wer-

den. Auf der heutigen Tagesordnung steht meiner Meinung nach kein Gegenstand, auf den sich diese EntschlieÙung beziehen könnte. Ich sehe deshalb keine Möglichkeit, über diesen Antrag zu beraten.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haack.

Abgeordneter Haack: Es ist eine ausgezeichnete Art und Weise gewesen, wie man den Antrag der kommunistischen Fraktion sabotiert hat. Ich muß dazu noch einmal sagen, wie er zustande gekommen ist.

Im Sachausschuß II wurde zunächst der Antrag der Zentrumsparlei, mit Nachdruck und Energie die Bekämpfung von Schmutz und Schund zu verlangen, zur Besprechung gestellt. Ich habe dann Ausführungen gemacht, und sofort nach meinen Ausführungen — ich habe zuerst zu dem Punkte gesprochen — hat die Zentrumsparlei mit den anderen Fraktionen darüber beraten, wie es nun möglich sei, diesen Antrag wieder verschwinden zu lassen, ohne daß er auf die Tagesordnung käme. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Dann hat man eine schriftliche Formulierung gefunden, in dem Glauben, der Antrag sei damit zurückgenommen. Auch ich als Mitglied des II. Sachausschusses bin in dem Glauben gewesen und habe, um die Tatsachen des wirklichen Schmutzes und Schundes nachweisen zu können, trotzdem eine EntschlieÙung zu dem Landesjugendamt, das als Punkt auf der Tagesordnung stand, eingebracht. Da ist mir auf dem Bureau von Herrn Verwaltungsdirektor Wierz gesagt worden: Der Antrag der Zentrumsfraktion erscheint auf der Tagesordnung. Ich habe erklärt, daß unsere EntschlieÙung, die wir ja nach der Geschäftsordnung stellen konnten, nur dann zurückgezogen wird, wenn der Antrag des Zentrums zur Verhandlung kommt. Weil Zweifel zwischen unserer und meiner Auffassung — ich stand auf dem Standpunkt, er sei zurückgenommen worden — und der Auffassung des Bureaus, des offiziellen Berichtserstatters, bestanden, haben wir uns an die noch anwesenden Mitglieder des II. Sachausschusses gewandt. Auch diese haben erklärt, der Antrag sei nicht zurückgenommen in dem Sinne, daß er nicht auf die Tagesordnung kommen könne, sondern er sei als erledigt zu betrachten insofern, als die Verwaltung dem Zentrumsantrage stattgegeben habe, er müsse aber auf die Tagesordnung kommen.

Heute ist nun aber dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt worden. Damit ist uns die geschäftsmäßige Möglichkeit, zu diesem Punkte eine EntschlieÙung einzubringen, genommen worden. Ich bezweifle, daß das möglich ist. Jeder, der die Geschäftsordnung mit gesundem Menschenverstand durchsieht, wird finden, daß diese Möglichkeit geschäftsmäßig nicht besteht. Aber auch Geschäftsordnungsfragen sind Machtfragen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Meine Herren! Sie werden unserem Antrage — das wissen wir — nicht zustimmen, und die Herren vom Zentrum wünschen ihn nicht. Aber bezeichnend

ist die Tatsache, daß Sie den Antrag zurückgezogen haben, nachdem ich ausgeführt hatte, wo in Wirklichkeit Schmutz und Schund zu finden sind. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ein Antrag wird nicht gestellt?

Abgeordneter Haack: Es wird der Antrag gestellt, damit es nach der Geschäftsordnung möglich ist, EntschlieÙungen einzubringen, die Sitzung auf eine Minute zu vertagen. Dann kann der Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden, und in einer Minute können wir darüber verhandeln.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie beantragen also eine Vertagung der Verhandlungen. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Und die Eröffnung einer neuen Sitzung in einer Minute!) Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Sie haben wohl Angst, es käme zuviel Schmutz heraus?!)

Herr Abgeordneter Haack, ich muß Sie wiederholt darauf aufmerksam machen, daß Sie als Schriftführer nicht in die Verhandlungen eingreifen können. (Abgeordneter Haack: Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken . . .)

Sie haben nicht das Wort. (Abgeordneter Haack: Ich bitte zur Geschäftsordnung ums Wort!) Dann bemühen Sie sich nach vorn an das Rednerpult.

Abgeordneter Haack: Ich möchte feststellen, daß ich auch gestern schon eine Rüge bekommen habe, weil ich von hier oben eine Bemerkung gemacht habe. (Zuruf von rechts: Mit Recht!) Nach Ihrer Auffassung mit Recht, nicht aber nach der Geschäftsordnung. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, mir zu sagen, wo in der Geschäftsordnung steht, daß ich von da oben weniger eine Bemerkung machen darf als von da unten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich glaube, das ergibt sich von selbst aus dem Begriff des geschäftsführenden Bureaus.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Dann habe ich dem Herrn Oberpräsidenten als Regierungskommissar mitzuteilen, daß die Verhandlungen des Hauses zu Ende geführt sind.

Oberpräsident Dr. Fuchs: Meine Damen und Herren! Wenn ich auf Ihre Tagung zurückblicke, so erkenne ich an erster Stelle die Verabschiedung des auch dieses Mal wieder von der Provinzialverwaltung mit besonderer Sorgfalt aufgestellten Provinzialhaushalts, der der Provinz die Unterlage bietet für die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben. Ich begrüÙe es freudig, daß dieser Etat keine Steigerung des zur Erhebung gelangenden Prozentsatzes der Reichssteuerüberweisungen in sich schließt, wenn auch die Umlagesumme an sich etwas gestiegen ist. In einer Zeit, in der alles nach dem Abbau der

öffentlichen Lasten ruft, darf die Provinz nicht mit dem Beispiel des Gegenteils vorangehen.

Zu Ihre Verhandlungen hat auch die Politik hineingespielt. Es wurde die Frage laut, ob sich das Staatsschiff wohl auf rechter Fahrt befinde, wenn die Vielheit und teilweise Gegensätzlichkeit zentraler Gewalt die Möglichkeit praktischen Vorwärtstommens hemme. Ich teile diese Sorge, deren Berechtigung nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Auch mir will es oft scheinen, als wenn in dem erwähnten Umstände eine der Ursachen zu suchen sei, daß die Klagen über die Zurücksetzung der rheinischen Interessen nicht verstummen wollen. Es geht eine gewisse Verdrossenheit durch das Land über Maßnahmen, die man mit der Bedeutung der Rheinprovinz nicht in Einklang bringen kann. Diese Bedeutung liegt nicht etwa allein in dem Werte unserer hochentwickelten Bevölkerung, der Früchte und Schätze unseres Bodens, sondern auch, und zwar nicht zuletzt, in den Opfern, die wir in den vergangenen schweren Jahren als deutsche Grenzschutz bringen mußten und auch gerne gebracht haben. Alles dieses haben wir nicht für Geld getan. Wir können auch nicht eine restlose Abgeltung der Schäden erwarten, die wir zwangsläufig, unserer Lage und den Ereignissen entsprechend, zu übernehmen hatten. Aber Sie, meine Damen und Herren, verlangen eine kräftigere Stärkung der rheinischen Wirtschaft und ferner für die Betreuung der Kommunalverbände die Anwendung gerechter Maßstäbe bei der Verteilung der allgemeinen Staatsmittel.

Ich freue mich, feststellen zu können, daß in bezug auf die Gründung einer Ruhrprovinz bei diesem hohen Hause nur eine Meinung besteht. Sie lehnt in Uebereinklang mit der — ich kann wohl sagen — gesamten rheinischen Bevölkerung die Ruhrprovinz ab, da ihre Errichtung den glücklichen inneren Ausgleich innerhalb unserer Provinz zerstören und statt dessen zwei feindliche Nachbarn an die Stelle setzen würde.

Meine Damen und Herren! Kein Einsichtiger wird uns das Vorbringen unserer Sorgen verübeln. Es ist dies für uns sogar eine Pflicht, die unserer Liebe zum Reich und zu Preußen entspringt. Natürlich müssen unsere Klagen auch mit fester Hoffnung und mit dem Gefühle des Zutrauens zum Staate gepaart sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß seit dem Umbau unseres Vaterlandes noch keine neun Jahre verflossen sind und daß die Zeit der Zuckungen und des Einspielens der neuen Kräfte auf allen Gebieten des staatlichen Lebens noch nicht vorbei ist. Erst die weitere wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands, die befriedigende

Lösung des Arbeitslosenproblems wird dieser Periode, die wir nun einmal zu durchleben berufen sind, das ersehnte Ziel setzen. Bis dahin muß jeder an seinem Plage mitarbeiten ohne in die Absichten des anderen von vornherein Mißtrauen zu setzen. Wenn ich es als meine Aufgabe ansehe, auf diese Pflicht bei jeder Gelegenheit hinzuweisen, so geschieht es in der Erkenntnis, daß Deutschland nur dann wieder bessere Zeiten sehen wird, wenn eine kräftige Vertretung eigener Interessen, sowohl des einzelnen wie der öffentlichen Verbände, Hand in Hand geht mit der Liebe zum Vaterlande, dem Glauben an seinen weiteren Aufstieg und mit der Hoffnung, daß jeder einzelne von uns den Beginn einer glücklicheren Zeitspanne möglichst noch selbst erlebt.

Mit diesem Wunsche erkläre ich namens der Staatsregierung den 73. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wünscht noch Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Namens der Fraktionen der Zentrumsparthei, der Arbeitsgemeinschaft und der Wirtschaftlichen Vereinigung habe ich Ihnen, sehr verehrter Herr Vorsitzender, unseren aufrichtigsten und herzlichsten Dank für die unparteiische und korrekte Führung der Geschäfte auszusprechen.

Ich benutze die Gelegenheit, auch an dieser Stelle Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg aufrichtigsten Dank zu sagen, daß Sie gestern dem Provinziallandtage Gelegenheit gegeben haben, die hervorragenden Hafenanlagen Ihrer Stadt zu besichtigen, und uns auch durch einen geselligen Abend erfreuten.

Ich bitte Sie, unseren Dank auch den Herren stellvertretenden Vorsitzenden und den Herren Schriftführern zu übermitteln.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich danke Ihnen für die Freundlichkeit. Ich erfülle gerne die Pflicht, meinen Stellvertretern im Vorsitz und den Herren Schriftführern für ihre mühevollen Arbeit den verbindlichsten Dank zu sagen.

Ich glaube, ich spreche aber auch in Ihrer aller Sinne, wenn ich namentlich auch dem Landtagsbureau und dem Stenographenbureau für ihre ausgezeichnete Vorarbeit und ihre ausgezeichneten Dienstleistungen hier verbindlichst danke. (Lebhaftes Bravo!)

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 4 Uhr.)

